Technik und Wirtschaft
Herausgeber: Dr.-Ing. Otto Bredt und Dr. Georg Freitag / VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7
31. Jahrgang
Sept. 1938
Heft 9

Der Arbeitermangel in der Landwirtschaft und die Mittel zu seiner Bekämpfung

Von Professor Dr. J. FROST, München

„Unter allen die Volkswirtschaft bewegenden Fragen stehen zur Zeit die Landflucht und die Mittel zu ihrer Abhilfe im Vordergrund", schrieb Dr. Hugo Thiel, der langjährige Direktor im Preußischen Landwirtschaftsministerium, in einem landwirtschaftlichen Kalender des Jahres 1908.

Die Landflucht, insbesondere die Flucht aus der Landarbeit, ist also nichts Neues. Sie war schon vor 30 Jahren ein ernstes Problem unserer Volkswirtschaft. Auch damals zogen die aufblühenden industriellen und städtischen Unternehmungen mehr Arbeitskräfte vom Lande nach der Stadt, als die Landwirtschaft ohne eigenen Schaden abgeben konnte.

In der Nachkriegszeit hörte man jahrelang nichts von einem Landarbeitermangel. Er setzte erst wieder ein, als sich die deutsche Wirtschaft aus ihrer tiefen Depression zu erholen begann, und nahm bedenkliche Formen an, seit in den letzten Jahren der Wirtschaftsaufschwung zu einer Einstellung aller irgend verfügbaren Arbeitskräfte in Stadt und Land Anlaß gab. Deutschland war in wenigen Jahren aus einem Land der Arbeitslosigkeit zu einem Land mit unzureichendem Arbeiterangebot geworden.

1. Die Landflucht eine ernährungs- und bevölkerungspolitische Frage

Nicht nur die industriellen und städtischen Gewerbe arbeiten heute mit gesteigertem Kraftaufwand, auch die Landwirtschaft hat in den letzten Jahren ihre Betriebsführung und Erzeugung wesentlich intensiviert. Die Sicherstellung einer ausreichenden Ernährung des Volkes ist eine der ersten Voraussetzungen für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft, wie ihn der Vierjahresplan zum Ziele hat. Um diese Aufgabe erfüllen zu können, ist die Landwirtschaft im Jahre 1934 mit einem großen Einsatz von Energie und gutem Willen in die Erzeugungsschlacht gegangen. Sie kann diese Schlacht nur schlagen und den ständig größer werdenden Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen nur befriedigen, wenn sie mit voller Kraft betrieben, aber nicht wenn sie infolge von Arbeitermangel zur Extensivierung ihrer Betriebe genötigt wird.

Die Landflucht stellt nicht nur für die ernährungspolitischen, sondern auch für die bevölkerungspolitischen Aufgaben des Landvolkes eine drohende Gefahr dar. Das große Reservoir, das unser Volk in all seinen Schichten und Berufen aus seinem Geburtenüberschuß mit rassisch wertvollem Menschenmaterial versorgt, wird in erster Linie aus der landwirtschaftlichen Arbeiterschaft ergänzt. Die größere Geburtenfreudigkeit auf dem Lande ist in erster Linie der Landarbeiterschaft zuzuschreiben. Eine Verminderung der Landarbeiterschaft würde Quellen zum Versiegen bringen, die unser Reservoir rassisch wertvollsten Nachwuchses auffüllen helfen.

Man hat die Gründe für die Landflucht sehr genau erforscht und weiß, daß es sich nicht um einzelne, örtlich und zeitlich begrenzte Mißstände handelt, nach deren Behebung der normale Stand der Abwanderung vom Lande nach der Stadt wieder erreicht werden könnte. Man weiß aus vielen, bis in die letzte Zeit angestellten, sachverständigen Untersuchungen, daß ein ganzer Komplex von Umständen diese, für die Landwirtschaft so unheilvolle Massenerscheinung verursacht. Man ist sich an den verantwortlichen Stellen darüber klar, daß alles Erdenkliche getan werden muß, wenn nicht durch den Landarbeitermangel unabsehbarer Schaden für die Volksgemeinschaft entstehen soll.

Nach einer vorsichtigen Schätzung fehlten im Frühjahr 1938 rd. 200 000 Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. Sie fehlten nicht nur in den auf ihre Lohnarbeiterschaft angewiesenen Großbetrieben, sondern auch in großen Teilen der bäuerlichen Landwirtschaft, die vorwiegend mit den Familienangehörigen der Unternehmer arbeitet.

Um die Hebel zur Bekämpfung der Landflucht nicht an falscher Stelle anzusetzen, muß man sich vor Augen halten, daß es sich bei dem Landarbeitsproblem nicht allein um ein Problem der ländlichen L o h n arbeiterschaft handelt. Die letzte Berufszählung bezifferte die in der Landwirtschaft tätigen Arbeitskräfte im alten Reichsgebiet mit rd.

2 000 000 Betriebsinhabern,
4 400 000 mitarbeitenden Familienangehörigen,
2 100 000 vollbeschäftigten Lohnarbeitern und
800 000 zeitweise beschäftigten Lohnarbeitern.

Etwa 70 % aller Landarbeit werden also von den landwirtschaftlichen Unternehmern und deren Familienangehörigen besorgt. Nur 30 % sind Lohnarbeit. Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß die Lücken, die heute in der Landarbeiterschaft entstehen, nur in der Lohnarbeiterschaft zu finden sind. Ein großer Teil der vom Lande Abwandernden kommt aus dem Kreise der mitarbeitenden Familienangehörigen, also aus den bäuerlichen Familien selbst. Wohlverstanden, das ist an sich nichts Neues und auch nichts Bedenkliches. Von einer Land f l u c h t kann erst dann gesprochen werden, wenn diese Abwanderung aus allen Kreisen der landwirtschaftlich Berufstätigen einen Umfang annimmt, der über das normale Maß hinausgeht, und wenn die Dezimierung der landwirtschaftlich Berufstätigen die Erfüllung der volkswirtschaftlich wichtigen Aufgaben der Landwirtschaft in Frage stellt.

Als aus allen Teilen des Landes über das ständig zunehmende Abströmen der landwirtschaftlich Berufstätigen Klagen laut wurden, versuchte man im Jahre 1934 durch eine gewisse Einschränkung der Freizügigkeit die Landflucht abzuriegeln, hat aber die damals erlassenen Vorschriften Ende 1936 wieder aufgehoben, weil sie nicht zum erhofften Ziele führten. Immerhin bietet die Aufsicht über die Arbeitsvermittlung, wie sie durch die staatlichen Arbeitsämter ausgeübt wird, eine Möglichkeit, dafür zu sorgen, daß Arbeitskräfte, die ihrer Herkunft und Berufsausbildung nach in die Landwirtschaft gehören, dort verbleiben und nicht ohne dringenden Grund in die gewerbliche Wirtschaft abwandern.

Es ist eine Eigenschaft der Landwirtschaft im Gegensatz zu vielen Industrien, daß ihre Arbeiten an den Standort der Erzeugung und an die von der Natur vorgeschriebenen Zeiten gebunden sind und nicht ohne ein gewisses Maß menschlicher Arbeitskraft erledigt werden können. Es gibt für sie keinen Aufschub; wenn die Zeit da ist, müssen die Heu- und die Getreideernte geborgen, die Kartoffeln und Rüben aus dem Boden genommen werden, der Dünger muß aus dem Stall aufs Feld gefahren, der Acker bestellt und die neue Saat fristgemäß ausgesät werden. Tag aus, Tag ein, das ganze Jahr hindurch müssen die Ställe gereinigt, die Haustiere gefüttert und die Kühe gemolken werden. All diese und viele andere Arbeiten, die gleich dringlich sind, setzen in 2 bis 3 Mill. landwirtschaftlicher Betriebe eine Millionenzahl von Arbeitskräften voraus. Fehlt es an den nötigen Arbeitern und bleibt eine notwendige Arbeit ungetan, so bedeutet das einen Schaden nicht nur für den betroffenen Betrieb, sondern auch für die Allgemeinheit.

2. Mittel zur Bekämpfung

Es gibt in der derzeitigen Landarbeiternot wie bei einer schweren Seuchenkrankheit Fälle akuter Gefahr, in denen mit sofort wirkenden Notmaßnahmen eingegriffen werden muß. Zu solchen Notmaßnahmen gehört die Bereitstellung von Ersatzarbeitskräften, die aus dem Arbeitsdienst, aus der Landhilfe von HJ. und BDM., aus dem Landdienst, aus Militär, Studentenschaft und Lehrerschaft gestellt werden. Sofern dieser Einsatz jugendlicher Arbeitskräfte in die Landarbeit von Seiten des Staates und der Partei zu einer bleibenden Einrichtung ausgebaut werden soll, hat er in erster Linie wichtige ethische Ziele, unter denen die Verständigung von Stadt und Land, die Erziehung zur Achtung vor der Arbeit des Landmannes und die kameradschaftliche Zusammenfassung von Hand- und Kopfarbeit voranstehen. Eine dauernde Besserung der Landarbeiternot ist durch den Einsatz dieser Ersatzarbeitskräfte allein nicht zu erwarten.

Auch die stärkere Heranziehung von ausländischen Wanderarbeitern, auf die wir vor einigen Jahren hofften ganz verzichten zu können, ist zu diesen Notmaßnahmen zu rechnen. Für den Sommer 1938 sollten rd. 100 000 landwirtschaftliche Arbeiter aus Italien, Ungarn, Polen, Jugoslawien, Holland und der Tschechoslowakei angeworben werden.

Sucht man nach Wegen, um die Landflucht wirksam aufzuhalten und die Arbeitsverhältnisse auf dem Lande nachhaltig zu bessern, so muß alles, was vom Landarbeiter als Nachteil der Landarbeit gegenüber der städtischen und gewerblichen Arbeit betrachtet wird, generell und auch fallweise daraufhin nachgeprüft werden, ob ein tatsächlich vorhandener Mißstand vorliegt, oder ob, was auch oft vorkommt, der zur Abwanderung Anlaß gebende Mißstand nur eingebildeter Art ist. Im ersten Falle muß, wenn es irgend möglich ist, Abhilfe geschaffen werden. Im letzten Falle muß versucht werden, die Landarbeiterschaft aufzuklären und ihr die Vorzüge ihres Berufes und die überschätzten Möglichkeiten des städtischen und gewerblichen Berufes klar zu machen.

Wenn sich der Landarbeiter — und das bezieht sich ebenso auf den mitarbeitenden Familienangehörigen, wie auf den Lohnarbeiter — bezüglich seiner sozialen Stellung, Unterbringung und Behausung, Löhnung, Arbeitszeit, bezüglich der Bildungsmöglichkeiten, der Vergnügungen und vor allem bezüglich der wirtschaftlichen und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten für sich und seine Kinder gegenüber dem Stadt- und Industriearbeiter benachteiligt vorkommt, so müssen alle diese Beschwerden nachgeprüft und, wo sie zu Recht bestehen und abgestellt werden können, so bald als möglich abgestellt werden.

Das ist nun freilich leichter gesagt als getan. Die Durchführung all jener Maßnahmen, die in den letzten Jahren zur Besserung der Landarbeiterverhältnisse mit Nachdruck in Angriff genommen sind, stellt ein Arbeitsprogramm dar, das nicht nur Verständnis und guten Willen, sondern auch Zeit und Geduld erfordert.

Um die berechtigten sozialen Forderungen der Landarbeiter erfüllen zu können, hat der Gesetzgeber die Landarbeiterschaft als ebenbürtiges Glied in den Reichsnährstand eingegliedert. Sie hat seitdem in allen Gliederungen der landwirtschaftlichen Berufsorganisation ihre Vertretung und wird seitens des Staates und der berufsständischen Organe mit einer ihr zukommenden Wertschätzung betreut. Wo es hier und da noch an der richtigen Arbeitsgemeinschaft und dem nötigen kameradschaftlichen Geist zwischen Arbeitgeber und Landarbeiter fehlt, werden sich die ländlichen Arbeitgeber in ihrem eigenen Interesse so bald als möglich auf die Forderungen unserer Zeit umstellen müssen. Der erste Schritt zur Besserung des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muß immer von dem ersten getan werden.

Die ländliche Wohnungsfürsorge für den Arbeiter beschränkte sich früher im wesentlichen auf den Bau neuer Insthäuser, sofern die Arbeitgeber die Kosten dafür aufwenden wollten. Im übrigen wurde die Parole der Landarbeitersiedlung ausgegeben, die vielfach als das Allheilmittel gegen alle Landarbeiternöte hingestellt wurde. Das war nicht nur unzureichend, sondern traf auch nicht das Übel an der Wurzel. Die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte besteht aus jungen, unverheirateten Leuten, Bauernkindern, Knechten und Mägden, die zunächst für eine Instwohnung oder Ansiedlung noch gar nicht in Frage kommen. Wenn die Magd auf dem Heuboden und der Knecht oder Bauernjunge im Pferdestall untergebracht werden, so kann das gegebenenfalls ganz praktisch und zeitweise auch ausreichend sein. Man muß sich aber nicht wundern, wenn diese jungen Leute neiderfüllt zuhören, was ihre nach der Stadt abgewanderten Altersgenossen über ihre dortige Unterbringung in eigenen Schlafräumen mit Bett, Schrank und Waschtisch erzählen. Die ordentliche Unterbringung der unverheirateten, ländlichen Arbeitskräfte, zu der auch die Bereitstellung von gemeinsamen Bade- und Sportplätzen gehört, ist ein wichtiger Teil der ländlichen Arbeiter-Wohnungsfürsorge, bei dem mit einigem guten Willen vielerorts vorhandene Mißstände abgestellt werden können.

Die Bereitstellung einer eigenen Wohnung, sei es einer Werkwohnung oder eines Eigenheims mit Stall, Garten und etwas Ackerland, kommt nur für die rd. 1 Million zählenden, verheirateten Landarbeiter oder für die heiratslustigen jungen Leute in Frage. Erwiesenermaßen liegt hier trotz jahrzehntelanger Bemühungen ein nicht zu übersehender Mißstand vor. Man hat vor einiger Zeit festgestellt, daß es an rd. 350 000 ordentlichen Landarbeiterwohnungen fehlt. Sie zu schaffen, ist eine der dringlichsten Aufgaben der Landarbeitspolitik, die auch dadurch nicht weniger dringlich erscheint, daß heute aus manchen Gegenden von leer stehenden Landarbeiterhäusern berichtet wird, die von abgewanderten Landarbeitern verlassen wurden.

Der Staat hat seit Jahren sehr erhebliche öffentliche Mittel für den Bau von Landarbeiterheimen hergegeben. Ob diese Heimstätten als Werkwohnungen, d. h. Miet- oder Deputatwohnungen, oder als Eigenheime, Häuslerstellen oder Landarbeitersiedlungen errichtet werden, ist von den örtlichen Verhältnissen abhängig. Im allgemeinen ist die Nachfrage nach Werkwohnungen erfahrungsgemäß größer, als nach Eigenheimen mit kleiner eigener Landwirtschaft.

Wichtig ist vor allem, daß junge, in der Landarbeit stehende Leute, wenn sie heiraten und auf dem Lande bleiben wollen, dort eine Wohnung finden, in der sie als Landarbeiter unterkommen und ihren Hausstand gründen können. Um die Hausstandsgründung von Landarbeitern zu erleichtern und die Jungverheirateten ihrem ländlichen Berufe zu erhalten, ist die „Verordnung zur Förderung der Landbevölkerung" vom 7. 7. 1938 erlassen, nach der ländliche Arbeiter Ehestandsdarlehen im Betrage von 600 RM erhalten können, die zinslos gestundet werden und nicht zurückgezahlt zu werden brauchen, wenn die Verheirateten in der Landarbeit bleiben. Auch können sie unter den gleichen Bedingungen Einrichtungsdarlehen und Zuschüsse für die Einrichtung ihres neuen Hausstandes in Höhe von 800 RM bzw. 400 RM erhalten.

Was die eigentliche Landarbeitersiedlung betrifft, bei der die Landarbeiter eine eigene kleine Landwirtschaft, vielleicht gar eine Neubauernstelle erhalten, so sind deren Möglichkeiten verhältnismäßig beschränkt. Man kann sehr wohl ein tüchtiger Landarbeiter sein, ohne sich für die Führung einer eigenen kleinen Wirtschaft zu eignen. Selbst wenn der Staat solche Landarbeitersiedlungen ganz aus öffentlichen Mitteln errichten und unter völligem oder fast völligem Verzicht auf Rentenzahlungen ausgeben würde, würde er in vielen Fällen weder den Angesiedelten, noch der Allgemeinheit einen Dienst erweisen. Erfahrungsgemäß hat nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Landarbeiter den Wunsch und die Voraussetzungen, um auf einer eigenen, kleinen Siedlerstelle vorwärts zu kommen.

Trotzdem sollten für den Aufstieg vom Landarbeiter zum Kleinbauern möglichst überall die Möglichkeiten geschaffen werden, damit jene, die das Zeug dazu haben, diesen Aufstieg aus eigener Kraft bewältigen und ihren Arbeitsgenossen zeigen, daß auch ein tüchtiger Landarbeiter wirtschaftlich und sozial weiterkommen kann.

Was die Lohnverhältnisse betrifft, so scheint in ihnen so recht eigentlich das Kernproblem aller Landarbeiternot zu liegen. Vergleicht man das Bareinkommen des Landarbeiters mit dem Bareinkommen des Stadtarbeiters, so ist der Unterschied zu ungunsten des Landarbeiters fast ausnahmslos sehr erheblich. Ein solcher Vergleich ist aber durchaus irreführend, denn die Behausung und Beköstigung, die der landwirtschaftliche Arbeiter außer seinem Geldlohn erhält, stellen den größten Teil seines Einkommens dar und müssen beim Vergleich mit städtischen oder industriellen Arbeitereinkommen richtig in Ansatz gebracht werden. Geschieht das, so vermindert sich der Abstand der beiden Einkommen sehr erheblich. Wenn man die gesünderen Lebensverhältnisse, die geringeren Möglichkeiten für überflüssige Geldausgaben auf dem Lande und andere ideelle Vorteile des Landlebens bewerten und mit in Rechnung stellen wollte, so würden in den meisten Fällen die Landarbeiter nicht schlechter gestellt erscheinen als die Stadt- und Industriearbeiter.

Leider sehen das die Betroffenen meist anders. Sie rechnen, was sie auf dem Lande Gutes haben, für nichts und überschätzen, was sie in der Stadt erwartet. Die Forderung nach einer Angleichung der ländlichen an die städtischen Löhne, wie sie theoretisch vielleicht gestellt werden könnte, ist völlig unerfüllbar, zumal da die Landwirtschaft mit ihrer gebundenen Wirtschaft nie und nimmer die Barlöhne zahlen könnte, die heute einzelne städtische und industrielle Betriebe und große öffentliche Unternehmungen zu zahlen in der Lage sind. Der naheliegende Vorschlag, die Stadt- und Industrielöhne zu senken, wenn man doch die Landlöhne nicht heben kann, dürfte sehr wohl in Einzelfällen, aber nicht allgemein durchführbar sein.

Bei genauerem Zusehen ist es ja auch nicht der Geldlohn an sich, dessen Höhe entscheidend ist, sondern das Maß von Lebenswerten und Zufriedenheit, das der Arbeiter unter seinen Arbeitsbedingungen und durch seinen Arbeitslohn erreichen kann. Wenn der Stadtarbeiter seinen ganzen Lohn für allerhand materielle Bedürfnisse ausgibt, so daß ihm für seine geistigen Bedürfnisse und für eine bessere Erziehung seiner Kinder nichts oder nur wenig übrig bleibt, so hat er durch seinen höheren Barlohn dem Landarbeiter gegenüber nichts voraus.

Es sind letzten Endes die Möglichkeiten des Aufstiegs, die der Arbeiter für sich und seine Kinder vor sich sieht, die ihn bei der Berufswahl entscheidend beeinflussen. Wenn heute dank den Maßnahmen des Staates und des Berufsstandes für die soziale Gleichstellung der Landarbeiterschaft, für bessere Möglichkeiten ihrer Berufs- und Allgemeinbildung, für ausreichendes Vorhandensein angemessener Wohnungen, für die Erleichterung der Hausstandsgründung und vieles andere mit Nachdruck gesorgt wird, so dürften die Voraussetzungen dafür erfüllt werden, daß der Beruf des Landarbeiters in Zukunft gerade so viel Befriedigung und Aufstiegsmöglichkeit bietet wie der des Arbeiters in Stadt und Industrie.

3. Die Aufgabe der Technik

Eine sehr wesentliche Unterstützung können die Bemühungen um die Abstellung der Landarbeiternot dadurch finden, daß die landwirtschaftliche Betriebsführung und die ländlichen Arbeitsmethoden so weit als möglich den Zeitverhältnissen angepaßt werden. Ganz ohne menschliche Arbeitskraft läßt sich kein landwirtschaftlicher Betrieb führen, und auch der Einschränkung des Arbeiterbestandes ist in allen Betrieben eine Grenze gezogen, die zu unterschreiten Schaden bringen würde. Es kann aber durch ein richtig zugepaßtes Wirtschaftssystem, durch Verteilung des Ackers auf Feldfrüchte mit verschiedener Erntezeit und dergleichen mehr manches getan werden, um die auf den Sommer und Herbst fallenden Arbeitsspitzen abzubauen.

Um die Landwirtschaft zu Höchstleistungen zu bringen, sind in ihr Anlagen von Ent- und Bewässerungen, Drainagen, Berieselungen, Regenmaschinen, elektrischen Kraft- und Lichtleitungen, Dünger- und Jauchegruben, Kartoffel-, Rüben- und Futterensilagen, Heu- und Strohhebern usw. im Werte von Milliarden RM gemacht worden, die bei rationellem Betrieb arbeitsparend wirken. Dasselbe gilt von den vielen tausenderlei Maschinen und Geräten, die in der Landwirtschaft Verwendung finden.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft steht unter den Möglichkeiten zur Bekämpfung der derzeitigen Landarbeiternot mit an erster Stelle. Sie muß allerdings mit Vorsicht angewandt werden. Die landwirtschaftliche Maschine kann nicht nur den erwünschten Erfolg haben, daß sie eine fehlende menschliche Arbeitskraft ersetzt, sie kann auch Menschen vom Lande verdrängen, die besser dort bleiben sollten. Es ist schon vorgekommen, daß man die Abschaffung gewisser landwirtschaftlicher Maschinen empfohlen hat, um z. B. für den auf dem Lande vorhandenen Arbeiterstand die Winterarbeit zu sichern.

In der Regel arbeitet die Maschine schneller, sie leistet aber nicht immer bessere, manchmal auch schlechtere Arbeit als der Mensch. So dürfte es z. B. wohl keinen Bauer oder Landwirt geben, der seine Kühe mit der Melkmaschine melkt, wenn er irgendwoher Melker bekommen kann. Auch die melkende Hand versucht nur, das Saugen des Kalbes so gut als möglich nachzuahmen, und erreicht das bei schlecht ausgebildeten Melkern so unvollkommen, daß die Milchergiebigkeit und Ge-

sundheit der Kühe Schaden nehmen können. Nur äußerster Arbeitermangel wird die Aufstellung von Melkmaschinen rechtfertigen. Dergleichen Beispiele ließen sich leicht noch mehr anführen, die beweisen, daß man nicht ohne Überlegung jede menschliche Arbeitskraft im landwirtschaftlichen Betriebe durch eine Maschine ersetzen kann.

Mit dieser Einschränkung, die vorausgeschickt werden mußte, kann man wohl sagen, daß es kaum ein Gebiet der Technik gibt, auf dem fortlaufend von einem Tage zum andern so viele, neue und bessere Einrichtungen, Geräte und Maschinen erfunden, in Massen hergestellt und auf den Markt gebracht werden, wie in der landwirtschaftlichen Maschinenindustrie. Die großen, alljährlich stattfindenden landwirtschaftlichen Ausstellungen geben den besten Beweis dafür.

Vom kleinen Dorfhandwerker bis zur großen Maschinenfabrik sind viele Tausende von Erzeugerfirmen tätig, um den Riesenbedarf der Landwirtschaft an Maschinen und Geräten und technischen Betriebsanlagen zu decken. Der Bedarf wächst ständig, und man hört heute schon aus allen Gegenden und Teilen unserer Landwirtschaft, daß der zur Zeit herrschende Arbeitermangel zur Neuanschaffung von allerhand arbeitersparenden Maschinen und Anlagen Anlaß gegeben hat.

Die große Mehrzahl unserer landwirtschaftlichen Betriebe ist nicht groß genug, um größere landwirtschaftliche Maschinen und maschinelle Einrichtungen bezahlen und ausnutzen zu können. Um auch ihnen die Vorteile der Technisierung zu verschaffen, kann die landwirtschaftliche Produktiv- und Maschinengenossenschaft helfen.

Reichsernährungsminister *Darré* hat zu verschiedenen Malen bei großen öffentlichen Veranstaltungen auf die Notwendigkeit der stärkeren Technisierung der Landwirtschaft hingewiesen: „Die Landwirtschaft", sagte er am 12. Dezember 1937 in Goslar, „muß durch verstärkte Maschinenanwendung die fehlende menschliche Arbeitskraft ersetzen. In größeren Betrieben ist es leichter möglich, bei dem richtigen Einsatz von Maschinen und Geräten Handarbeit zu ersparen. Im kleineren Betrieb ist der Maschineneinsatz erheblich schwieriger, und doch ist es notwendig, daß auch hier die Maschine stärkeren Eingang findet".

Am 12. Juni 1938 kam der Minister auf der Genossenschaftstagung in Koblenz erneut auf dieses Thema zu sprechen und sagte: „Mit Rücksicht auf den herrschenden Arbeiter- und Materialmangel ist der Einsatz von Maschinen jeder Art, von Schleppern, Dreschmaschinen, Saatgutbereitungsmaschinen usw. in der rationellsten Form, d. h. also in Form großer Maschinen, notwendig. Dies ist aber ohne übermäßige Belastung des einzelnen Hofes nur durch genossenschaftliche Zusammenschlüsse möglich. Ebenso verhält es sich mit der Kartoffeltrocknerei und -brennerei, mit Grünfutter- und Kartoffelsilos usw. Auf diesen Gebieten erwarte ich stärksten Einsatz, weil hier jeder Einsatz der Steigerung der Erzeugung dient und daher volkswirtschaftlich richtig ist".

„Indem die Genossenschaften eine Arbeit übernehmen, die der einzelne Hof ohne Gefahr für seinen Bestand nicht durchführen kann, werden sie ihren wesentlichsten Beitrag leisten zur Steigerung der Erzeugung des deutschen Landvolkes und damit zur Sicherung unserer Nahrungsfreiheit."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser Appell des Reichsministers an die große Organisation der landwirtschaftlichen Genossenschaften dazu Anlaß geben wird, die Mechanisierung der Landwirtschaft im Interesse einer Lösung des Landarbeitsproblems energisch weiterzuführen. [3597]

Erneuerung und Vergrößerung des deutschen Binnenschiffahrtsraumes notwendig

1942 wird der Mittellandkanal fertig. 1945 soll der Großschiffahrtsweg Rhein-Main-Donau in Betrieb genommen werden. Nach amtlichen Äußerungen sollen auch die übrigen begonnenen oder durchgeplanten Bauvorhaben nicht vernachlässigt werden, d. h. es ist damit zu rechnen, daß im Rahmen des Möglichen der Bau des Neckarkanals fortschreitet, daß der Hochrhein oberhalb Basel-Rheinfelden weiter ausgebaut wird, daß die Obere Donau zwischen Kelheim und Ulm geregelt wird, daß der Saar-Pfalz-Rhein-Kanal verwirklicht wird. Weiter dürfte es zum Ausbau des östlichen Flügels des Hansa-Kanals zwischen Weser und Elbe kommen; vielleicht auch zu Stichkanälen von der Donau nach Augsburg und München. Die Werra wird zunächst bis ins thüringische Kaligebiet hinein ausgebaut.

All diese Aussichten haben in der deutschen Binnenschiffahrt zusammen mit dem gewaltigen Aufschwung der Transportleistung um fast 100 % seit 1933 den Willen hervorgerufen, allen Anforderungen der Zukunft in vollem Maße gewachsen zu sein. Das geschah um so mehr, als durch die Angliederung Österreichs und die zunehmende Ausbeutung und Verwertung deutscher Rohstoffe und Erze massenweise neue Transportleistungen in den kommenden Jahren verlangt werden. Namentlich das deutsche Kleinschiffergewerbe, die sogenannten Partikuliere, die nicht in Reedereien gebundene Binnenschiffahrt, nimmt an, daß die Ausweitung ihres Arbeitsbereiches durch die vielen Neubauten von Wasserwegen auch die Schaffung neuen Schiffsraumes an Stelle des teilweise sehr überalterten rechtfertigt.

Man rechnet also mit einem Ansteigen der Neubauten in den nächsten Jahren. In erster Linie dürften hier mittlere Schiffsgrößen mit eigener Antriebskraft in Betracht kommen, die alle Wasserstraßen befahren können und einen raschen Umlauf gewährleisten. Aber auch die großen Reedereien denken an neue Rüstungen für den zu erwartenden Verkehrszuwachs. Es sind hier vor allem die Gesellschaften, die auf den mittel- und ostdeutschen Wasserstraßen arbeiten. Hier findet sich noch viel stark überalterter Schiffsraum, der dem zu erwartenden Wettbewerb aus den westlichen Gebieten des Reiches nicht gewachsen ist. Auch für die Donauschiffahrt gelten diese Erwägungen. h. m-d. [3541]

Die Verkehrsentwicklung westdeutscher Binnenhäfen

1937 sind auf den deutschen Binnenwasserstraßen 130 Mill. t Güter bewegt worden. 63 Mill. t davon sind allein in den Häfen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes umgeschlagen worden. Die nachstehende Übersicht, die einem Beitrag von Hafendirektor *Etterich* in der Sondernummer „200 Jahre Rheinisch-westfälische Zeitung" entnommen ist, zeigt den Umschlag in neun Häfen im letzten Friedensjahr vor dem Weltkriege, dann im Tiefpunkt der Krisis 1932 und im letzten Jahre nationalsozialistischer Wirtschaft.

Zahlentafel 1

Umschlag in westdeutschen Binnenhäfen (in 1000 t)

Hafen	1913	1932	1937
Duisburg-Ruhrort	27 262	10 823	23 079
Köln	2 070	2 486	3 493
Düsseldorf	1 848	1 538	2 756
Neuß	1 074	946	1 230
Krefeld-Ürdingen	704	524	1 022
Dortmund	2 109	1 836	4 855
Wanne-Eickel	—	2 036	2 523
Hamm	—	500	776
Münster	—	180	511

Für die kommenden Jahre sind weitere Steigerungen zu erwarten. Die Fertigstellung des Mittellandkanals, die Erz- und Kohlentransporte im Zusammenhang mit der Erstellung der Hermann-Göring-Werke werden große Gütermengen zusätzlich in Bewegung bringen. Auch die Fertigstellung der im Bau befindlichen süddeutschen Wasserstraßen wird sich auswirken. Die deutsche Binnenschiffahrt hat ihre Krisenzeiten endgültig überwunden. *h. m-d* [3510]

Welteisenindustrie und Weltentwicklung

Von Dr. Dr. HANS J. SCHNEIDER, Berlin

Mitte Juni 1938 fanden die Verhandlungen über die Verlängerung der JREG statt. Das Problem der Anpassung von Angebot und Nachfrage ist durch die neuen Kapazitäten in Deutschland und Großbritannien immer dringender geworden. Eine „normale" Verbrauchsentwicklung dürfte allerdings nur bei Umkehr der weltwirtschaftlichen Politik möglich sein.

Die Leistungssteigerungen der deutschen, englischen und russischen Großeisenindustrie einerseits und der durch die jüngere britische Entwicklung verstärkt in Erscheinung getretene weltwirtschaftliche Rückschlag anderseits rücken wieder einmal die alte Frage der Anpassung von Angebot und Nachfrage auf dem internationalen Eisengebiet in den Vordergrund.

Die Leistungsfähigkeit der deutschen Großeisenindustrie wird bekanntlich nach amtlichen Verlautbarungen durch die neuen Reichswerke Hermann Göring um rd. 6 Mill. t erhöht werden. Die britische Stahlwerksleistung hat 1937 rd. 13,4 Mill. t Rohstahl betragen. (Sie hatte 1913 nur rd. 7,6 Mill. t bei allerdings rd. 10,3 Mill. t Roheisenerzeugung ausgemacht.) Nach dem Gutachten des britischen Zollberatungsausschusses war im Jahr 1937 die Leistungsfähigkeit der Industrie praktisch voll ausgenutzt, wenn man von den an sich zur Verschrottung bestimmten, aber noch übrig gebliebenen Anlagen absieht. Die ganze Art des Reorganisationsprozesses innerhalb der britischen Eisenindustrie — die Arbeitsgemeinschaften z. B. zwischen Richard Thomas & Co. Ltd. und der Whitehead Iron Company (Newport), zwischen Stewarts & Lloyds und der Lancashire Steel Corporation (Corby Walzwerk) und in der Guest, Keen Baldwins Ltd. — die neuen Kapazitäten bei Richard Thomas & Co. Ltd. (Ebbw. Vale Werke), im Rahmen der Abrundung des Colvilles Konzern (Clydebridge), innerhalb der United Steel Corporation (Appleby Frodingham Werke in der Gruppe Scunthorpe), der Consett Iron, der Stanton Ironworks, bei Hadfilds usw. machen aber eine weitere beträchtliche Leistungssteigerung der britischen Industrie wahrscheinlich, ganz abgesehen davon, daß der britische Zollberatungsausschuß eine solche weitere Steigerung für 1938 bereits von Anfang an ins Auge gefaßt hatte. Diese Entwicklung wird zweifellos durch wirtschaftliche und politische Umstände eher verstärkt als gemildert werden. Die russische Großeisenindustrie endlich hat ihre Leistung in Rohstahl von rd. 4,9 Mill. t (1929) auf rd. 17,4 Mill. t (1937) erhöht. Wenn man dieser Ziffer in ihrer absoluten Höhe auch mit einer gewissen Vorsicht gegenüberstehen muß, so ist doch die Leistungssteigerung dieser Industrie höchst beachtlich. Bedenkt man weiter, daß diese überwiegend aus politischen und wehrwirtschaftlichen Erwägungen vorgenommenen Leistungssteigerungen der drei wichtigsten europäischen Erzeuger sich im Rahmen einer gewaltigen Strukturwandlung der Weltwirtschaft vollzieht, die in Italien, Kanada, Südafrika, Britisch-Indien, Japan, China, Chile, Australien bereits neue Industrien von wachsender Bedeutung geschaffen hat, die nunmehr im Begriff steht, in der Türkei (Karabük), in Brasilien, in Ägypten, in Griechenland eine neue weitere Erzeugung ins Leben zu rufen, so wird die Bedeutung der aufgeworfenen Frage in vollem Umfang klar.

Entwicklung des Eisenverbrauchs in der Welt

Sie tritt überdies um so deutlicher in Erscheinung, als die eigentliche konjunkturelle Entwicklung in Großbritannien nunmehr ernsthaftere Symptome eines wahrscheinlichen stärkeren Rückschlages zeigt. Die britischen Eisenzölle sind wieder eingeführt. Die englische Roheisenerzeugung sinkt. Die Rohstoffklemme (Erze und Schrott) hat sich in Großbritannien sichtlich gelockert. Ob die geplante Kriegsreserve von 1 Mill. t Roheisen die Roheisenpreise auf ihrer jetzigen Höhe wird halten können, ist zweifelhaft. Auch auf der Seite der Nachfrage verdunkeln sich die Aussichten. Der Baumarkt stockt. Der Schiffbau weist bei der internationalen Frachtenentwicklung und der gegenwärtigen Gestaltung der Baukosten wenig günstige Aussichten auf. Der bereits eingetretene Preisrückgang auf vielen Gebieten hält den Kaufwillen zurück. Dazu kommt die verringerte Aufnahmefähigkeit der Rohstoffländer an Eisen und Stahl in Europa und Übersee. Die Preis- und Mengenkonjunktur in Rohstoffen ist vorüber. Die britische Ausfuhr an Eisen und Stahl, an Maschinen, an Baumwollwaren verringert sich sichtlich. Das Bild des weltwirtschaftlichen Rückschlages, das bereits im Herbst 1937 in den ersten schwachen Umrissen — immerhin aber deutlich genug — erkennbar war, tritt nunmehr plastischer hervor. Die Propheten, die eine baldige Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft voraussagten, haben versagt, weil auch die amerikanische Politik versagte. Erst jetzt beginnt sich die amerikanische Wirtschaft wieder zu festigen.

So sehr das aktive Wollen der Menschen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht das Bild der Zukunft zu formen imstande ist, so sehr sind diese gestaltenden Kräfte doch auch an die Tatsachen der Gegenwart und damit der Vergangenheit gebunden. In einer Analyse des Welteisenmarktes[1]) des Jahres 1932, also eines Jahres, in dem die Krise noch mit voller Wucht auf der Weltwirtschaft lastete, konnte vor dem Krisenpessimismus des damaligen Augenblicks gewarnt, auf die wirtschaftlichen und technischen Notwendigkeiten eines wachsenden Eisenverbrauchs in der Welt hingewiesen und ein ähnliches Wachstum der Eisenerzeugung und des Eisenverbrauchs in der Welt wie in der Vorkriegszeit in Aussicht gestellt werden. Diese Voraussage hat sich in den für solche, durch bloße Schätzungen gestützten Mutmaßungen notwendigen Grenzwerten als tragfähig erwiesen (Bild 1). Die Rohstahlerzeugung der Welt hat im Jahr 1937 rd. 136,1 Mill. t betragen und war damit rd. 14,6 Mill. t größer als im bisherigen Hochstand 1929. Es liegt in der Tat — trotz aller Hinweise auf das in den letzten Jahrzehnten der Vorkriegszeit allerdings bereits überwundene Eisenbahnzeitalter — technisch kein Grund vor, warum das Wachstum des Eisenverbrauchs in der Welt in der Nachkriegszeit wesent-

1) Vgl. den Aufsatz des Verfassers: „Die Zukunft des Welteisenmarktes". Techn. u. Wirtsch. 25. Bd. (1932) S. 195.

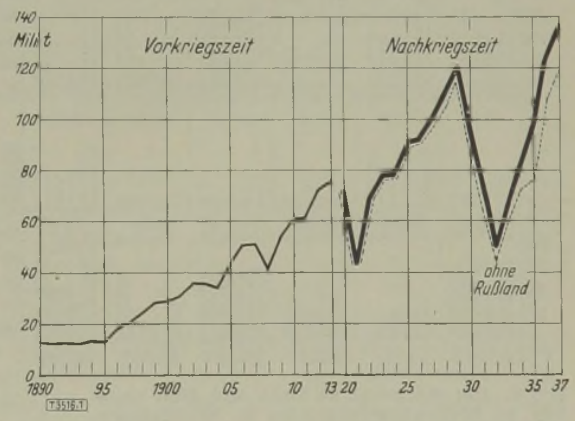


Bild 1. Weltrohstahlerzeugung

lich geringer sein sollte als in der Vorkriegszeit [2]). Bauwesen, Elektrotechnik, Automobilindustrie, Schiffbau usw. sind zu gewaltigen neuen dynamischen Elementen des Eisenverbrauchs geworden, allerdings unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche Vernunft des Menschen auch die weltwirtschaftliche Entfaltung dieser Kräfte gestattet.

Gründe der bisherigen Entwicklung

Hier aber beginnt die Tragik der „Un"friedensverträge und der noch verderblicheren Schuldentilgungsabkommen. Die erzwungene Umkehr in den Zahlungsbilanzen, der damit wieder gegebene Zusammenbruch des Welthandels und der Währungen, der fast überall wirksame Zwang, die neuen Zahlungsbilanzen bei einer bei sinkendem Preisstand an sich gestiegenen Schuldenlast durch fortgesetzte Drosselung der Einfuhr in Ordnung halten zu müssen, der damit wieder erfolgende latente Druck auf die Weltmarktgestaltung — all das hat bereits so oft seine Darstellung gefunden, daß es als bekannt vorausgesetzt werden kann. Es tritt aber in der augenblicklichen Lage des Welteisenmarktes ganz besonders deutlich zutage, vor allem, wenn die zukünftige wahrscheinliche Entwicklung nicht mehr in ihrer Gesamtheit, sondern im Blickfeld einzelner Gruppen — vor allem der entscheidenden europäischen Erzeugergruppe — ins Auge gefaßt wird.

Von dieser für die gesamte Menschheitsentwicklung ausschlaggebenden Betrachtungsweise aus ist eine Reihe von Tatsachen für die Gegenwart bestimmend. Es ist höchst bedeutungsvoll, daß die Weltrohstahlerzeugung ohne Rußland, das seine Wirtschaftsräume aus Europa und Asien aussondert, im Jahr 1937 lediglich rd. 119,7 Mill. t betragen und damit nur wenig über dem Stand des Jahres 1929 gelegen hat. Es ist ferner bezeichnend, daß die Rohstahlerzeugung der großen Eisenländer (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Luxemburg) im Zeitraum 1929 bis 1937 von rd. 45,2 Mill. auf rd. 47,5 Mill. t gestiegen ist. Es ist ferner wichtig, daß die gesamte europäische Rohstahlerzeugung ohne Rußland lediglich von rd. 54,2 Mill. t auf rd. 57,0 Mill. t stieg, eine Steigung also, die — wie die vorangegangenen Zahlen zeigen — lediglich auf die sechs großen europäischen Eisenerzeuger entfällt. Das übrige Europa aber blieb im wesentlichen in der Entwicklung stehen. Ähnlich liegt es auch bei Außereuropa. Hier ist die Gesamterzeugung von rd. 62,8 Mill. t auf 61,7 Mill. t gesunken. Sondert man die ausschlaggebende Erzeugung der USA aus, so ist eine Erzeugungssteigerung von rd. 5,0 Mill. t auf annähernd 10 Mill. t festzustellen. Diese drei Tatsachen: die starke

[2]) a. a. O. S. 197.

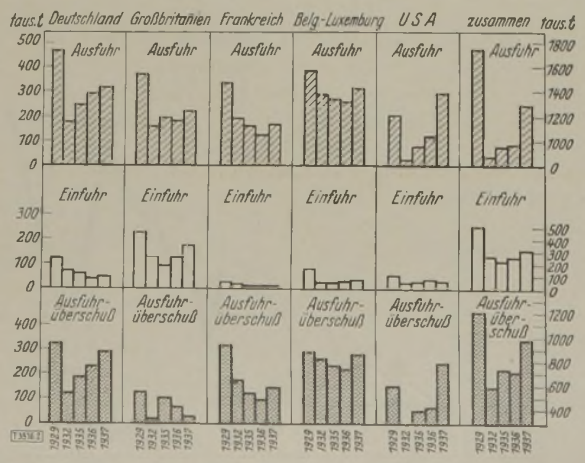


Bild 2. Der Weltmarkt an Eisen und Stahl (Ausfuhr an Großeisenerzeugnissen im Monatsdurchschnitt in 1000 t)

Zahlentafel 1. Einfuhr an Walzwerksfertigerzeugnissen und Halbzeug
(1000 t)

Einfuhrgebiet	1913	1925	1929	1937
Deutsches Zollgebiet	116	931	1161	390
Großbritannien	1863	2290	2530	1790
Französisches Zollgebiet	95	108	193	90
Belgisches Zollgebiet	267	190	375	100
USA	99	317	386	245
Österreich	46	77	89	135
Ungarn	—	15	14	8 [1])
Tschechoslowakei	—	16	28	26
Polen	—	36	72	43
Schweden	158	213	352	445
Italien	180	513	256	306
Jugoslawien	18	77	144	77
Kanada	1264	695	826	427 [1])
Br. Indien	1105	838	552	360 [1])
Japan	496	530	936	498 [2])
China	147	248	428	370
Australien	467	437	364	184 [3])

[1]) 1936. [2]) 1936, da Angaben für 1937 fehlen. [3]) 1935/36.

Erzeugungssteigerung im stark rüstungsbestimmten westeuropäischen Raum, die Stagnation im übrigen europäischen Gebiet ohne Rußland, die ansehnliche Erzeugungssteigerung in Außereuropa (ohne USA) d. h. in erster Linie in Japan, Korea, Mandschukuo, Britisch-Indien usw., werden durch die Ergebnisse von Bild 2 und der Zahlentafel 1 unterstrichen. Weder Ausfuhr noch Einfuhr der sechs Eisenländer in ihrer Gesamtheit wiesen 1937 den Stand von 1929 auf. Der Ausfuhrüberschuß an Großeisenerzeugnissen der entscheidenden Eisenländer Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Belgien-Luxemburg, der USA hat im Monatsdurchschnitt 1929 noch 1,24 Mill. t betragen, er ist im Jahr 1937 auf 983 000 t abgesunken. Gewiß ist bei diesen Vergleichen die inzwischen erfolgte Wiedereingliederung des Saargebietes und das Aufhören der Kontingentslieferungen aus Lothringen und Luxemburg nach Deutschland zu berücksichtigen. Aber auch bei zahlenmäßiger Berücksichtigung dieser Neuordnung ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß der Raum außerhalb der großen Eisenländer seit 1929 keine wachsenden Mengen aufgenommen hat. Umgekehrt ergibt sich die Aufnahmefähigkeit der Eisenländer — und zwar der großen wie der kleinen Eisenländer — aus Zahlentafel 2. Zusammenfassend ist jedenfalls festzustellen: Das Erzeugungswachstum 1929 bis 1937 in Europa ist den Rüstungen in Westeuropa und den in Deutschland und Großbritannien herrschenden günstigen Konjunkturbedingungen, das Erzeugungswachstum in der Welt aber dem strukturellen Wachstum in Rußland und Außereuropa (ohne USA) zu danken. Die Aufnahmefähigkeit des Raumes außerhalb der großen Eisenländer an deren Eisen und Stahl hat sich aber gegen-

Zahlentafel 2. Ausfuhr von Walzwerksfertigerzeugnissen und Halbzeug
(1000 t)

Ausfuhrgebiet	1913	1925	1929	1937
Deutsches Zollgebiet	4502	2196	3815	2747
Großbritannien	3067	3052	3552	1774
Französisches Zollgebiet	426	2812	3427	1230
Belgisches Zollgebiet	1379	2909	4239	3620
USA	2315	1523	2357	2493
Österreich	66	130	111	185
Ungarn	—	32	35	67
Tschechoslowakei	—	371	575	459
Polen	—	91	230	284
Schweden	286	135	136	210
Japan	—	28	22	490 [1])

[1]) 1936, da für 1937 keine Angaben vorliegen.

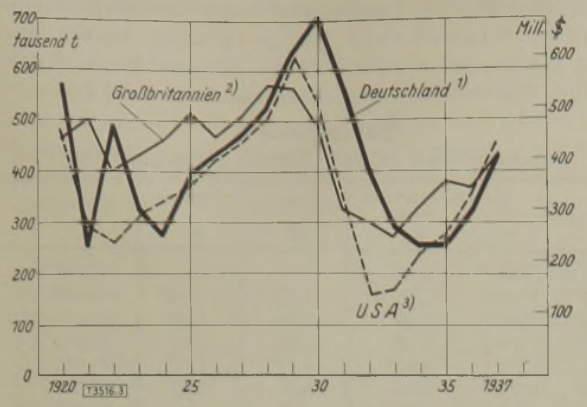
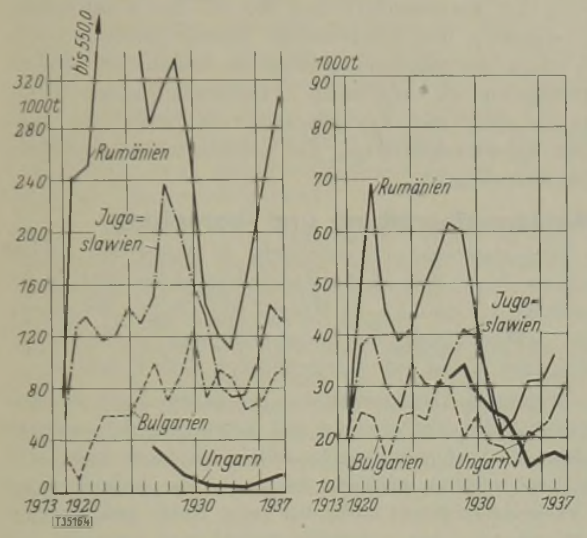


Bild 3. Die Industrialisierung der Welt (Maschinenausfuhr von Großbritannien und Deutschland in 1000 t; von USA in Mill. $)
1) nur Maschinen; 2) machinery nach Board of Trade; 3) einschl. alter Maschinen



Einfuhr an Eisen und Eisenwaren[1]) — Einfuhr an Maschinen und Apparaten

Bild 4. Der Südostraum Europas
[1]) Bei Rumänien bis 1926 Metalle und Metallwaren

über 1929 kaum erhöht, denn die Ausfuhr geht in der Hauptsache wieder in eisenerzeugende Länder (Bild 2). Hier macht sich außerdem die wachsende Erzeugung und Ausfuhr der neuen Eisenländer einerseits und die ungünstige gesamtweltwirtschaftliche Entwicklung anderseits bemerkbar. Dieser letzte Punkt dürfte entscheidend sein. Er zeigt sich vor allem auch in der Gestaltung der Weltmaschinenausfuhr (Bild 3). Ein besonders vernachlässigter Raum der Weltwirtschaft war Südosteuropa. Der wirtschaftliche Widersinn der Verträge von St. Germain, Trianon und Neuilly hat dort zu einer dauernden Wirtschaftsdrosselung geführt (Bild 4), die erst gemildert wurde, als Deutschland, das natürliche Ergänzungsgebiet dieses Raumes, im gegenseitigen Austauschverkehr die Agrarprodukte und Rohstoffe dieser Ländergruppe aufnahm und neue Möglichkeiten des Aufbaus in Südosteuropa erschloß.

Weltpolitik und Verbrauchssteigerung

Es ist der Widersinn der aus der Unvernunft der Friedensverträge entstandenen und heute unabgewandelt weitergeltenden weltwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, der den Verbrauch an Produktionsmitteln in der Welt — und besonders in den Neuländern — hintenan hält. Die Eisenländer, die 1937 wachsende Einfuhrmengen aufgenommen haben, machen sich aber immer selbständiger. Das zeigt das Beispiel Großbritanniens, das nur infolge seiner Rüstungen zeitweise wieder mehr eingeführt hat. Angesichts der eigenen gestiegenen Kapazitäten bleibt es daher schwer verständlich, daß die internationale eisenschaffende Industrie, die einerseits wie keine andere Industrie den Gedanken einer weltweiten Verständigung trägt, anderseits ebenfalls wie keine andere die stärksten politischen Einflüsse im eigenen Land auszuüben vermag, nicht alles tut, um den verhängnisvollen Gang der bisherigen weltwirtschaftlichen Entwicklung abzuwandeln. Politische Ansatzpunkte in den letzten Jahren waren — wie der Bericht *van Zeelands* zeigt — genug vorhanden. Die kurze Rüstungskonjunktur 1936/37, der zeitweise außerordentliche Boom in Preisen und Frachten war allerdings psychologisch für eine solche Arbeit wenig günstig. Jetzt aber scheint sich das Bild der wirtschaftlichen Tatsachen gründlich zu ändern. Worauf es ankommt, ist längst klar zutage getreten. Die Kaufkraft der Welt muß durch verständnisvolle Zusammenarbeit in Schulden-, Währungs- und Ausfuhrfragen gehoben werden. Der Warenstrom der Welt darf nicht länger dem Diktat der Zahlungsbilanzen untergeordnet, sondern es muß die Zahlungsbilanzstruktur den Erfordernissen eines weltwirtschaftlich vernünftigen Warenstroms angepaßt werden. Hat sich die Steuerung des volkswirtschaftlichen Geschehens — wie das deutsche Beispiel zeigt — als das Gebot der Stunde gezeigt, so wird die Notwendigkeit der Steuerung des weltwirtschaftlichen Geschehens zum Gebot der Zukunft. Die kurze Rüstungskonjunktur 1936/37 hat auf alle Teile der Weltwirtschaft weitestreichend günstige Folgewirkungen ausgeübt. Welche Wirkungen würde erst eine weitere, echte konjunkturelle Ankurbelungspolitik haben, die von den maßgebenden Ländern, von USA, Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Belgien-Luxemburg, Italien, Japan getragen wird, die von der Währungsstabilisierung bis zur fördernden Kontrolle der wichtigsten internationalen Warenströme fortschreiten, und die im übrigen in der immer stärkeren Großraumblockbildung der Weltwirtschaft und dem krisenfesten Deutschland die besten Ansatzpunkte finden würde. [3516]

Versuchsdörfer für Kohlenfeuerung

Dem Nachrichtendienst für das Bauwesen Nr. 576 entnehmen wir, daß das Reichskuratorium für Technik in der Landwirtschaft in Verbindung mit der Braunkohlen- und Steinkohlenindustrie Versuche über die zweckmäßigste Verwendung von Steinkohlen und Braunkohlen in ländlichen Feuerstellen durchgeführt hat. In insgesamt 22 Dörfern wurde die Holzfeuerung teils auf Braunkohle, teils auf Steinkohle umgestellt, und in den Betrieben, die bereits mit Kohle kochten, wurden die Feuerstellen dem heutigen Stand der Technik entsprechend hergerichtet. Das überraschende Ergebnis dieser Untersuchungen liegt darin, daß durch die konstruktiven Verbesserungen der Feuerstellen und Schornsteine der Brennstoffverbrauch häufig um mehr als die Hälfte, bei einzelnen Feuerstellen sogar um 80 %, herabgesetzt werden konnte. Im Durchschnitt von 17 Betrieben wurde z. B. eine Ersparnis von 43 % erzielt. Der Holzverbrauch konnte fast völlig ausgeschaltet werden. Bei Futterdämpfern und Waschkesseln ergaben sich sogar Ersparnisse bis zu 70 %. [3566]

Die Kohlenwirtschaft der Welt

IV. Kanada

Von Bergassessor a. D. W. VON ZGLINICKI, Eisleben

In der Reihe unserer Aufsätze über im allgemeinen weniger beachtete Kohlenwirtschaften der Welt (vgl. China 1937 S. 276; Japan 1937 S. 335; Südafrikanische Union 1938 S. 69) werden im folgenden einige bemerkenswerte Ausschnitte aus dem kanadischen Kohlenbergbau geboten: Vorräte und Förderung, technische Fragen der Aufbereitung und Veredlung, Fragen des Verbrauchs, der Preisgestaltung, vor allem auch die bergrechtlichen und sozialpolitischen Verhältnisse sowie die Maßnahmen zum Schutze der Kohlenerzeuger und Kohlenverbraucher.

Mit der immer mehr zunehmenden Belebung des Metallbergbaues in Kanada steigt auch die Förderung an nichtmetallischen Mineralien. Die Nichtmetall-Lagerstätten Kanadas bilden heute die Grundlage für unzählige Industriezweige. Als führendes nichtmetallisches Mineral weist die Kohle neben dem Gold den höchsten jährlichen Erzeugungswert auf.

Die Kohlen Kanadas gehören dem Karbon, der unteren Kreide und dem Tertiär an und werden ausschließlich in den westlichen Provinzen Saskatchewan, Alberta und Britisch-Kolumbien und den östlichen Seenprovinzen Neu-Schottland und Neu-Braunschweig abgebaut. Dazwischen liegen die dichtbevölkerten Provinzen Ontario und Quebec, die 60 % der Gesamtbevölkerung Kanadas aufweisen und rd. 80 % der Industrie des Landes erfassen. Eine kleinere Braunkohlenlagerstätte von nicht unerheblichem Werte ist übrigens auch in der Provinz Ontario bekannt.

1. Vorräte und Förderung

Vom Anthrazit bis zur Braunkohle begegnen wir sämtlichen Kohlenarten in Kanada. Während die Kohlen der Seenprovinzen und der Provinz Britisch-Kolumbien reine Steinkohlen sind (bituminous coal), werden die der Provinzen Saskatchewan und Ontario als Braunkohlen, Braunkohlenähnliche (brown coal and lignite) oder Pechkohlen (subbituminous coal) angesprochen. Die Provinz Alberta weist sämtliche Kohlenarten auf.

Die Kohlenvorräte Kanadas sind gewaltig. Allein das in der Provinz Alberta gelegene Edmonton-Kreidebecken soll 400 Mrd. t Kohle enthalten, während die Vorkommen Britisch-Kolumbiens mit 66 Mrd. t nicht unterschätzt werden.

Aus kanadischen Gruben wurden in den Jahren 1785 bis 1935 rd. 535 729 180 t Kohle gefördert mit einem Werte von insgesamt 1,6 Mrd. $. Im Jahre 1936 erreichte die Kohlenförderung für ganz Kanada mit 15 050 000 t den höchsten Stand seit 1929.

Zahlentafel 1
Förderung kanadischer Kohlengruben 1935

Provinz	Kohlenart	Gesamtförderung in t
Neu-Schottland . .	Steinkohle	5 808 420
Neu-Braunschweig	Steinkohle	342 333
Ontario	Braunkohle	—
Manitoba	Braunkohle	3 984
Saskatchewan . . .	Braunkohle	919 477
Alberta	Steinkohle	2 248 685
	Pech- und Glanzkohle	566 425
	Braunkohle	2 645 917
Britisch-Kolumbien	Steinkohle	1 329 379
Yukon	Steinkohle	835
	Insgesamt	13 865 455

Die Förderziffern in Zahlentafel 1 lassen den beträchtlichen Anteil der Braunkohle (30 %) besonders deutlich werden. Die in den einzelnen Jahren für die Tonne Kohle erzielten Durchschnittspreise gehen aus Zahlentafel 2 hervor.

Zahlentafel 2
Kohlenpreise in den Jahren 1785 bis 1935

Jahr	Durchschnittswert $	Höchster Preis $	Niedrigster Preis $	Förderung t
1785 bis 1866	1,71	—	—	2 863 826
1867 „ 1890	1,75	1,84	1,65	35 563 821
1891 „ 1906	2,00	2,38	1,93	88 980 222
1907 „ 1916	2,42	2,68	2,31	127 044 706
1917 „ 1929	3,93	4,86	3,08	202 835 047
1930 „ 1935	3,20	3,55	3,02	78 441 562
1935	3,02	—	—	13 864 577

Nach 1930 setzte ein gegen die früheren Jahre merkbarer Preisabfall und erheblicher Rückgang der Kohlenförderung ein, dem erst in neuester Zeit durch den unerhörten Aufschwung der Metallindustrie und der mit ihr in Zusammenhang stehenden Wirtschaftszweige Einhalt geboten wurde. Doch stellen der ungeahnte Ausbau der kanadischen Wasserkraftwerke und die weitgehende Verwendung flüssiger Brennstoffe zu Heiz- und Treibzwecken auch heute noch einer raschen Aufwärtsentwicklung der Kohlenindustrie erheblichen Widerstand entgegen.

2. Kohlenaufbereitung und -veredlung

Die durchschnittliche Förderleistung je Mann und Schicht betrug im Jahre 1934 in der Steinkohle 1,4 bis 2,9 t, in der Braunkohle 1,3 bis 5,1 t, im Mittel 2,62 t (Stein- und Braunkohle), während sich die Gestehungskosten je Tonne verkaufsfähiger Kohle auf durchschnittlich 3,55 $ stellten.

Die schwierigen Absatzverhältnisse der letzten Jahre zwangen zu weitgehender Aufbereitung und Veredelung der einzelnen Kohlearten. Noch vor wenigen Jahren wurde die kanadische Stückkohle lediglich gekläubt; heute sind die Anforderungen der Verbraucher derart hoch, daß keine Kohle mehr auf den Markt gelangt, ohne sorgfältig gesiebt und gewaschen zu werden. Praktisch besitzt heute jede größere Steinkohlenzeche eine Wäsche, die auf nassem oder trockenem Wege den Aschengehalt — der Beschaffenheit der Kohle und den besondern Wünschen der Verbraucher entsprechend — herabsetzt (in Neu-Schottland beispielsweise von 10 bis 12 % auf 7 bis 8 % Asche). Der Aschengehalt der Kokskohle wird bis auf 3 % vermindert. Daneben spielt die Sortenfrage eine erhebliche Rolle. Hausbrand und Industrie bevorzugen Feinkohle und kleinere Korngrößen. Wie Zahlentafel 3 zeigt, ist der Anteil der an die Verbraucher gelangenden gewaschenen Kohle schon im Jahre 1934 mengenmäßig bedeutend höher als der der allenfalls gekläubten Förderkohle.

Zahlentafel 3. Anteil gewaschener und nicht gewaschener Kohle am Absatz 1934

Absatzgebiet	Förderkohle t	Gewaschene Kohle t	Grus t	Insgesamt t
Hausbrand	910 156	3 843 056	4 018 746	8 771 958
Eisenbahn	2 477 052	607 940	93 709	3 178 701
Bunkerkohle . . .	234 910	105 243	330	340 483
Ausfuhr	6 851	154 345	53 626	214 822
Zusammen	3 628 969	4 710 584	4 166 411	12 505 964
In %	29,0	37,7	33,3	100,0

Da manche Kohlenarten nach Durchgang durch die Wäsche auf dem langen Wege zum Verbraucher zur Verwitterung neigen, baut man heute die Klassier- und Waschanlage in einzelnen Fällen nicht mehr unmittelbar neben der Zeche, sondern an den einzelnen Kohlenstapelplätzen, vorausgesetzt

daß die gestapelten Mengen den Kapitalaufwand rechtfertigen.

Die kanadische Kohle eignet sich zum Teil recht gut für Verkokungszwecke. Im Jahre 1934 wurden 3 Mill. t Koks hergestellt, davon entfielen 80 % auf Hütten- und Hausbrandkoks. Der Gesamtwert der hergestellten Kokereiprodukte betrug mehr als 35 Mill. $. Die Regierung suchte durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen (Domestic Fuel Act vom 14. April 1927) die Koksindustrie und die Gewinnung der Nebenprodukte aus Kokereigasen weitgehend zu fördern (Bereitstellung von Mitteln an staatliche oder Privatgesellschaften, Umstellung der bisher Fremdkohle verarbeitenden Kokereien auf kanadische Kohle). Der Staat zahlte auf Grund dieser gesetzlichen Regelung den Gruben Beihilfen in Höhe des Differenzbetrages zwischen den Gestehungskosten des Kokses aus eingeführter und kanadischer Kohle. Die Zukunftsaussichten für die Koksherstellung schienen daher in Kanada recht günstig zu sein. Das änderte sich mit der immer mehr zunehmenden Einfuhr fremder Kohle, insbesondere Anthrazit aus Wales, mit dem vermehrten Abruf der billigen Feinkohle als Ersatz für Hausbrand-Stückkohle, der immer mehr aufkommenden Ölfeuerung und der Verdrängung der Kohle durch Wasserkraft. Erst in den letzten Jahren führte der schnelle Aufstieg der Metallhüttenindustrie zu einer anhaltenden Besserung des Marktes für Koks und Kokereierzeugnisse.

Die Brikettierung kanadischer Kohle ist seit einer Reihe von Jahren Gegenstand eingehender Forschungen gewesen; man hat jedoch im Gegensatz zu andern Ländern keine rechten Erfolge erzielt, sei es, daß die vorhandenen Kohlen für eine Brikettierung nicht recht geeignet schienen, sei es, daß sie in so großen Mengen zur Verfügung standen, daß man auf eine Überführung der Feinkohle in stückige Form verzichten konnte. Von einer Anzahl Brikettfabriken waren im Jahre 1935 nur noch zwei in Betrieb. Die Briketterzeugung ging von 65 764 t im Jahre 1929 auf 15 028 t im Jahre 1934 zurück.

Ein reges Interesse hat die kanadische Kohlenindustrie, angeregt durch die erfolgreichen Arbeiten in Deutschland und England, an Hydrierungsversuchen. Wenn man in Kanada auch auf Grund der niedrigen Preise für flüssige Brennstoffe aus den Vereinigten Staaten eine Umwandlung von festen Brennstoffen in flüssige noch nicht im Großbetrieb erprobt hat, wird doch in den Laboratorien fleißig an geeigneten Verfahren zur Verflüssigung heimischer Kohlen gearbeitet.

3. Bergrechtliche Verhältnisse

Der Bergbau in den einzelnen Provinzen Kanadas untersteht besondern, für jede Provinz verschiedenen landes- und berggesetzlichen Bestimmmungen, unter denen einige herausgegriffen werden sollen.

In den Provinzen Yukon und den Nord-West-Territorien (Manitoba, Saskatchewan und Alberta) gelten Kohlenabbauverträge rd. 20 Jahre und können nach Ablauf dreimal auf gleiche Zeit erneuert werden. Die Verleihung schließt lediglich das Kohlenabbaurecht ein; über die Nutzung des Grund und Bodens müssen besondere Verträge mit den Grundeigentümern abgeschlossen werden. An Pacht sind auf Grund eines Kohlenabbauvertrages 30 $ je Quadratmeile zu zahlen. Alle Mineralien, mit Ausnahme von Kalkstein, Gips und sonstigen Baustoffen, sind Eigentum der Provinz. Der einzelne Bergwerkbesitzer ist verpflichtet, vierteljährlich über den Abbaufortschritt, Zahl der beschäftigten Personen oder Betriebsveränderungen aller Art zu berichten.

Nach dem Berggesetz aus dem Jahre 1927 sind sämtliche Mineralien der Provinz Neu-Braunschweig der Krone vorbehalten, die durch die Provinzialbehörden vertreten wird. Wer Bergbau treiben will, kann zunächst für 10 $ eine Schürferlaubnis (Prospecting license), späterhin eine Abbaukonzession (Mining license) erwerben, oder nach sechsmonatigem Abbau einen für 20 Jahre gültigen Bergbauvertrag abschließen (Mining lease), der bis zu 80 Jahren verlängert werden kann. Geschürft werden darf in der ganzen Provinz, jedoch nicht in Dörfern, Städten, unter Eisenbahnen und öffentlichen Straßen oder ohne Erlaubnis des Grundeigentümers auf bebautem Ackerland.

Ähnlich liegen die bergrechtlichen Verhältnisse in den Provinzen Ontario, Manitoba und Britisch-Kolumbien. Sämtliche Bodenschätze sind Provinzeigentum. Ein Schürfrecht kann bereits für 5 $ erworben werden (Miner's certificate). Ein „claim" umfaßt im allgemeinen 40 Morgen. Nach Aufschluß einer Kohlenlagerstätte können Abbauverträge abgeschlossen und bei günstigen Verhältnissen die nötigen Ländereien käuflich erworben werden.

Für die Grubensicherheit verfügt jede Provinz über irgendwelche gesetzlichen Bestimmungen oder Verordnungen, welche die einzelnen Arbeiten in der Grube und die Bekämpfung der Unfallgefahr behandeln. Eine Überwachungsstelle nach Art unserer Bergbehörden in den einzelnen Provinzen sorgt für Durchführung und Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen.

4. Arbeiterfragen

Die Zahl der Lohnempfänger und die bezahlten Löhne in den Kohlenbergbau treibenden Provinzen sind in den Zahlentafeln 4 und 5 zusammengestellt.

Zahlentafel 4

Zahl der Kohlenbergarbeiter in Kanada. 1929 bis 1934

Jahr	Neu-Schottland	Neu-Braunschweig	Manitoba	Saskatchewan	Alberta	Britisch Kolumbien	Yukon	Kanada
1929	12 760	578	—	561	9 534	4 791	3	28 227
1930	13 376	584	—	529	8 849	4 363	3	27 704
1931	13 388	608	38	538	8 024	3 890	3	26 489
1932	12 623	709	6	748	7 824	3 684	3	25 597
1933	11 861	1 025	10	891	7 971	3 050	4	24 812
1934	12 051	1 035	12	882	7 839	2 849	3	24 671

Zahlentafel 5. Verdiente Löhne im kanadischen Kohlenbergbau. 1930 bis 1934

Jahr	Lohnsumme insgesamt $	Jährl. Durchschnittslöhne je Mann in $	Arbeitstage im Jahr	Durchschnittslöhne je Mann und Schicht $
1930	33 257 178	1 200	219	5,48
1931	25 841 882	976	185	5,28
1932	22 263 441	870	177	4,92
1933	19 901 321	802	182	4,41
1934	23 082 986	938	214	4,38

Der größte Teil der Bergarbeiter Kanadas ist zusammengeschlossen in der internationalen Vereinigung der „United Mine Workers of America", die im Jahre 1934 ungefähr 40 örtliche Zweigvereinigungen in Kanada mit rd. 12 100 Mitgliedern besaß. Daneben gab es in einzelnen Provinzen noch einige kleinere Bergarbeiterverbände, wie die „Amalgamated Mine Workers of Nova Scotia" oder die „British Columbia Miners Federation", die jedoch keine größere Bedeutung erlangt haben. In Alberta und Britisch-Kolumbien hatte sich im Jahre 1925 eine große Zahl bedeutender Gruben örtlichen Bergarbeiterverbänden angeschlossen, die sich auf Grund von Lohnstreitigkeiten von den „United Mine Workers of Ame-

rica“ gelöst hatten. Diese örtlichen Verbände schlossen sich dann später zu der „Mine Workers Union of Kanada“ zusammen, die allerdings von einer Reihe von Zechenbesitzern nicht anerkannt wurde, jedoch im Jahre 1934 die beträchtliche Zahl von 3500 Mitgliedern aufwies.

Die gesetzlichen Grundlagen für Schlichtungen von Arbeitsstreitigkeiten im Kohlenbergbau Kanadas sind verankert in einem Schlichtungsgesetz (Industrial Disputes Investigation Act), welches im Jahre 1907 von der kanadischen Regierung erlassen wurde und sich auf bestimmte, der Rechtsprechung des Dominiums unterliegende Streitigkeiten zu beschränken hat. Interessant ist dabei, daß das Gesetz zwischen reiner Privatwirtschaft und einer im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Industrie unterscheidet, die keine Betriebsunterbrechung (Streik, Aussperrung) zulassen darf, bevor die Öffentlichkeit nicht über die Art der vorliegenden Streitigkeit genau unterrichtet ist und alle Mittel, den Vergleich herbeizuführen, erschöpft sind.

Für einzelne Provinzen (Ontario, Neu-Schottland, Britisch-Kolumbien und Quebec) ist außerdem eine Anzahl von Sondergesetzen erlassen worden, die alle durch das eine oder andere Mittel mit mehr oder weniger Erfolg eine Versöhnung der streitenden Parteien herbeizuführen suchen. Heute sind folgende Provinzgesetze in Kraft:

Ein Handelsstreitigkeitengesetz (Trades Disputes Act) in Ontario und Quebec,

ein Gemeinwesen- und Eisenbahngesetz (Municipal and Railway Board Act) in Ontario,

ein Arbeitsstreitgesetz (Labour Disputes Act) in Alberta und

ein Streik- und Aussperrungsgesetz (Municipal Strike and Lockout Act) in Quebec.

5. Besitzverhältnisse

Im Jahre 1933 gab es in Kanada 690 Kohlenzechen und 630 Kohle fördernde Gesellschaften. Von diesen brachten 27 Bergbauunternehmen mit Jahresförderungen (1934) von 100 000 bis 400 000 t rd. 10,3 Mill. t oder 74,6 % der Gesamtkohlenförderung Kanadas auf. Als größte Kohlenbergbaugesellschaft mit 4,1 Mill. t oder 29,7 % der Gesamtkohlenförderung Kanadas gilt dabei die Dominion Coal Co., Ltd., Glace Bay, N.S. Die bedeutendsten Kohlenzechen Neu-Schottlands betreibt die Dominion Steel and Coal Corporation, die neben den Kohlenbergwerken noch über Eisenerzgruben, Kokereien, Hochöfen, Walzwerke und zahlreiche eigene Schiffe für den Küstenhandel und Verschiffung auf dem St. Lawrence-Fluß verfügt.

Die größte und einzige Kohlengesellschaft im Braunkohlenbezirk der Provinz Saskatchewan ist die von amerikanischem Kapital beherrschte Truax Traer Co. Auch in der Provinz Alberta (West Canadian Collieries) und in Britisch-Kolumbien (Crow's Nest Pass Coal Co.) ist Fremdkapital weitgehend interessiert.

6. Kohlenverbrauch

Der Gesamtkohlenverbrauch in Kanada stellte sich im Jahre 1934 auf rd. 27 317 300 t; davon sind 49,4 % eigene und 50,6 % eingeführte Kohlen. Für 1935 treffen ungefähr die gleichen Zahlen zu. Eingeführt wurden rd. 3,5 Mill. t Anthrazit und mehr als 10,2 Mill. t Steinkohle. Die meiste Fremdkohle verbrauchte die Provinz Ontario (8,5 Mill. t Steinkohle, 1,4 Mill. t Anthrazit).

Der Gesamtkoksverbrauch stellte sich im Jahre 1935 auf 2 785 620 t (Zahlentafel 6); ein erheblicher Teil davon diente als Hausbrand.

Zahlentafel 6. Koksverbrauch in Kanada 1935

Provinz	Erzeugung t	Einfuhr t	Ausfuhr t	Verbrauch t
Neu-Schottland Neu-Braunschweig Quebec	730 307	19 920	604	749 623
Ontario	1 361 553	489 439	—	1 850 992
Manitoba Saskatchewan Alberta Brit.-Kolumbien	190 551	14 499	20 045	185 005
Kanada	2 282 411	523 858	20 649	2 758 620

Unter den Kohle- und Koksverbrauchern im eigenen Lande sind in erster Linie zu nennen: Eisenbahnen, Eisen- und Metallhütten, Kokereien, übrige Industrie und Hausbrand (Zahlentafel 7).

Zahlentafel 7
Kohle- und Koksverbraucher 1930 bis 1934 (in t)

Verbrauchergruppe	1930	1931	1932	1933	1934
Fabriken:					
Anthrazit	265 816	165 106	156 519	162 039	—
Steinkohle	6 385 728	5 320 686	4 184 348	3 878 795	—
Braunkohle	370 110	324 830	283 205	356 687	—
Koks	344 854	304 832	326 271	295 353	291 842
Eisenbahn:					
Anthrazit	7 062	3 336	1 934	1 665	1 625
Steinkohle	8 251 167	6 858 772	5 955 085	5 521 052	6 109 367
Hütten:					
Koks	926 128	400 546	231 591	222 316	475 416
Kokereien:					
Koks	329 586	336 599	297 657	303 991	232 563
Steinkohle	3 191 043	2 532 536	2 217 012	2 465 961	3 136 005
Hausbrand:					
Koks	1 789 917	1 438 752	1 298 637	1 666 744	2 034 490
Anthrazit	3 983 212	2 993 875	2 990 449	2 851 867	3 500 563
Steinkohle	7 158 243	3 872 707	4 021 110	4 098 625	—
Braunkohle	2 852 329	2 439 258	3 057 531	2 928 544	3 119 719
Insgesamt:					
Anthrazit	4 256 090	3 162 317	3 148 902	3 015 571	3 500 563
Steinkohle	24 986 181	18 584 701	16 377 555	15 964 433	—
Braunkohle	3 222 439	2 764 088	3 340 736	3 285 231	—
Koks	3 390 485	2 480 729	2 154 156	2 488 404	—

Das bis zum Jahre 1933 deutliche Absinken im Verbrauch ist teils auf die allgemeine Wirtschaftslage, teils auf die billigeren Ersatzbrennstoffe, Ausnutzung der Wasserkräfte und Erfahrungen in sparsamerer Brennstoffverwendung zurückzuführen. Der Verbrauch an elektrischer Energie nahm von 16 Mrd. kWh im Jahre 1932 auf über 23 Mrd. kWh im Jahre 1935 zu und steigt mit fortschreitendem Ausbau der ungeheuer zahlreichen, über ganz Kanada verstreuten Wasserkraftanlagen immer noch weiter. Diesen Energiemengen entspricht ein Kohlenäquivalent von 2 Mill. t im Jahre 1932 und rd. 3 Mill. t im Jahre 1935 (Zahlentafel 8).

Zahlentafel 8. Kohlenäquivalent für elektrische Energie

Jahr	Verbrauch an elektrischer Energie kWh	Kohlenäquivalent t
1932	15 862 987 000	2 062 188
1933	17 553 001 000	2 281 890
1934	21 159 530 000	2 750 739
1935	23 404 412 000	3 042 574

Neben den oben bezeichneten Ersatzbrennstoffen und Energiequellen hat Ostkanada vor allem den Wettbewerb amerikanischer Kohle, Westkanada hauptsächlich die Verdrängung der Kohle durch das billige Erdöl zu befürchten, das in erster Linie verantwortlich zu machen ist für den geringeren Kohlenverbrauch der Eisenbahn, Schiffahrt und Industrie.

7. Absatz und Verteilung

Alle in Kanada gewonnene Kohle gelangt entweder auf dem Wasser- oder Landwege unmittelbar zum Verbraucher oder

wird zunächst großen Stapelplätzen zugeführt. 75 % der kanadischen Kohle werden mit der Eisenbahn, der Rest mit Schiffen befördert. Die „Canadian Pacific Railway" und andere kanadische Eisenbahngesellschaften sind an einer Anzahl bedeutender Kohlengruben beteiligt. Industriekohle gelangt in der Regel ohne Zwischenhändler zum Verbraucher; beim Hausbrand bedient man sich der Groß- und Einzelhändler.

Die größten Stapelplätze besitzt Ostkanada, das durch die Transportmöglichkeiten auf den Wasserstraßen des ausgedehnten Fluß- (St. Lawrence) und Seengebietes besonders begünstigt wird. Von der Stadt Windsor bis zur Küste des Atlantischen Ozeans werden an verschiedenen Plätzen fast 5 Mill. t Kohle gestapelt. Dazu kommen noch die beträchtlichen Mengen amerikanischer, englischer, belgischer und chinesischer Kohle auf den Stapelplätzen des Seengebietes, bei Montreal und Toronto. Da Flüsse und Seen nur sechs Monate im Jahre schiffbar sind, müssen die für den Wasserweg bestimmten Kohlenmengen in dieser Zeit bereitstehen.

8. Maßnahmen zum Schutze der Kohlenerzeuger und -verbraucher

Unter den staatlichen Stellen, die sich besonders mit der Aufgabe beschäftigen, kanadische Kohle für die verschiedensten Zwecke dienlich zu machen, sind in erster Linie zu nennen die Brennstofflaboratorien des „Federal Department of Mines", die staatliche Forschungsstelle der Provinz Ontario und das Forschungsinstitut der Provinz Alberta. Hier werden ständig Analysen fester, flüssiger und gasförmiger Brennstoffe angefertigt sowie Aufbereitungs- und Brennversuche unternommen mit dem Ziel, bessere Absatzmöglichkeiten zu sichern. So hat man beispielsweise durch Spezialaufbereitung und Mischung kanadischer Kohle mit geringen Mengen Fremdkohle einen für Hausbrand wie für Industriezwecke besonders geeigneten Koks hergestellt, der zum größten Teil einheimische Kohle als Ausgangsstoff verwendet.

Ein von der Regierung im Jahre 1922 ins Leben gerufener Brennstoffausschuß (Dominion Fuel Board) befaßt sich ebenfalls mit dem Studium der kanadischen Brennstoffwirtschaft und hat durch seine Arbeiten der Kohlenindustrie manche Erleichterung geschaffen. Auch das statistische Büro des Dominiums und die Forschungsstellen der verschiedenen Universitäten und Lehranstalten Kanadas stellen ihre Arbeit in den Dienst des Bergbaus.

Dem Schutz der Kohlenerzeuger dienen vor allem die staatlichen Beihilfen, insbesondere Transportkostenzuschüsse für die Beförderung einheimischer Kohle aus den Seenprovinzen. Endlich ist zugunsten der Kohlenverbraucher eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen geschaffen, die alle dem Zweck dienen, den Brennstoffhandel zu heben und einen gesunden Wettbewerb zu fördern.

[3386]

Die steuerliche Behandlung von Reisekosten und Bewirtungsgeldern

Von Rechtsanwalt Dr. H. KOEHLER, Berlin

In vielen Betrieben wird den Reisespesen und Bewirtungsgeldern in steuerlicher Hinsicht nicht die Beachtung geschenkt, die nach den gesetzlichen Bestimmungen und Richtlinien erforderlich ist, um Nachzahlungen oder sonstige Unannehmlichkeiten zu vermeiden. Es handelt sich dabei in erster Linie um Lohnsteuerfragen; jedoch ist auch die buchtechnische Behandlung derartiger Zahlungen von Wichtigkeit.

Reisekostenentschädigung

Reisekostenentschädigungen, Tagegelder und Fahrtauslagen der im privaten Dienstverhältnis beschäftigten Personen gehören gemäß § 4 Ziffer 2 der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung insoweit nicht zum Arbeitslohn, als die gezahlten Beträge die tatsächlichen Aufwendungen nicht übersteigen. Zu den Reisekosten gehören einmal die Kosten der Beförderung auf Eisenbahn, Schiffen oder sonstigen Verkehrsmitteln. Wenn diese Kosten von dem Reisenden zunächst getragen und ihm dann ersetzt werden, spricht man von Fahrtauslagen. Ferner sind als Reisekosten alle sonst durch die Reise unmittelbar verursachten Unkosten anzusehen, z. B. die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung auf der Reise. Werden diese Unkosten dem Reisenden in einem Pauschbetrag ersetzt, spricht man von Tagegeldern. Sie sind im allgemeinen zur Abgeltung der Unkosten für Verpflegung und Unterkunft während der Reise bestimmt. Soweit hierdurch Ausgaben für die Lebenshaltung des Steuerpflichtigen, die ihn auch ohne die Reise treffen würden, ersetzt werden, handelt es sich um Einnahmen aus dem Dienstverhältnis, die der Lohnsteuer unterliegen. Reisekostenentschädigungen, welche die Sätze der vergleichbaren Reichsbeamten nicht überschreiten, sind ohne Nachweis als lohnsteuerfrei anzuerkennen.

Tage- und Übernachtungsgelder
(nach dem Gesetz über Reisekostenvergütungen der Beamten)

Durchschnittsgehalt RM	Tagegeld RM	Übernachtungsgeld RM	Tage- und Übernachtungsgeld zusammen RM
21 000	12,00	9,00	21,00
17 000	10,00	8,00	18,00
7 400	9,00	6,00	15,00
4 500	7,00	5,00	12,00
3 800	5,50	4,00	9,50
2 600	4,50	3,50	8,00

Reisekosten, welche die Sätze der vergleichbaren Reichsbeamten übersteigen, sind dem Finanzamt grundsätzlich glaubhaft zu machen, d. h. es ist ein möglichst lückenloser Nachweis zu bringen, daß diese Aufwendungen notwendig waren. Dieses geschieht am zweckmäßigsten in der Weise, daß der betreffende Angestellte möglichst viele Belege über seine Reiseausgaben beibringt.

Diese glaubhaft gemachten erhöhten Aufwendungen sind zur Berücksichtigung der Haushaltsersparnisse bei Ledigen um 40 %, bei andern Arbeitnehmern um 20 % des Tagegeldsatzes eines vergleichbaren Beamten zu kürzen. Der Tagegeldsatz eines vergleichbaren Beamten ist eine feste Größe und steht ein für allemal fest. Der Arbeitgeber weiß daher von vornherein, um welchen Betrag er für die Steuerberechnung die glaubhaft gemachten tatsächlichen Aufwendungen seines Arbeitnehmers kürzen muß. Zu beachten ist, daß nur der Tagegeldsatz (nicht auch das Übernachtungsgeld) der vergleichbaren Beamten für die Kürzung maßgebend ist. Die Kürzung braucht nicht unter dem Betrag durchgeführt zu werden, der den vollen Sätzen (Tagegeld und Übernachtungsgeld) eines vergleich-

baren Beamten entspricht. Die weitere steuerliche Behandlung hängt nun davon ab, welchen Betrag der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ersetzt. Zahlt der Arbeitgeber als Reisekostenentschädigung keinen höheren Betrag als den, der sich nach Vornahme der geschilderten Kürzung ergibt, so gehört die Reisekostenentschädigung nicht zum steuerpflichtigen Arbeitslohn. Zahlt der Arbeitgeber als Reisekostenentschädigung einen höheren Betrag, so gehört der übersteigende Betrag grundsätzlich zum steuerpflichtigen Arbeitslohn.

Beispiel

Ein mit einem Beamten der Stufe II (Durchschnittseinkommen 7400 RM) vergleichbarer verheirateter privater Angestellter macht eine zweitägige Dienstreise mit zwei Übernachtungen. Er kann ohne Nachweis verlangen, daß von der ihm gewährten Reisekostenentschädigung zweimal (9 RM Tagegeld + 6 RM Übernachtungsgeld =) 15 = 30 RM vom Steuerabzug freibleiben. Er macht aber glaubhaft, daß er ohne Berücksichtigung der Haushaltsersparnis 35 RM aufgewendet hat. In diesem Fall sind als Haushaltsersparnis 20 % von 9 (Tagegeld des vergleichbaren Beamten) = 1,80 RM anzunehmen. Die weitere steuerliche Behandlung hängt davon ab, welchen Betrag der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer ersetzt:

a) Ersetzt der Arbeitgeber den tatsächlich aufgewendeten Betrag von 35 RM, so gehört die Haushaltsersparnis von 1,80 RM zum steuerpflichtigen Arbeitslohn;

b) Ersetzt der Arbeitgeber nur 35 — 1,80 (Haushaltsersparnis) = 33,20 RM oder einen geringeren Betrag, so ist insoweit kein steuerpflichtiger Arbeitslohn gegeben;

c) Ersetzt der Arbeitgeber z. B. 34 RM, so gehören 34 — 33,20 = 0,80 RM an sich zum steuerpflichtigen Arbeitslohn. Von der Besteuerung dieses Betrages ist jedoch abzusehen, weil nach den Lohnsteuerrichtlinien von einer Besteuerung von Reisekostenentschädigungen immer dann abzusehen ist, wenn der steuerpflichtige Betrag für die einzelne Dienstreise den Betrag von 1 RM nicht übersteigt.

Werden Reisekostenentschädigungen an Arbeitnehmer gezahlt, die die Sätze der vergleichbaren Reichsbeamten übersteigen, ohne daß entsprechende Aufwendungen glaubhaft gemacht werden, so gehören sie zum Arbeitslohn, soweit sie diese Sätze übersteigen. Der Arbeitgeber ist also zur Einbehaltung von Lohnsteuer genötigt, sofern ihm in solchen Fällen ausreichende Belege zur Glaubhaftmachung der erhöhten Ausgaben nicht beigebracht werden.

Die Bewirtung von Geschäftsfreunden

Die Aufwendungen, welche der Angestellte auf Geschäftsreisen für Bewirtung von Geschäftsfreunden usw. macht, sind Auslagen für den Arbeitgeber und gehören, wenn sie ihm ersetzt werden, als durchlaufende Gelder nicht zum Arbeitslohn. Nach einem Urteil des Reichsfinanzhofes vom 19. Juli 1936 (VI A 133/36) ist jedoch Voraussetzung für die Steuerfreiheit, daß dem Arbeitnehmer die Beträge auf Grund von Einzelnachweisungen ersetzt werden. Es ist also auch in diesem Falle notwendig, daß sich der Arbeitnehmer Belege über derartige Ausgaben verschafft und seiner Spesenabrechnung beifügt. Geschieht dies nicht, so besteht die Gefahr, daß die Beträge zum steuerpflichtigen Arbeitslohn hinzugerechnet werden, wobei sich in einzelnen Fällen eine nicht unerhebliche Erhöhung der Lohnsteuer ergeben dürfte.

Ein Teil des Auslagenersatzes kann trotz Anerkennung im übrigen steuerpflichtig sein, wenn es sich dabei um Mahlzeiten handelt, an denen der Arbeitnehmer selbst teilgenommen hat. In Höhe der Haushaltsersparnis ist ein steuerpflichtiger Arbeitslohn anzunehmen. Ob dieser strenge Grundsatz auch praktisch durchgeführt wird, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

Werden die Aufwendungen nicht auf Grund von Einzelnachweisungen ersetzt, sondern erhält der Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber Pauschbeträge, die er nach eigener Entschließung zu Aufwendungen werbender Art, insbesondere auch Bewirtung von Geschäftsfreunden usw. verwenden kann, so liegt nicht mehr Auslagenersatz vor. Die Aufwendungen für die Bewirtung und Unterhaltung von Geschäftsfreunden können alsdann von dem Arbeitnehmer nur als Werbungskosten geltend gemacht werden. Nach den neuen Richtlinien ist hierbei streng zu prüfen, ob die Aufwendungen ausschließlich beruflichen Zwecken gedient und nichts mit dem Privatleben zu tun haben. Bei der Bewirtung und Unterhaltung von Geschäftsfreunden und deren Angehörigen im Haushalt des Steuerpflichtigen ist eine solche Trennung nicht möglich. Hier muß der gesamte Betrag der Aufwendungen als zur privaten Lebensführung gehörig und daher nicht als absetzbar angesehen werden. Erfolgt aber die Bewirtung und Unterhaltung eines Geschäftsfreundes und seiner Angehörigen außerhalb des Hauses, so werden die Aufwendungen für den Geschäftsfreund und seine Angehörigen in der Regel als Werbungskosten anzuerkennen sein, weil sie fast ausschließlich beruflichen Zwecken dienen. Bei der Ausgabe für den Verzehr und die Unterhaltung des Steuerpflichtigen selbst und seiner Angehörigen anläßlich derartiger Bewirtungen von Geschäftsfreunden außerhalb des Haushalts wirken jedoch im allgemeinen Gründe der privaten Lebenshaltung und berufliche Gründe so zusammen, daß eine einwandfreie Trennung nicht möglich ist. Solche Ausgaben können daher in der Regel nicht als abzugsfähige Werbungskosten anerkannt werden. Insofern sind also die Ausgaben für den Geschäftsfreund und seine Angehörigen und die Ausgaben des Bewirtenden für sich selbst und seine Angehörigen getrennt zu behandeln.

Verbuchung

Gemäß § 31 der Zweiten Lohnsteuer-Durchführungsverordnung vom 6. Februar 1938 sind auf dem Lohnkonto auch Bezüge zu verbuchen, die nicht zum steuerpflichtigen Arbeitslohn gehören, also z. B. Aufwandsentschädigungen, Reisekosten, durchlaufende Gelder, Jubiläumsgeschenke und sonstige steuerfreie Einnahmen. Das Finanzamt kann jedoch auf Antrag zulassen, daß die Reisekosten, durchlaufende Gelder und Auslagenersatz sowie gewisse steuerfreie Einnahmen gemäß § 6 der Lohnsteuer-Durchführungsverordnung im Lohnkonto nicht aufgeführt zu werden brauchen, wenn es sich um Fälle von geringer Bedeutung handelt, oder wenn die Möglichkeit zur Nachprüfung in anderer Weise sichergestellt ist. Die Möglichkeit einer Nachprüfung wird in der Regel gegeben sein, wenn die vorgenannten Beträge auf Grund von Einzelabrechnungen auf gesonderten Spesenkonten der Arbeitnehmer erfaßt werden. Sofern dieses der Fall ist, wurde bisher von den Finanzämtern die Beibehaltung der bisherigen Verbuchung genehmigt. [3562]

ARCHIV FÜR WIRTSCHAFTSPRÜFUNG

Die Erfolgsrechnung in der Kameralistik

Von BERTHOLD RADTKE VDI, Berat. Ingenieur VBI,
Frankfurt/M.-Ginnheim

Die Verwaltungsbuchhaltung (Kameralistik) ist auf den Haushaltplan abgestellt. Sie besteht aus zwei Teilen (Teil I — Jahresrechnung und Teil II — Vermögensübersicht), die zur Zeit noch ohne innere Verbindung, also jeder Teil für sich, geführt werden. Nun hat die Deutsche Gemeindeordnung (DGO) ab 1. April 1935 vorgeschrieben (§ 74—3), daß Haushaltführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung jedes Unternehmens so einzurichten sind, daß sie eine besondere Betrachtung der Verwaltung und des Ergebnisses ermöglichen. Mithin muß jedes gemeindliche Wirtschaftsunternehmen jährlich für sich die Erfolgs- und Vermögensrechnung aufstellen, was zunächst in weiten Kreisen zu der irrigen Ansicht führte, daß die Wirtschaftsunternehmen aus der Kameralverwaltung herausgenommen und mit Hilfe der doppelten Buchführung kaufmännisch geführt werden müßten, so wie es in den meisten großen und vielen mittleren Werken schon vor dem Erlaß der DGO geschah.

Selbstverständlich ist die an einen Haushaltplan nur angelehnte, aber nicht gebundene doppelte Buchführung eine gelenkigere und daher in der Hand eines gewiegten Wirtschafters wirksamere Waffe im Konkurrenzkampf als die an den Haushaltplan gebundene Kameralistik. Der Konkurrenzkampf kommt jedoch bei den — dank des Straßenrechtes meist monopolartigen — Versorgungsbetrieben der öffentlichen Hand erst in zweiter Linie. Die Wirtschaftlichkeit der meisten Betriebe und das Bedürfnis der Kämmereien, mit den Geldern der Betriebsunternehmen die Kassenspitzen ihrer Verwaltung auszugleichen, bedingt meist, die Kassenverwaltung und Buchführung in den Händen der Verwaltungsbeamten zu lassen, deren Arbeitskräfte oft — in den kleinen Gemeinden immer — nur so ausgenutzt werden können.

An einem kleinen Beispiel — es wirkt klarer als wortreiche Beschreibungen — will ich das Prinzip aufzeigen, wie bei

Zahlentafel 1. Teil I (Jahresrechnung)

Lfd. Nr.	Art.		Vermögenswerte aktive	Vermögenswerte passive	Erfolgswerte Aufwand	Erfolgswerte Ertrag
1	1	Kassenbestand-Übertrag aus 1932	—	—	—	—
2	2	Wassergeld	—	—	—	40 000
3	2	Gemeindl. Wasserverbrauch . . .	—	—	—	500
4	3	Anlagenerweiterung	—	—	—	4 580
5	1	Kassenüberzahlung aus 1932	—	—	—	—
6	2	Stromverbrauch . .	—	—	2 200	—
7	3	Werkzeuge	—	—	100	—
8	4	Gehälter	—	—	3 500	—
9	5	Verwaltung (sächlich)	—	—	200	—
10	5	desgl. (Anteil a. Stadt)	—	—	1 500	—
11	6	Anteil an Straßenpflaster	—	—	500	—
12	7	Körperschaftssteuer	—	—	1 400	—
13	8	Berufsgenossenschaft	—	—	20	—
14	9	Kapitaldienst-Zinsen	—	—	7 900	—
15	9	Kapitaldienst-Tilgung	—	—	6 500	—
16	10	Ablieferung a. Stadt	—	—	8 500	—
17	11	Erneuerungsstock .	—	—	5 000	—
18	12	Erweiterungen . . .	—	—	4 580	—
		Kameralistischer Jahresabschluß	—	—	41 900	45 080
		Hierin enthalten: (Werte der Vermögensrechnung)				
a	9	Tilgungen (lfd. Nr. 15)	6 500	—	—	6 500
b	10	Ablieferung (lfd. Nr. 16) . . .	8 500	—	—	8 500
c	11	Erneuerungsstock (lfd. Nr. 17) . . .	5 000	—	—	5 000
d	3	Erweiterung-Finanzierung (lfd. Nr. 4)	—	4 580	4 580	—
e	12	Erweiterung-Ausführung (lfd. Nr. 18)	4 580	—	—	4 580
f	—	Abschreibung . . .	—	5 580	5 580	—
g	—	Unterschied d. Reste	—	2 320	2 320	—
h	—	„ d. Kasse	—	—	—	—
i	—	Rechnungsrest . . .	—	—	3 180	—
k	—	Gewinn	—	12 100	12 100	—
		Summe	24 580	24 580	69 660	69 660

Zahlentafel 2. Teil II (Vermögensnachweis)

	Wert am 1.4.1933	Zu	Ab	Wert am 1.4.1934
A. Vermögen				
Anlagen	165 000	(e) 4 580	(f) 5 580	164 000
Kassenbestand . .	—	—	—	—
Restforderungen .	5 500	—	(g) 2 320	(i) 3 180
Erneuerungsstock .	—	(c) 5 000	—	5 000
	170 500	9 580	7 900	172 180
B. Schulden				
a) Anleihen:				
Preuß. Staatsbank .	125 000	—	1 900	123 100
Girozentrale B'stadt	12 500	—	275	12 225
Girozentrale B'stadt	12 000	—	250	11 750
Staatskasse B'stadt	25 000	—	1 075	23 925
Sparkasse A'stadt .	5 000	—	2 500	2 500
Bezirkssparkasse. .	5 000	—	500	4 500
b) Sonstige	—	—	—	—
	184 500	—	(a) 6 500	178 000
Zusammenstellung				
A. Vermögen	170 500			172 180
B. Schulden	184 500			178 000
Fehlbetrag	14 000			5 820

Zahlentafel 3. Bilanz zum 31. 3. 1934

Lfd. Nr.		Wert am 1. 4. 1933	Zu	Ab	Wert am 31. 3. 1934	Wert am 1. 4. 1934
1	Anlagen . .	165 000	(e) 4 580	(f) 5 580	164 000	164 000
2	Kassenbestand . .	—	—	—	—	—
3	Reste . . .	5 500	—	(g) 2 320	3 180	3 180
4	Erneuerungsfonds . . .	—	(c) 5 000	—	5 000	5 000
5	Ablieferung .	—	(b) 8 500	—	8 500	—
6	Fehlbetrag .	14 000	—	(d) 4 580	9 420	5 820
Aktiva		184 500	18 080	12 480	190 100	178 000
1	Kapital . .	—	—	—	—	—
2	Anleihen . .	184 500	—	(a) 6 500	178 000	178 000
3	Kurzfristige Verbindlichkeiten . . .	—	—	—	—	—
4	Gewinn . . .	—	(k) 12 100	—	12 100	—
Passiva		184 500	12 100	6 500	190 100	178 000

Zahlentafel 4. Teil I — Jahresrechnung (Preußen)

Lfd. Nr.	Art.		Anweisungs-Soll	Abgänge	Vermögenswerte		Erfolgswerte		Anweisungsrest + —
					Zugang	Abgang	Aufwand	Ertrag	
1	1	Kassenbestand — Vortrag	—	—	—	—	—	—	—
2	2	Wassergeld	40 000	—	—	—	—	40 000	—
3	2	Gemeindlicher W-Verbrauch	500	—	—	—	—	500	—
4	3	Anlagenerweiterung	4 580	—	—	4 580	—	—	—
5	1	Kassenüberziehung — Vortrag	—	—	—	—	—	—	—
6	2	Stromverbrauch	2 200	—	—	—	2 200	—	—
7	3	Werkzeuge	150	—	—	—	100	—	+ 50
8	4	Gehälter	3 500	—	—	—	3 500	—	—
9	5	Verwaltung (sächlich)	225	—	—	—	200	—	+ 25
10	5	„ (Anteil an Stadt-)	1 500	—	—	—	1 500	—	—
11	6	Anteil Pflasterkosten	500	—	—	—	500	—	—
12	7	Körperschaftssteuer	1 400	—	—	—	1 400	—	—
13	8	Berufsgenossenschaft	20	—	—	—	20	—	—
14	9	Kapitaldienst-Zinsen	7 900	—	—	—	7 900	—	—
15 (a)	9	„ -Tilgung	6 500	—	6 500	—	—	—	—
16 (b)	10	Ablieferung	8 500	—	8 500	—	—	—	—
17 (c)	11	Erneuerungsfonds	5 000	—	5 000	—	—	—	—
18 (e)	12	Erweiterungen	4 580	—	4 580	—	—	—	—
19 (f)	—	Abschreibung	—	—	—	5 580	5 580	—	—
20 (g)	—	Unterschied der Reste	—	—	—	2 320	2 320	—	—
21 (h)	—	„ Kassenbestand	—	—	—	—	—	—	—
22 (i)	—	Rechnungsreste	—	—	—	—	3 180	—	—
23 (k)	—	Gewinn	—	—	—	12 100	12 100	—	—
		Summe			27 760	27 760	69 660	69 660	+ 75

Beibehaltung der bisherigen Kameralrechnung allein durch eine Abschlußrechnung den Vorschriften der DGO voll entsprochen werden kann. Gesamterfolg und Vermögen können einwandfrei nachgewiesen werden, wenn auch einige innere Betriebswerte erst nach kleinen Umstellungen des Haushaltplanes gegeneinander wirtschaftlich richtig abgestimmt werden können. (Diese Abstimmungen und noch einige weitere Vorschläge zur Anpassung an die Bedürfnisse der technisch-wirtschaftlichen Betriebsführung werden in einer Sonderabhandlung aufgezeigt werden.)

Dem Beispiel liegt mit abgerundeten Zahlen ein kleines Wasserwerk zugrunde, das seinerzeit nur durch Anleihen erbaut ist. Diese Anleihen sind zwar regelmäßig getilgt worden, die Anlagen (Pumpenwerk, Verteilungsnetz und Hochbehälter) sind jedoch bis vor wenigen Jahren nicht abgeschrieben worden, so daß sich durch die nachträgliche Vornahme der Abwertung ein erhebliches Defizit herausgestellt hat, das nunmehr abgebaut wird. Eine Aufteilung der Anlagen in Abschreibungsgruppen, wie man sie allgemein erstrebt, ist noch nicht durchgeführt.

Der Jahresabschluß (Teil I) zeigt in den laufenden Nummern 1 bis 18 die normalen kameralistischen Zusammenstellungen (Ist-Werte) der Einnahmen und Ausgaben des Titels (Kapitels) „Wasserwerk". Um den Erfolg zu errechnen, ist es notwendig, alle Vermögenswerte, die in der Zusammenstellung mit enthalten sind, herauszuziehen und — kaufmännisch gesprochen — auf die Vermögenskonten umzubuchen.

Durch das von mir aufgestellte Schema ist diese Umbuchung leicht zu erkennen.

Die vorgetragenen Reste sind in den Erträgen mit enthalten und finden ihre Berücksichtigung (g) in der Auszugsrechnung.

Lfd. Nummer 4 enthält die Anweisung, aus den laufenden Mitteln die Erweiterungskosten in gleicher Höhe zu entnehmen, gleichbedeutend mit dem Zuwachs des (passiven) Kapitals (d) als Ausgleich zu dem (aktiven) Anlagenzuwachs (e).

Der Gewinn errechnet sich als Differenz.

Die übrigen Posten der Abschlußrechnung bedürfen keiner Erklärung; sie sind an sich verständlich. — Die Erfolgsrechnung unterscheidet sich demnach von der kaufmännischen dadurch, daß in den Endsummen die Änderungen der Vermögensrechnung auf beiden Seiten enthalten sind, was wiederum den Vorteil bietet, daß nunmehr auch die Vermögensübersicht nicht mehr unabhängig in der Luft schwebt, sondern durch die Übertragung aus der Abschlußrechnung kontrolliert wird.

Aus Zweckmäßigkeitsgründen (Eigenkontrolle) wird eine Bilanz nach kaufmännischem Schema aufgestellt, in die alle Umbuchungswerte restlos einzutragen sind. Hierdurch werden etwaige Fehler, die bei der Gewinnberechnung auftreten sollten, aufgezeigt. Die Buchstabenbezeichnung kennzeichnet das Verfahren und erübrigt eine Sonderbesprechung, zumal da in diesem kurzen Aufsatz nur das Prinzip des Arbeitsganges, nicht aber eine Bewertung des Objektes erklärt werden soll. Man sieht, daß selbst bei unveränderter Beibehaltung der verwaltungsmäßigen Rechnungslegung die Forderungen der DGO erfüllt werden können, wenn auch die betriebswirtschaftlichen Forderungen einige prinzipielle Umstellungen in der Aufstellung des Haushaltplanes innerhalb des Titels (Kapitels) der Wirtschaftsunternehmen unbedingt verlangen.

Wird der Jahresabschluß Teil I nicht als reiner Kassenabschluß (wie z. Z. z. B. noch in Hessen) ausgewiesen, sondern (wie z. B. in Preußen) in einer Aufgliederung nach „Voriger Rechnung, Haushaltplan, Zu- und Abgang hiervon, Berichtigtes Soll, Anweisungs-Soll, Abgänge, Istbetrag und Rechnungsreste", so kann als Ausgangspunkt der Rechnung das „Anweisungs-Soll" verwendet werden, das dank der Gliederung direkt auf die Vermögens- und auf die Erfolgswerte aufgeteilt werden kann. Hierdurch ergibt sich unter Zu- oder Absetzung der durch die Rechnung nicht ausgewiesenen, aber darin enthaltenen Vermögenswertänderungen (f bis i) eine reine Erfolgsrechnung ohne den Ballast der Vermögenswerte.

Wird zur Erklärung das gleiche Beispiel zugrunde gelegt, so ergibt sich das Schema nach Zahlentafel 4, wobei als Abgänge des Anweisungs-Solls nur die Posten einzusetzen sind, die durch Irrtümer entstanden sind. Alle wirtschaftlich bedingten Abgänge (Niederschlagungen usw.) sind in die Rechnung mit zu übernehmen.

Durch weiteren Ausbau dieser Rechnungsmethoden, zu dem auch der unabhängige freie Beruf mehr als bisher hinzugezogen werden sollte, wird sich eine befriedigende Vereinigung der verwaltungstechnischen und der wirtschaftlichen Belange im Rahmen einer Verwaltungsbuchführung finden lassen.

[3563]

WIRTSCHAFTSBERICHTE

Die deutsche Wirtschaft im August 1938

Der gewaltige Auftrieb, den wir seit 1933 auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens feststellen können, hat erfreulicherweise auch auf den Zahlungsverkehr unsrer Verbrauchsgüterwirtschaft günstig einwirken können, der in der Inflations- und Deflationszeit bekanntlich stark zersetzt worden war. Die Zahlungsweise ist in so gut wie allen Wirtschaftsgruppen erheblich beschleunigt worden. Die Verluste an Außenständen sind im Inlandgeschäft immer kleiner, z. T. sogar bereits belanglos geworden. Das durchschnittlich beanspruchte Zahlungsziel ist ständig gesunken. Das der Kundschaft im Falle kurzfristiger Zahlung zustehende Skonto konnte in immer stärkerem Maße in Anspruch genommen werden.

Die wirtschaftliche Bedeutung einer derart beschleunigten Zahlungsweise findet leider nur selten die allgemeine Beachtung, die ihr vom Standpunkt einer gesunden betrieblichen Finanzierungspolitik im Grunde genommen zukommen sollte. Man hört zwar, die Zahlungsweise ist besser, das Ausmaß der Ausfälle geringer geworden. Wer aber ist sich darüber klar, was diese Besserung in ihrer Auswirkung auf das Ganze bedeutet?

Zwei Beispiele, von denen das eine (a) aus der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, das andere (b) aus der Textilindustrie genommen ist, mögen die Auswirkungen der Zahlungsweise des Handels in seiner Eigenschaft als Verteiler der Verbrauchsgüter an den letzten Verbraucher erläutern.

Nehmen wir an — die Annahme dürfte etwa der tatsächlichen Entwicklung gesunder Betriebe im Durchschnitt entsprechen — daß das durchschnittliche Zahlungsziel sich seit 1932 um 25 bis $33^1/_3$ % (angesetzt mit $33^1/_3$ %) verkürzt hat. Daraus würden sich für die beiden oben erwähnten Industriegruppen folgende Auswirkungen auf ihren Mittelbedarf ergeben.

Zahlentafel 1. Die Entwicklung des durchschnittlichen Zahlungszieles und seine Bedeutung

		a) Nahrungs- und Genußmittelindustrie	b) Textilindustrie
1. Durchschnittliches Zahlungsziel in Monaten	1932	1,2	2,4
	1938	0,8	1,6
2. Durchschnittliches Ausmaß der Außenstände bei 1,0 Mill. RM. Monatsumsatz in Mill. RM.	1932	1,2	2,4
	1938	0,8	1,6
3. Ersparnis an benötigten Mitteln bei 1,0 Mill. RM. Monatsumsatz			
in Mill. RM		0,4	0,8
in % von 1937		$33^1/_3$ %	$33^1/_3$ %
4. Mit den 1932 benötigten Mitteln kann somit 1938 ein Umsatz im Monatsmittel durchgeführt werden			
in Mill. RM		1,5	1,5
in % von 1932.		150	150

Nimmt man — was ebenfalls etwa den praktischen Verhältnissen entsprechen dürfte — den Durchschnitt beider Wirtschaftsgruppen als kennzeichnend für die Entwicklung der gesamten Verbrauchsgüterindustrien an und vergegenwärtigt man sich, daß der Produktionswert der letzteren von rd. 20 Mrd. RM im Jahre 1932 auf schätzungsweise rd. 27 Mrd. RM im Jahre 1938, d. h. also um rd. 35 % gestiegen ist, so ergibt sich daraus, daß trotz der Erhöhung der Umsätze noch rd. 10 % der Mittel, die 1932 für die Finanzierung der Außenstände verwandt werden mußten, im Verlaufe der Jahre für andere Zwecke freigesetzt werden konnten.

Schätzt man den gesamten Betriebsmittelbedarf (Umlaufvermögen) unter normalen Verhältnissen im Durchschnitt auf das 2 bis $2^1/_2$fache (angesetzt für 1932 das $2^1/_2$fache) der Außenstände, so ergibt sich für die Entwicklung des Mittelbedarfes der Verbrauchsgüterindustrie gegenüber dem Handel das folgende Bild.

Zahlentafel 2. Die Entwicklung des Mittelbedarfes in der Verbrauchsgüterindustrie (geschätzt)

	1932	1938	1938 gegenüber 1932
1. Produktionswert in Mrd. RM	20,0	27,0	+ 7,0
2. Durchschnittl. Umschlagsdauer in Monaten			
a) Umlaufvermögen insges.	4,5		
b) Außenstände.	1,8	1,2	— 0,6
3. Durchschnittl. Umschlagsziffer (mal Betriebsmittel)			
a) Umlaufvermögen insges.	$2^2/_3$		
b) Außenstände.	$6^2/_3$	10	+ $3^1/_3$
4. Betriebsmittelbedarf bezog. auf Produktionswert in Mrd. RM			
a) Umlaufvermögen insges.	7,5	falls unverändert	
b) Außenstände.	3,0	2,7	— 0,3
c) Verfügbar für sonstige Betriebsmittel	4,5	4,8	+ 0,3

Trotz der Steigerung des Produktionswertes um 35 % konnten somit infolge der Beschleunigung der Zahlungsweise schätzungsweise rd. 4 % des im Jahre 1932 benötigten Umlaufvermögens für andere Zwecke, z. B. für die Finanzierung zusätzlicher Warenvorräte, die Abdeckung von Schulden usw. freigesetzt werden. Nur der Ordnung halber sei bemerkt, daß der in Zahlentafel 2 der Einfachheit halber verwandte Produktionswert nicht mit der Summe der eigentlichen Warenumsätze oder Zahlungseingänge von Seiten der Kundschaft gleichbedeutend ist. Die oben angestellte Rechnung soll somit lediglich der Aufstellung der eingangs gestellten Fragen dienen.

Die Beschleunigung der Zahlungsweise im Auftrieb ist eine Erscheinung, die dem Wirtschaftsbeobachter bereits aus früheren Wirtschaftsentwicklungen bekannt geworden ist. Ihre Auswirkungen sind insoweit für die Wirtschaftsbetriebe erfreulich, als sie die Liquidierung so mancher unerfreulicher Reste aus den Zeiten des Niederganges und der Krise ermöglichen.

Trotzdem liegt auch in dieser Entwicklung von einem gewissen Punkte an für das einzelne Unternehmen eine nicht unbeträchtliche Gefahr, die erkannt und rechtzeitig bekämpft werden muß. Denn werden die hier durch die beschleunigte Zahlungsweise freigesetzten Mittel in starkem Ausmaße für die Eindeckung nicht jederzeit liquidierbarer Bestände oder sogar darüber hinaus für den Ausbau von Anlagen usw. benutzt, so muß jeder Rückschlag in der Branchenentwicklung mangels Mittelreserven die betreffenden Firmen vor sehr ernste Finanzfragen stellen. Vergessen wir daher in den Wirtschaftsbetrieben nicht, daß die Verlangsamung in der Zahlungsweise von nur im Durchschnitt drei Tagen einen Mehrmittelbedarf von 10 % des Monatsumsatzes bedeutet. Vergessen wir darüber hinaus vor allem aber nicht, daß fast immer ein derartiger Mehrmittelbedarf dann eintritt, wenn die Mittel auch an andern Stellen zu verknappen beginnen. Was im einzelnen hierfür die Ursache ist, spielt dabei meist nur eine untergeordnete Rolle. Wir stehen in Zeiten, wo die Finanzfragen wieder eine entscheidendere Rolle zu spielen beginnen, und müssen daher auch mit einer Verknappung der auf dem Wege des Kredits jederzeit erhältlichen Mittel rechnen, zumal da die Finanzierung der großen öffentlichen Aufgaben nach wie vor im Vordergrund steht und der Auftrieb der Betriebswirtschaft, wie die nachstehenden Zahlen erweisen, offensichtlich mit unverminderter Kraft weiter geht.

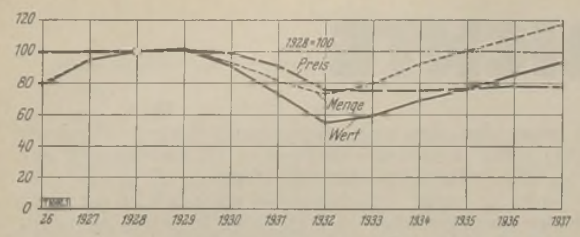


Bild 1 Kennzahlen der gesamten Sachgütererzeugung

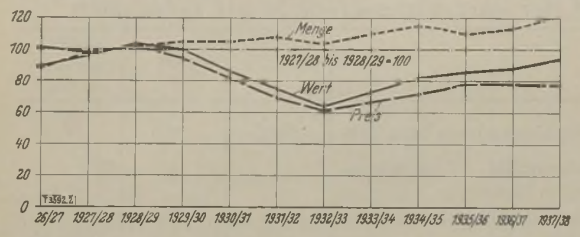


Bild 2. Kennzahlen der landwirtschaftlichen Erzeugung

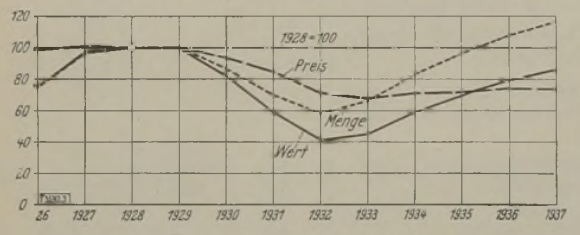


Bild 3. Kennzahlen der industriellen Erzeugung

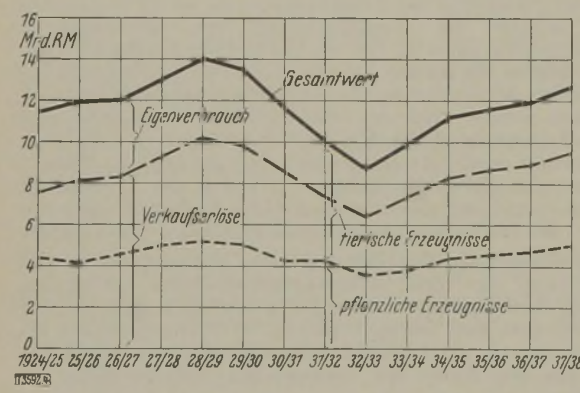


Bild 4. Der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung

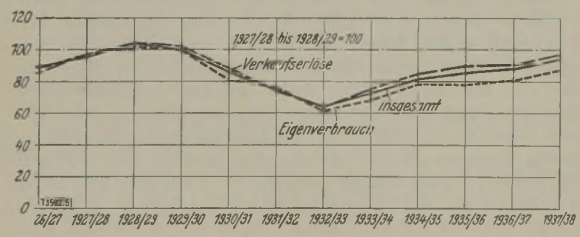


Bild 5. Wertkennzahlen der landwirtschaftlichen Erzeugung, gegliedert nach dem Verwendungszweck

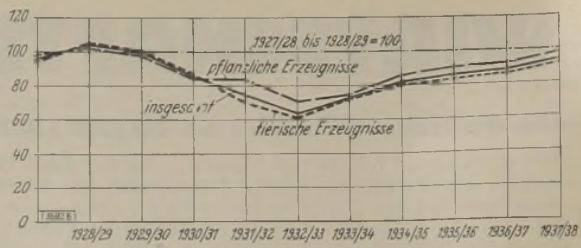


Bild 6. Wertkennzahl der landwirtschaftlichen Erzeugung, gegliedert nach der Erzeugungsart

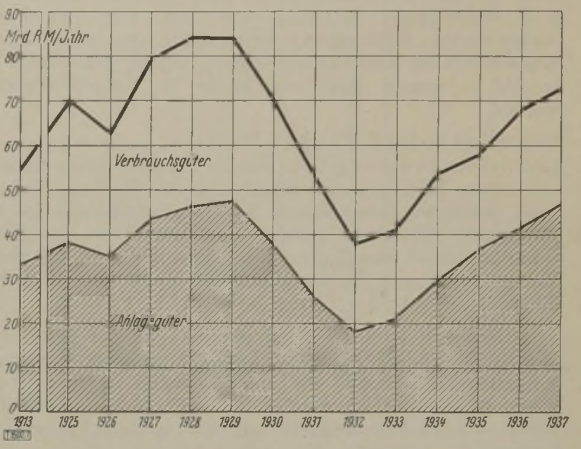


Bild 7. Der Wert der deutschen Industrieerzeugung

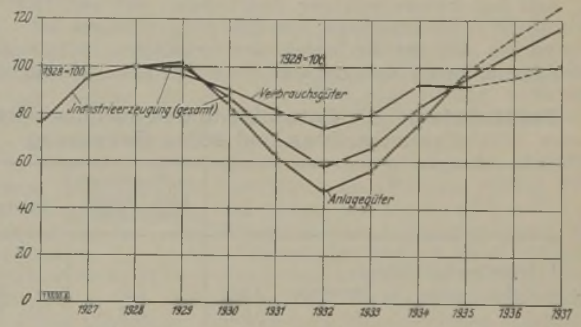


Bild 8. Die industrielle Erzeugung Deutschlands (Mengenkennzahl)

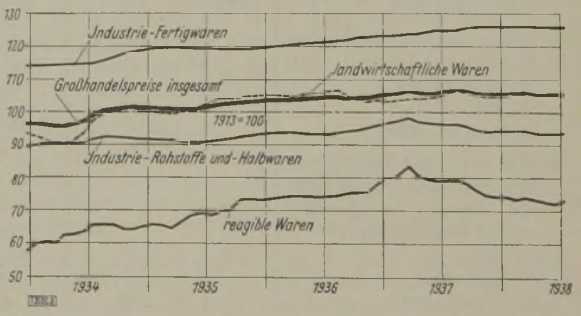


Bild 9. Deutsche Großhandelskennzahlen

Gemessen an den Kennzahlen, ist die gesamte Sachgütererzeugung (Bild 1) von 1932 auf 1937 um rd. 45 Mengen- und 39 Wertpunkte gestiegen. Die landwirtschaftliche Erzeugung (Bild 2) hat im gleichen Zeitraum eine Erhöhung um 17 Mengen- und 30 Wertpunkte erfahren, während die industrielle Erzeugung (Bild 3) gleichzeitig 59 Mengen- und 44 Wertpunkte zugenommen hat. Die Heraufsetzung der Preise in der Ernährungswirtschaft, die in den Jahren bis 1935 im Interesse der Erhaltung unsrer bäuerlichen Wirtschaft erfolgte, wirkte sich hier aus. Demgegenüber ist in der gewerblichen Wirtschaft nur eine wesentlich geringfügigere Änderung des allgemeinen Preisstandes eingetreten.

Der Gesamtwert der landwirtschaftlichen Erzeugung (Bild 4) konnte im Verlauf der letzten fünf Jahre um fast 50 % gesteigert werden. An dem Mehrertrag waren die tierischen Erzeugnisse etwas stärker als die pflanzlichen beteiligt (Bild 6). Die zum Verkauf gebrachten Erträge wurden gegenüber den selbstverbrauchten, wenn auch nur wenig, verstärkt (Bild 5).

Der Gesamtwert der industriellen Erzeugung (Bild 7) wurde im gleichen Zeitraume nahezu ver-

doppelt. Während jedoch die Verbrauchsgüterindustrie ihren Produktionswert nur um rd. 30 % zu steigern vermochte, hat sich die Erzeugung von Anlagegütern auf rd. das 2,4fache vor 1932 erhöht. Noch stärker tritt dies bei dem Vergleich der Mengenkennzahlen (Bild 8) hervor, wo die Anlagegütererzeugung 1937 das rd. 2,7fache vor 1932 erreicht.

In den Großhandelskennzahlen (Bild 9) ist — angestoßen durch die saisonmäßig bedingte Steigerung der Agrarpreise — eine leichte Erhöhung eingetreten. Im Gesamtdurchschnitt wurde der entsprechende Vorjahresstand jedoch wohl nicht ganz erreicht, obwohl die Agrarpreise um fast einen Punkt höher liegen. *Bredt* [3592]

Wirtschaftskennzahlen

Gruppe	August 1938	Juli 1938	Juni 1938
Lebenshaltungskennzahl des Stat. Reichsamtes (neue Berechnung) (1913/14 = 100)	126,5	126,8	126,0
Großhandelskennzahl des Statist. Reichsamtes (1913 = 100)	105,9	105,6	105,6
Baukostenkennzahl (Stat. Reichsamt, neue Berechnung)	—	135,8	135,8
Maschinenkennzahl (Gesamtkennzahl – Stat. Reichsamt 1913 = 100)	—	121,0	121,0

Aktienkennzahl (Stat. Reichsamt) 1. 8. bis 6. 8.: 104,51; 8. 8. bis 13. 8: 102,29.; 15. 8. bis 20.: 100,74; 22. 8 bis 27. 8.: 101,68.

Erwerbslosenzahl[1]) am 31. 7. 38: 218 359.

[1]) Aus „Wirtschaft u. Statistik" 1. August-Heft 1938.

Geldmarkt am 1. September 1938 %

Reichsbankdiskontsatz ab 2. 9. 32	4
Lombardzinsfuß der Reichsbank ab 2. 9. 32	5
Privatdiskontsatz in Berlin kurze Sicht	$2^7/_8$
„ „ „ lange Sicht	$2^7/_8$
Tagesgeld an der Berliner Börse	$2^5/_8$ bis $2^7/_8$

Erzeugungsstatistik

Land	Industrie	Juni 1938	Juli 1938	Juli 1937
		1000 t		
Deutschland	Steinkohle	14 874,0	15 763,0	15 915,0
„	Braunkohle	15 512,0	16 501,0	16 055,0
„	Ruhr-Steink.	10 230,6	10 721,0	10 993,0
„	Roheisen	1 555,0	1 625,4	1 345,3
„	Rohstahl	1 889,7	1 981,1	1 657,0
Frankreich	Roheisen	463,0	420,0	699,0
„	Rohstahl	480,0	420,0	685,0
Großbritannien	Roheisen	550,2	515,9	—
„	Rohstahl	788,5	694,1	—
Güterwagengestellung der Deutschen Reichsbahn (arbeitstäglich in 1000 Stück)		151,6	153,9	144,7

Statistik

Wirtschaftslage und Kriminalismus

Die Darstellung von Wirtschaftsentwicklungen ist nicht allein auf Angaben über Umsatz-, Produktions-, Einkommenverhältnisse usw. angewiesen. Es gibt sehr aufschlußreiche Beziehungen zwischen Gebieten, wie z. B. wirtschaftlicher und krimineller Entwicklung, die gegenseitig in keiner Abhängigkeit zueinander zu stehen scheinen. Stellt man aber für einen längeren Zeitraum die Jahresergebnisse dieser beiden fremden Gebiete einander gegenüber, so fällt sofort eine gewisse gegenseitige Abhängigkeit auf.

Jedermann weiß, daß sich seit 1933 die Wirtschaftslage in bis dahin ungeahnten Ausmaßen gebessert hat. Obgleich seit dem Umbruch eine Neuordnung auf allen Gebieten, also sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer und juristischer Hinsicht stattgefunden hat, läßt sich nicht leugnen, daß die Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeit ganz besonders die sozialen Verhältnisse beeinflußte und sich hieraus wiederum ein Rückgang der Kriminalität ergibt. Dabei scheint der Einfluß der besseren sozialen Lebensbedingungen auf das Ausmaß der Gesetzesverstöße stärker zu sein als die Beeinflussung z. B. durch eine allgemein strengere Strafverfolgung.

Um die genannte Beeinflussung der Kriminalität durch die Besserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen deutlich werden zu lassen, seien die zahlenmäßigen Aburteilungen wegen Verstoß gegen einzelne strafrechtliche Bestimmungen in den Jahren 1932 und 1936 einander gegenübergestellt.

Zahlentafel 1. Verurteilungen wegen strafrechtlicher Verbrechen und Vergehen

Grund	1932	1936
Insgesamt	551 364	338 312
Davon:		
Totschlag	604	274
Körperverletzung	54 852	29 239
Schwerer Diebstahl	29 932	14 639
Unterschlagung	47 218	16 928
Raub	1 697	685
Betrug	79 754	40 390
Konkursverbrechen	931	123

Die Zahlen sollen nur die Tendenz erkennen lassen. In der Tat weisen sie einen erfreulich großen Rückgang auf und sind der Ausdruck dafür, wie indirekte Einflüsse hier von ausschlaggebender Bedeutung geworden sind und nicht nur Verbrechen auf wirtschaftlichen Gebieten, z. B. Konkursvergehen, zahlenmäßig um mehr als 85 % gesunken sind, sondern daß auch allgemeine Vergehen gegen Vorschriften des allgemeinen Strafrechtes zumeist weit unter die Hälfte des Standes von 1932 gesunken sind. *H. N.* [3556]

Außenhandel

Südamerikas Bedeutung für die deutsche Außenwirtschaft im Jahre 1937

Das zu Beginn des Jahres 1937 erhoffte Anhalten der weltwirtschaftlichen Hochkonjunktur und der Glaube an die scheinbar endgültige Überwindung der schweren Weltwirtschaftskrise der Jahre 1929/1932 wurden bereits Mitte 1937 durch einen spürbaren Konjunkturrückgang in der Weltwirtschaft erschüttert. Nachdem der Wirtschaftsverkehr mit dem asiatischen Erdteil durch den chinesisch-japanischen Krieg starke Einbuße erlitten hat, ist für uns die Bearbeitung der südamerikanischen Märkte, die trotz gewisser augenblicklicher Schwierigkeiten für die deutsche Volkswirtschaft ein sehr zukunftsreiches Gebiet darstellen, von erhöhter Bedeutung. Es sei in diesem Zusammenhang auf unsern Beitrag „Die ABC-Staaten Südamerikas vom Standpunkt handelspolitischer Planung", Techn. u. Wirtsch. 1936 Heft 12 S. 374/376 verwiesen.

I. Zunehmende Industrialisierung in ihrer Wirkung auf die Einfuhr

a) Argentinien

Starke Bautätigkeit, wobei der argentinische Zementbedarf 1936 bis zu 98 % im Lande selbst gedeckt werden konnte, und eine fortschreitende Industrialisierung bei zunehmender Anlagetätigkeit und regierungsseitiger Förderung durch hohe Schutzzölle haben beachtliche Ergebnisse gezeitigt. Textilwaren wie Baumwolle, Seide und Kunstseide stammen bereits fast ausschließlich aus heimischer Erzeugung, während eine Anzahl Gegenstände des täglichen Bedarfs wie Schuh- und Lederwaren, elektrotechnische Artikel, Gummiwaren, Papier, Glas und Porzellan in steigendem Maße vom heimischen Markt geliefert werden. Wenn auch der verhältnismäßig hohe Lebensstandard, der mit hohen Ansprüchen an Verbrauchsgütern verbunden ist, für die Einfuhr von Verbrauchsgegenständen bester Güte stets Raum bietet, so ist die zunehmende Verlagerung der Einfuhr von Fertigwaren und damit Verbrauchsgütern auf Produktionsgüter als unerläßliches Hilfsmittel in der Industrialisierung eine feststehende Tatsache. Die Tendenz der Schaffung eigener Industriezweige geht oft so weit, daß in den

betreffenden Zweigen Unerfahrene sich den Zug der Zeit zunutze machen.

b) Brasilien

Gerade Brasilien, das trotz reicher Bodenschätze in seiner wirtschaftlichen Entwicklung durch die Monokultur des Kaffees starken Hemmungen unterworfen war, sucht in dem Aufbauprogramm der Regierung *Vargas* unter Förderung der fortschreitenden Industrialisierung die Voraussetzung für eine wirtschaftlich günstige Entwicklung zu schaffen. Brasilien schritt 1937 von der Kaffeevernichtung zur Kaffeeausfuhrförderung. Obwohl bindende Abmachungen mit den übrigen Kaffee erzeugenden Ländern nicht erzielt werden konnten, vernichtete ein Land, das wohl Haupterzeuger in der Welt ist, aber keinesfalls eine unerschütterliche Monopolstellung einnimmt, bisher einen Teil seiner Kaffee-Ernte und förderte durch solche Opfer lediglich die Kaffee-Erzeugung der übrigen Länder zu seinem Schaden! Gerade Brasilien mit seinen 32 Mill. Menschen ist mit einer auf eigener Rohstoffgrundlage errichteten Industrie der führende Industriestaat Südamerikas, dessen Selbstversorgung in Gütern des Massenbedarfes nicht nur oft vollständig ist, sondern darüber hinaus, wie es z. B. für Baumwollwaren zutrifft, auch noch eine Ausfuhr nach den Nachbarländern des südamerikanischen Kontinents zuläßt. Genau das, was man auf dem Gebiete der Textilindustrie erreicht hat, will man nach einem beschleunigten Ausbau der Verkehrsverhältnisse durch die Schaffung einer eigenen Schwerindustrie erzielen; sind doch große Lager von wertvollen Eisenerzvorkommen vorhanden.

c) Chile

Industrien mit eigener Rohstoffgrundlage wie Textilindustrie (Wolle), Papierindustrie (Holz), Eisenindustrie (Eisenerze), Gerbereien und Schuhindustrie (Viehzucht) sind gut beschäftigt und erfahren infolge der seit Jahren herrschenden Devisenknappheit und hoher Schutzzölle noch weiteren Auftrieb.

d) Die übrigen südamerikanischen Staaten

Was Bolivien anbetrifft, so vermochten die die Industrialisierung begünstigenden Umstände wie Chacokrieg und Devisenmangel keine nennenswerte Entwicklung zu bringen. Die heimische Industrie bleibt wie bei Ekuador und Paraguay auf Gegenstände des täglichen Bedarfes beschränkt. Bei Peru bilden Wolle und Baumwolle die Grundlage für die Textilindustrie, die bereits einen wesentlichen Anteil des Landesbedarfs deckt; die Verbrauchsgüterindustrien sind weiter im Ausbau. In Guatemala begegnen wir hinsichtlich der Schaffung einer eigenen Industrie widersprechenden Ansichten; weist man doch darauf hin, daß bei der Kleinheit des Marktes ein verstärkter Ausbau nicht förderlich wäre. Uruguay, industriell verhältnismäßig stark entwickelt, stützt sich einerseits auf die Verarbeitung eigener Rohstoffe wie Wolle und Häute, verarbeitet jedoch anderseits auch von den südamerikanischen Staaten einzuführende Rohstoffe. Alle diese Gewerbezweige erfahren durch Schutzzölle die Förderung des Landes. Venezuela mit seinem Petroleumreichtum steckt industriell im Anfangsstadium, und seine Entwicklung bleibt abzuwarten. Kolumbien verbesserte die Verkehrsverhältnisse und baut seine Industrie weiter aus, da durch die neue Politik Brasiliens der Kaffeeausfuhrförderung seine Ausfuhr in Kaffee zurückgegangen ist und demzufolge ein Mindererlös an Devisen gegenübersteht. Es bestehen eine nahezu den Landesbedarf deckende Textilindustrie, eine Zementindustrie und Industriezweige für Gegenstände des täglichen Bedarfes.

Zahlentafel 1
Einfuhr aus und Ausfuhr nach Deutschland in Mill. RM

	1929	1932	1934	1936	1937
Argentinien					
Einfuhr	371.3	90,1	87,0	97,7	147,1
Ausfuhr	744,7	191,6	151,5	118,5	295,1
Brasilien					
Einfuhr	210,2	48,4	74,5	133,4	177,0
Ausfuhr	214,9	81,4	77,2	131,4	186,4
Chile					
Einfuhr	99,5	8,3	11,8	49,4	56,5
Ausfuhr	121,7	23,5	36,4	58,8	81,1
Kolumbien					
Einfuhr	60,8	14,3	17,4	45,3	33,1
Ausfuhr	27,6	9,0	13,4	41,5	45,0
Peru					
Einfuhr	25,6	5,7	7,8	29,0	33,4
Ausfuhr	14,9	10,4	19,4	34,0	49,0
Venezuela					
Einfuhr	36,9	8,8	6,7	24,1	42,7
Ausfuhr	78,8	9,1	7,2	14,1	23,6
Bolivien					
Einfuhr	12,1	2,1	2,9	4,2	5,6
Ausfuhr	8,6	2,5	3,0	7,4	11,0
Guatemala					
Einfuhr	12,9	2,3	2,0	10,0	13,1
Ausfuhr	81,4	31,0	21,7	12,6	14,3
Uruguay					
Einfuhr	38,5	11,0	11,7	16,7	24,0
Ausfuhr	40,8	22,2	28,5	21,0	23,6

II. Der Warenverkehr der südamerikanischen Staaten mit Deutschland

Durch die vorteilhafte Ergänzung der deutschen Wirtschaft mit den meisten Volkswirtschaften Südamerikas ist dafür gesorgt, daß die bestehenden Verrechnungsabkommen nicht handelshemmend, sondern eher handelsfördernd sind. Gerade in Zeiten rückläufiger Konjunkturen ist zu beobachten, daß diese Rohstoffländer Deutschland als Kunden nicht verlieren wollen und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit den Wirtschaftsverkehr zu pflegen bestrebt sind. Das bietet dem deutschen Ausführer anderseits auch wieder einen höheren Sicherheitsgrad für den Eingang seiner Forderungen.

III. Schlußfolgerung

Die zunehmende Industrialisierung des nicht als eine wirtschaftliche Einheit zu erfassenden südamerikanischen Erdteils bedingt, daß die in unsern Waren verkörperten Leistungen stets höher sein müssen als die der heimischen Industrie. Die mit der Eigenerzeugung auf gleicher Stufe stehende Einfuhrware wird durch Zollschranken ferngehalten. Ferner müssen unter Berücksichtigung der Bedarfsverlagerung die Bedürfnisse des einzelnen Landes und deren sachgemäße Befriedigung richtig erkannt werden. Im Interesse der Erhaltung und Hebung unserer Ausfuhr liegt eine straffe Ausfuhrorganisation, die alle aufbauwilligen und dabei fähigen Köpfe unter Stellung von genau umrissenen Aufgaben in einzelne Industriezweige zur Mitarbeit einschalten muß. Dipl.-Kfm. *Alfred Betz*, Stuttgart [3533]

Der Aufschwung des holländischen Außenhandels

Deutschland steht an erster Stelle

1. Der Gesamtaußenhandel

Der holländische Außenhandel weist der Menge und dem Werte nach im Jahre 1937 eine bedeutende Zunahme auf, und zwar erhöhte sich die Einfuhr um reichlich 0,5 Mrd. fl und die Ausfuhr um 0,4 Mrd. fl, so daß ungefähr der Stand von 1931 erreicht wurde. Die holländische Einfuhr betrug 1936: 20,4 Mill. t mit einem Einfuhrwert von 1017 Mill. fl, während im Jahre 1937 das Gewicht auf 23,5 Mill. t, also um 15,4 %, und der Wert auf 1551 Mill. fl anstieg, so daß sich wertmäßig sogar eine Steigerung um fast 52,5 % ergab.

Diese bedeutende Steigerung des holländischen Außenhandels ist einmal zurückzuführen auf die Abwertung des holländischen Guldens vom 29. September 1936, die zunächst gegenüber dem amerikanischen Dollar und dem englischen Pfund rd. 20 %, gegenüber der Reichsmark rd. 25 % betrug, sich später jedoch auf etwa 18,6 und 23 % Abwertung „ausschaukelte". Ein weiterer Grund liegt im Preisanstieg auf den Rohstoffmärkten und bei den Fertigfabrikaten der ganzen Welt, sowie in der Mengenzunahme. Der Durchschnittswert der Einfuhrtonne nach Holland stieg im Jahre 1937 bei annähernd gleichbleibender Struktur der eingeführten Güter von rd. 50 auf genau 66 fl/t, also um 32 %.

Gleichzeitig erhöhte sich die holländische Ausfuhr von 13,538 Mill. t auf 16,023 Mill. t, also mengenmäßig um 18,4 %, wertmäßig jedoch von 746 Mill. auf 1148 Mill. fl, also um fast 54 % des Ausfuhrwertes, so daß der durchschnittliche Preis der Ausfuhrtonne von 55 auf 71,60 fl, also um 30 % stieg.

Die Mengenzunahme der Einfuhr um 15,4 % und die des Wertes um 52,5 % ist ungleich auf die verschiedenen Warengruppen verteilt. Die Steigerung der unbearbeiteten Waren, die der Menge nach 1187,9 Mill. kg und dem Werte nach 104,0 Mill. fl oder 26,1 % beträgt, geht vor allem auf Rechnung der noch zu verarbeitenden Waren, worunter jedoch keine Nahrungsmittel fallen. Die Einfuhr von teilweise verarbeiteten Waren nahm der Menge und dem Wert nach noch bedeutend zu trotz des Rückganges der eingeführten Nahrungsmittel, die hier einbegriffen sind. Bei den Fertigwaren ist die Steigerung anteilmäßig am geringsten.

Die Zunahme der Ausfuhr ist über die drei verschiedenen Hauptwarengruppen ziemlich gleichmäßig verteilt. Die unbearbeiteten Waren nahmen dem Gewicht nach um 28,7 % und dem Werte nach um 49,4 % zu. Die größte Steigerung ist bei den unbearbeiteten, noch ganz zu verarbeitenden Nahrungsmitteln (um 55,6 Mill. kg und 8,0 Mill. fl, 84,9 und 137,1 %), den andern unbearbeiteten, noch ganz zu verarbeitenden Gütern (411,3 Mill. kg zu 44,9 Mill. fl oder 15,4 und 73,9 %) und den unbearbeiteten Produktionsmitteln (1054,6 Mill. kg zu 18,2 Mill. fl oder 28,7 und 55,7 %) zu beobachten. Teilweise bearbeitete Waren stiegen der Menge nach um 22,8 % und dem Werte nach um 60,9 %. Fertigwaren nahmen um 16,2 und 55,5 % zu. Abgesehen von den bearbeiteten Verbrauchswaren, deren Ausfuhrwert trotz der geringen Mengenzunahme von 6,4 % um 30,1 Mill. fl oder um 45,0 % zunahm, stieg der Wert der noch zu bearbeitenden Enderzeugnisse sogar um 50,7 Mill. fl oder 82,3 % im Jahre 1937.

Der Einfuhrsaldo zeigte im Gegensatz zu den Vorjahren eine bedeutende Besserung, so daß 1937: 74 % der Einfuhr durch die Ausfuhr gedeckt waren, gegen 73,3 % 1936, 72,1 % 1935, 68,6 % 1934 und 60,0 % im Jahre 1933. Die Deckungsziffer des Jahres 1937 von 74 % ist, wenn sie auch nur um 0,7 % höher liegt als im Jahre 1936, doch die höchste der letzten zehn Jahre.

2. Der Außenhandel mit Deutschland

Die holländische Einfuhr aus Deutschland war im Jahre 1937 sowohl gewichts- wie wertmäßig ansehnlich größer als 1936. Die wertmäßige Zunahme ist hauptsächlich der Guldenabwertung zuzuschreiben, während die gewichtsmäßige Zunahme zum großen Teil eine Folge dessen ist, daß, obgleich einzelne Waren wie Naturstein, Eisen, Stahl in der Einfuhr abnahmen, andere gewichtige Gütergruppen eine beträchtliche Zunahme erfuhren. Die deutsche Einfuhr nach Holland betrug im Jahre 1936 mengenmäßig 7,22 Mill. t oder 35,5 % der Gesamteinfuhr. 1937 stieg sie auf 8,39 Mill. t oder 35,7 %. Betrug aber der wertmäßige Anteil der deutschen Einfuhrziffer im Jahre 1936 mit 237 Mill. Gulden noch 23,3 % der holländischen Einfuhr, so fiel diese Beteiligung trotz der wertmäßigen Steigerung auf 327 Mill. Gulden im Jahre 1937 auf nur noch 21,1 %! Trotzdem ist Deutschland sowohl mengen- wie wertmäßig immer noch der größte Lieferer an Holland.

Die holländische Steinkohleneinfuhr aus Deutschland stieg 1937 von 4 Mill. auf 4,758 Mill. kg, Kalk und Zement stiegen von 213,7 auf 242,8 Mill. kg, Salpeter und Kunstdünger von 237,9 auf 285,3 Mill. kg, Minerale von 1261,0 auf 1503,5 Mill. kg. Die Einfuhr von Blech und Blecherzeugnissen stieg von 24,7 auf 26,7 Mill. kg, von Kupfer und Kupfererzeugnissen von 12,3 auf 15 Mill. kg, Chemikalien von 76,2 auf 79,9 Mill. kg, von rohem Erdöl von 11,1 auf 18,6 Mill. kg, Holz von 38,8 auf 44,5 Mill. kg, Papier und Papierwaren von 46,9 auf 52,7 Mill. kg. Dagegen ging die Einfuhr von Roggen, pflanzlichen Ölen, Kohlen und Holzteerpech und Backsteinen zurück.

Holland lag dagegen mit seiner Ausfuhr nach Deutschland, das mengenmäßig bereits im dritten Jahr nur noch der zweitgrößte Abnehmer Hollands hinter Großbritannien ist, wertmäßig wesentlich glücklicher. Zwar stieg die Ausfuhrmenge von 1936 auf 1937 nur von 2,06 Mill. t auf 2,33 Mill. t, jedoch erhöhte sich der Ausfuhrwert von 117 Mill. auf 176 Mill. fl, so daß der Durchschnittspreis der Tonne der holländischen Ausfuhr nach Deutschland von 56,8 auf 75,6 fl, also um 33,1 % stieg.

Die Steinkohlenausfuhr nach Deutschland stieg von 1189 auf 1255 Mill. kg, die von Eisen, Stahl und Stahlerzeugnissen von 114,1 auf 128,5 Mill. kg. Die Ausfuhr von Vieh betrug im Jahre 1937 3,3 Mill. kg, die von Schweinen 3,8 Mill. kg

Zahlentafel 1. Außenhandel Hollands

Menge in Mill. kg, Wert in Mill. fl

Jahr	Einfuhr		Ausfuhr		Einfuhrüberschuß	
	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
1933	24 081	1209	12 768	726	11 313	483
1934	22 735	1038	13 324	712	9 411	326
1935	20 437	936	12 449	675	7 988	261
1936	20 358	1017	13 538	745	6 820	272
1937	23 513	1551	16 023	1148	7 490	403

Zahlentafel 2

Der holländische Außenhandel mit einzelnen Ländern

Menge in Mill. kg, Wert in Mill. fl

Land	Einfuhr		Ausfuhr		+ Ausfuhrüberschuß — Einfuhrüberschuß	
	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
			1937			
Deutschland . . .	8383	327	2327	176	—6056	—151
Belgien	3778	180	5314	126	+1536	— 54
Großbritannien .	1285	129	1500	248	+ 215	+119
Frankreich. . . .	485	60	1917	76	+1432	+ 16
USA	1079	136	352	58	— 727	— 78
Niederl.-Indien .	402	126	220	94	— 182	— 32
Sowjetrußland . .	808	40	21	22	— 787	— 18
			1936			
Deutschland . . .	7220	237	2060	117	—5160	—120
Belgien	3160	119	4429	86	+1269	— 33
Großbritannien .	1479	94	1289	165	— 190	+ 71
Frankreich. . . .	603	42	2371	55	+1768	+ 13
USA	647	72	356	45	— 291	— 27
Niederl.-Indien .	305	79	137	44	— 168	— 35
Sowjetrußland . .	790	22	37	17	— 753	— 5

Zahlentafel 3. Der deutsch-holländische Außenhandel

in Mill. fl

Jahr	Einfuhr aus Deutschland	in % der Gesamteinfuhr	Ausfuhr nach Deutschland	in % der Gesamtausfuhr
1929	842	30,6	456	23,0
1930	768	31,8	360	20,9
1931	620	32,7	251	19,1
1932	400	30,8	176	20,8
1933	378	31,3	156	21,5
1934	297	28,6	176	24,7
1935	239	25,5	129	19,1
1936	237	23,3	117	15,7
1937	327	21,1	176	15,3

(zuvor bestand fast keine Ausfuhr Hollands von Vieh und Schweinen nach Deutschland). Die Ausfuhr von Käse erhöhte sich von 13,4 auf 20 Mill. kg, die von Eiern von 23,6 auf 31,8 Mill. kg. An landwirtschaftlichen Erzeugnissen stieg die Ausfuhr von Roggen, von frischem Gemüse und von Blumenzwiebeln in ansehnlichem Maße. Ganz besonders stieg die Ausfuhr von Kartoffeln von 22,8 auf 56,5 Mill. kg; auch nahm die Ausfuhr von pflanzlichen Ölen, Backsteinen, Werkzeugen, Kupfer und Naturstein zu.

Wenn man die oben wiedergegebenen wertmäßig verglichenen Zahlen in eine Beziehung zur Reichsmark bringt und hierbei für das Jahr 1936 als Umrechnungskurs 60 fl = 100 RM, für das Jahr 1937: 73 fl = 100 RM einsetzt, so ergibt sich eine wertmäßige Steigerung der Ausfuhr nach Holland von nur rd. 13 %, während Holland 23,6 % mehr nach Deutschland ausführte.

3. Der Außenhandel mit andern Ländern

Die Einfuhr Hollands aus Belgien stieg von 3,16 auf 3,78 Mill. t im Jahre 1937, und zwar nahm die Einfuhr von Kalk, Zement, Salpeter, Kunstdünger, Natursteinen, Eisen, Stahl, Mineralien, Chemikalien, Erdöl, Holz, Häuten und Fellen, Saatgetreide, Gerste, Kupfer, Glas und Glaswaren zu. Der mengenmäßigen Ausfuhr nach ist Belgien der größte Bezieher holländischer Güter. Recht bemerkenswert ist u. a. vor allem die Ausfuhrsteigerung auf dem Gebiete der Steinkohle. Diese stieg von 1563 auf 2093 Mill. kg, was eine Wertsteigerung von 9,6 auf 19,9 Mill. fl mit sich brachte. Weiter er-

höhte sich u. a. die Ausfuhr von Pyrit, Eisen, Stahl und Stahlerzeugnissen, von Chemikalien, Holz usw.

Großbritannien nimmt in der holländischen Ausfuhr als Bezieher holländischer Waren wertmäßig die erste Stelle ein, mengenmäßig dagegen den vierten Platz. An der erhöhten Ausfuhr nach Großbritannien während des letzten Jahres nahmen besonders Eisen und Stahl, Mineralien, pflanzliche Öle, Teererzeugnisse, Backsteine, Papier und Papierwaren, sowie Margarine, Käse, Eier, eingemachtes Gemüse teil.

Die Einfuhr Hollands aus Großbritannien hat sowohl gewichts- wie wertmäßig ansehnlich zugenommen. Besonders stieg die Einfuhr von Eisen, Stahl und Stahlwaren, Blech und Blechwaren, Chemikalien, Papier und Papierwaren, Werkzeugen und Maschinen.

Sowohl die Ein- als auch die Ausfuhr Hollands nach Frankreich ist umfangreich gestiegen. Ein Rückschlag der Konjunktur konnte auch im Außenhandel mit diesem Lande nicht bemerkbar werden. Besonders Salpeter und Kunstdünger wurden in vermehrtem Umfange eingeführt. Das gleiche läßt sich bei Stahl, Petroleum, rohem Erdöl, Teererzeugnissen, Häuten und Fellen, Wein, Viehfutter und Zink feststellen. Die Einfuhr von Eisenerz stieg von 79,3 auf 109,5 Mill. kg.

Zugenommen hat auf der Ausfuhrseite insbesondere die Ausfuhr von Kohlen und Koks, von pflanzlichen Ölen, von Teererzeugnissen, Häuten und Fellen.

Die Einfuhr Hollands aus den Vereinigten Staaten von Amerika hat sehr stark zugenommen, und zwar betrifft diese vor allem Getreide.

Die vermehrte Einfuhr Hollands aus Niederländisch-Indien ist 1937 insbesondere der Einfuhr von Mais, Reis, Palmenkernen, Zinnerz, pflanzlichen Ölen, Palmöl, Petroleum, Benzin, Kaffee, raffiniertem Zucker, Maiszucker, Sojabohnen, Gummi und Manganerz zuzuschreiben.

Auch die Ausfuhr nach Niederländisch-Indien hat zugenommen. Dazu trugen besonders Milcherzeugnisse, Eisen, Stahl und Stahlerzeugnisse, Textilien, Papier und Papierwaren, Werkzeuge, Maschinen, Chemikalien und Teer bei.

Der Außenhandel Hollands mit der Südafrikanischen Union ist sprunghaft gestiegen. Die holländische Einfuhr aus Südafrika betrug im Jahre 1937 rd. 80 000 t im Werte von 5 001 000 fl gegenüber 14 220 t im Werte von 1 091 000 fl im Jahre 1936. Die Ausfuhr Hollands nach Südafrika im Jahre 1937 betrug 137 069 t im Werte von 7 069 000 fl.

W. Kiewitt, Kiel [3515]

Nahrungsmittelindustrie

Das deutsche Branntweinmonopol und seine Beziehungen zur deutschen Wirtschaft

Die deutsche Branntwein-Steuergesetzgebung stellt ein Gebiet von großer volkswirtschaftlicher Bedeutung dar; gibt es doch kaum einen Handels- und Gewerbezweig, der nicht in irgendeiner Form vom Branntweinmonopol berührt wird. Neben fiskalischen Gesichtspunkten ist es vor allem ein volkswirtschaftliches Problem, das sich wie ein roter Faden durch das Labyrinth der die gesamte Spirituswirtschaft regelnden Branntweingesetzgebung hindurchzieht: der Schutz der landwirtschaftlichen Gütererzeugung.

Die steuerliche Begünstigung der deutschen landwirtschaftlichen Brennereien und der Obstkleinbrennereien geht vor allem auf die Bedeutung des Brennereibetriebes für Kartoffelanbau, Bodenkultur und Viehhaltung im Norden des Reiches und auf die wirtschaftlich notwendige Brennerei-Obstverwertung im Süden zurück. Ein Regierungs-Untersuchungsausschuß für Landwirtschaft hat sich zu diesen Fragen einmal zusammenfassend wie folgt geäußert: „Die wichtigste kulturfördernde Eigenschaft der Brennerei liegt darin, daß sie Gütern, die infolge schlechter Wiesen- und Bodenverhältnisse Mangel an wirtschaftseigenem Winter-Eiweißfutter haben, dieses Futter auf dem Wege über die Kartoffel, auf deren Anbau die geringen Böden angewiesen sind, zur Verfügung stellt". Noch treffender unterstrich der frühere preußische Finanzminister *Miquel* die Bedeutung der Kartoffelverarbeitung in den Brennereien und den Wert der Brennereien für die Urbarmachung von Ödländereien mit folgenden Worten: „Ohne Kartoffeln keine Brennerei, ohne Brennerei keine Schlempe, ohne Schlempe kein Vieh, ohne Vieh kein Dünger — der Rest ist Kiefer." Würde man also den Schutz der landwirtschaftlichen Brennereien in der jetzigen Branntweingesetzgebung beseitigen (z. B. durch Abschaffung des sogenannten Brennrechts), so würde das eine bedenkliche Verminderung des Getreide- und Kartoffelbaues und der Viehhaltung, weiterhin eine unerwünschte extensive Bodenbewirtschaftung herbeiführen, während die landwirtschaftlichen Brennereien bei der Beibehaltung des jetzigen Monopolschutzes (Erhaltung der Brennereien als Ernteverwertungsbetriebe) eine größere Viehhaltung, Steigerung des Anfalls an Dünger und damit Steigerung der Erträgnisse an Getreide und Hackfrüchten ermöglichen.

Volkswirtschaftlich gesehen muß das Branntweinmonopol hinsichtlich des Branntweinverbrauchs auf die verschiedensten Interessen Rücksicht nehmen. Die Bedeutung der landwirtschaftlichen Brennereien rechtfertigt eine hohe Branntweinerzeugung; schwierig gestaltet sich der Absatz dieser Branntweinmengen, da der Trinkbranntweinverbrauch in Deutschland immer mehr zurückgeht, während für den Überschuß an Branntwein ein gewerbliches Absatzgebiet (Herstellung von Essig, Lacken, Farben, Lösungs- und Reinigungsmitteln, Verwendung zu motorischen Zwecken usw.) zu erschließen ist. Ein gewerblicher Absatz verspricht nach den bisherigen Erfahrungen nur dann Erfolg, wenn der Sprit — mit Rücksicht auf die Notlage der beteiligten Gewerbe — billig ist; die Folge hiervon ist, daß Branntwein für gewerbliche Zwecke nur mit Verlust für das Monopol abgegeben werden kann, die Einkünfte aus der Trinkbranntweinbesteuerung also hierdurch stark herabgesetzt werden. Das deutsche Branntweinmonopol umfaßt

1. in beschränktem Umfange die Herstellung von Branntwein,
2. die Branntweinreinigung,
3. die Übernahme des in privaten Brennereien hergestellten Branntweins,
4. die Branntweinverwertung und den Branntweinhandel,
5. die Einfuhr von Branntwein.

Einzuflechten ist hierbei, daß zu den Ziffern 1 bis 5 zahlreiche Ausnahmen vorgesehen sind, die die Wirkung des Monopols stark beeinflussen. Organisatorisch gesehen kann man das deutsche Branntweinmonopol als Großhandelsmonopol bezeichnen.

Ein großer Teil der bei der Durchführung des Branntweinmonopols zu lösenden Aufgaben ist der Reichszollverwaltung übertragen. Besonders sind den Zollbeamten die Aufsicht über die nicht von der Reichsmonopolverwaltung selbst oder auf ihre Rechnung betriebenen Brennereien, Reinigungsanstalten und Lager, die Branntweinabnahmen in den Brennereien, die Erhebung und Verwaltung des Monopolausgleichs (Einfuhrabgabe) und der Branntweinersatzsteuer und die strafrechtliche Verfolgung der Zuwiderhandlungen gegen das Branntweinmonopolgesetz überlassen. Neben der Reichsmonopol- und der Zollverwaltung sind schließlich auch alle Reichs-, Landes- und Gemeindebeamten, vor allem alle Polizeibeamten verpflichtet, die Durchführung des Monopols zu schützen.

Die gesetzlichen Grundlagen des Branntweinmonopols bilden das Branntweinmonopolgesetz und weiterhin die von dem Reichsminister der Finanzen erlassenen Ausführungsbestimmungen (sogenannten Grundbestimmungen). Als Anlage zu diesen Ausführungsbestimmungen sind auf den verschiedenen Sondergebieten noch die Brennereiordnung, die Verwertungsordnung, die Essigsäureordnung und die Zählordnung erlassen.

In der Hauptsache wird Branntwein durch das freie Gewerbe in sogenannten „Eigenbrennereien" gewonnen, die man in landwirtschaftliche, gewerbliche und Obstbrennereien eingeteilt hat. Die Branntweinerzeugung ist durch das „Brennrecht" kontingentiert. Dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend, kann die Reichsmonopolverwaltung die für ein Betriebsjahr geltenden Brennrechtsmengen der Eigenbrennereien um bestimmte Anteile erhöhen oder kürzen. Stellt eine Brennerei mehr Branntwein her, als ihr nach ihrem Brennrecht zusteht, so unterliegt die Mehrproduktion besondern Steuerzuschlägen oder Preisabzügen, wodurch eine Mehrherstellung im allgemeinen unlohnend wird. Besondere Vergünstigungen genießen die sogenannten Klein- und Abfindungsbrennereien.

Der im deutschen Monopolgebiet hergestellte Branntwein ist grundsätzlich an die Monopolverwaltung abzuliefern. Ausnahmen bestehen hauptsächlich nur noch für Edelbranntweine (Spezialbranntweine aus Korn, Steinobst, Wein und Beeren).

Die Abnahme des ablieferungspflichtigen Branntweins aus Verschluß-(Eigen-, auch Monopol-)Brennereien und dessen Übernahme für Rechnung der Reichsmonopolverwaltung erfolgt durch zwei Beamte der Reichszollverwaltung nach bestimmten Vorschriften.

Die Preise für den abgelieferten Branntwein richten sich bei den verschiedenen Brennereien nach der Produktionshöhe, nach der Art des Branntweins und nach der erzeugenden Brennerei. Hervorzuheben ist, daß Branntwein, der in landwirtschaftlichen und Obstbrennereien hergestellt wurde, besondere Preisbegünstigungen genießt.

Das zu zahlende Branntwein-Übernahmegeld errechnet sich aus der bei der Abnahme durch die Zollbeamten festgestellten Weingeistmenge und dem Übernahmepreis. Der Übernahmepreis für Branntwein aus Eigenbrennereien besteht aus dem Grundpreis und aus Abzügen und Zuschlägen. Diese richten sich nach der Brennereiklasse, dem Brennrecht (oder der als im Brennrecht hergestellt geltenden Weingeistmenge), der Erzeugung, der Stärke des Branntweins, dem verarbeiteten Rohstoff, den besondern Verhältnissen der Brennereien (Gewinnung von Hefe oder Stoffen, deren Wert zu dem des Branntweins erheblich ist) und schließlich nach der Reinheit des Branntweins.

Der Grundpreis ist der Übernahmepreis für Branntwein aus einer landwirtschaftlichen Kartoffelbrennerei mittleren Umfanges, also einer Brennerei, die im Jahre über 400 bis 600 hl Weingeist im Brennrecht und in einer wahren Stärke von 80 Gewichtshundertteilen und darüber, indessen noch nicht von 93 Gewichtshundertteilen herstellt. Der Branntweingrundpreis wird so festgesetzt, daß er die durchschnittlichen Herstellungskosten eines Hektoliters Weingeist in diesen (gutgeleiteten) landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien deckt; hierbei wird davon ausgegangen, daß bei angemessener Verwertung der Kartoffeln die Schlempe dem Brennereibesitzer kostenlos überlassen wird.

H. Flohr, Hamburg-Harburg [3505]

Länderberichte

Lebensstandard in USA und in Deutschland

Die Arbeitsgemeinschaft für Auslands- und Kolonialtechnik (Akotech) erhielt von ihrem Mitarbeiter M. Kammerhoff (USA) eine Stellungnahme zur Frage des Lebensstandards in USA und in Deutschland, aus der wir den beigefügten Auszug veröffentlichen.

Je mehr ich Gelegenheit habe, deutsche Druckschriften zu studieren, desto stärker wird mein Eindruck, daß die internen Schwierigkeiten, mit denen Amerika seit acht Jahren zu kämpfen hat, in Deutschland stark unterschätzt werden. Das dürfte in erster Linie darauf zurückzuführen sein, daß die imponierenden Zahlen des Nationaleinkommens, die ohne nähere Prüfung auf einen hohen Nutzeffekt der nationalen Wirtschaft hinweisen, unrichtig beurteilt werden, ein Fehler, der nicht auf das Ausland beschränkt bleibt, sondern auch hierzulande nur allzu oft gemacht wird. Um mit möglichst wenig Zahlen auszukommen, sind in Zahlentafel 1 nur drei Jahre: 1913, 1929 und 1935 berücksichtigt. Das Jahr 1913 ist als „normal" im wirtschaftlichen Sinne als günstig zu betrachten. Im Gegensatz zu der allgemein geäußerten Ansicht, daß die folgenden Jahre bis 1929 als eine Zeit ausgesprochener „Prosperität" anzusehen sind, ergeben meine eigenen Berechnungen Verluste, die durch schnell zunehmende Verschuldung gekennzeichnet sind.

Als maßgebend für die Beurteilung der Ergebnisse der nationalen Wirtschaft sind m. E. die tatsächliche Kaufkraft und die Schuldenlast je Kopf der Bevölkerung in Rechnung zu stellen. 1913 stand einem Einkommen von 1536 RM eine innere Schuld von 1949 RM gegenüber. Im Jahre 1929 ist das Nationaleinkommen, verglichen mit 1913, ungewöhnlich gestiegen. In der Tat verleitet der höhere Buchwert auf den ersten Blick zur Annahme, daß die Ergebnisse des letzten Vorkriegsjahres wenig befriedigend waren. Wird jedoch die um 24 Mill. höhere Bevölkerungszahl berücksichtigt, so sinkt der Überschuß des Einkommens von 128 auf 82 %. Gehen wir einen Schritt weiter und vergleichen die Kaufkraft des Einkommens, so stellt sich die überraschende Tatsache heraus, daß von einem Mehrbetrag kaum noch die Rede sein kann. Das Einkommen war von 1536 RM je Kopf 1913 auf 1643 RM, das heißt nur um 7 % gestiegen. Gleichzeitig aber erhöhten sich die inneren Schulden je Kopf um 167 %.

Zahlentafel 1. Verhältnis zwischen Buchwert des Nationaleinkommens, der Kaufkraft und Schuldenlast je Kopf der Bevölkerung in USA

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
Jahr	Kennziffer der Lebenskosten [1]	Bevölkerung	Nationaleinkommen						Innere Schulden je Kopf [3]	
			Insgesamt Buchwert		je Kopf					
					Buchwert		Kaufkraft		Buchwert	
		Mill.	Mrd. RM [2]	Kennziffer	RM	Kennziffer	RM	Kennziffer	RM	Kennziffer
1913	100	97	149	100	1536	100	1536	100	1949	100
1929	171	121	340	228	2810	182	1643	107	5208	267
1935	156	127	222	149	1748	114	1120	73	8266	424

1) 1913 = 100.
2) 1 $ = 4,20 RM gerechnet.
3) Regierungs- und Privatschulden.

Wie aus der Zahlenreihe für das Jahr 1935 hervorgeht, gestalteten sich die Verhältnisse während der Depression, innerhalb von 6 Jahren, wesentlich ungünstiger. Die Kaufkraft je Kopf war, verglichen mit dem letzten Vorkriegsjahr, um 27 % gesunken, die Schuldenlast um 324 % auf 8266 RM gestiegen. Abschließende Zahlen für die folgenden Jahre liegen zur Zeit noch nicht vor, doch lassen alle bisherigen Nachrichten darauf schließen, daß die erhoffte Erholung bis heute noch nicht eingetreten ist.

Trotz der augenblicklich wenig ermutigenden Lage der Wirtschaft bin ich der Ansicht, daß zu einer pessimistischen Beurteilung kein Grund vorliegt. Die natürlichen Hilfsquellen des gewaltig großen, wenig bevölkerten Landes sind unerschöpft. Die maschinelle Ausrüstung von Industrie und Verkehrsmitteln ist mehr als ausreichend, um die Produktion weit über den 1929 erreichten Umfang hinaus zu steigern. An Geld fehlt es nicht. Die Goldreserve war nie größer als jetzt. Der Aufstieg zu besseren Zeiten kann und wird beginnen, sobald Kapital, Arbeit und die politischen Parteien zu der Einsicht kommen, daß mehr, nicht weniger individuelle Tätigkeit jedes einzelnen Erwerbstätigen nötig ist, um den Lebensstandard der Massen zu heben.

Im Gegensatz zu der allgemein vertretenen Ansicht, daß bei der heutigen Entwicklung der Maschine eine stark verkürzte Arbeitszeit wirtschaftlich nützlich und sozial wünschenswert ist, ergeben meine Berechnungen das Gegenteil. Nicht nur die übermäßig angewachsene Schuldenlast, sondern auch die um ein Vielfaches erhöhten Regierungsausgaben verlangen eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von etwa 60 Stunden, also eine Tätigkeit ähnlich der in den Jahren vor Kriegsanfang. Das Ergebnis des Jahres 1929 beweist, daß selbst ein bei durchschnittlich 50 Stunden Arbeitszeit je Woche erzieltes Nationaleinkommen zu gering war, um ein schnelles Ansteigen der Schuldenlast zu verhindern.

Jeder Versuch, die wöchentliche Arbeitszeit künstlich durch Einsetzen weiterer Maschinen auf 40 Stunden oder gar darunter zu beschränken, muß dazu führen, die Erzeugung noch mehr zu verteuern. Einmal steigt die an sich zu hohe Schuldenlast weiter, zweitens wird die Zahl arbeitsloser Erwerbstätiger erhöht und damit der Nutzeffekt der nationalen Wirtschaft verringert. Ist schon die Frage der Beschaffung von Geldmitteln zur Unterstützung Arbeitsloser außerordentlich ernst, so sind die durch Untätigkeit von Millionen arbeitsfähiger Leute entstehenden Gefahren in gesundheitlicher Beziehung fast noch mehr zu fürchten.

Die in der Landwirtschaft während der letzten 20 Jahre gesammelten Erfahrungen bestätigen, daß ein übereiltes Einführen von Maschinenkraft als Ersatz von Arbeitern und Pferden die Produktionskosten erhöhte und schließlich für Millionen von Farmern wirtschaftlichen Niedergang zur Folge hatte. Im Jahre 1913 bestellte der Farmer in USA seine Felder mit Hilfe von etwa 2,4 Mill. Lohnarbeitern und 20 Mill. Pferden. Traktoren als maschinelles Hilfsmittel waren fast unbekannt. Das Gesamteinkommen der Farmer stellte sich auf 6975 Mill. $. 1929 war die Zahl der Lohnarbeiter nicht geringer, die Zahl der Pferde um etwa

42 % auf 11 Mill. herabgesetzt. Dafür dienten als Ersatz rd. 900 000 Traktoren. Das Gesamteinkommen stellte sich, in der Kaufkraft von 1913 ausgedrückt, auf 6969 Mill. $, d. h. es war auf gleicher Höhe wie im letzten Vorkriegsjahr. Dagegen waren die Ausgaben für Menschen- + Maschinenkraft von 721 Mill. auf 2589 Mill. $ gestiegen, und zwar bei praktisch gleichbleibenden Ernten an Weizen und Baumwolle. Naturgemäß hatte in vielen Fällen der schnelle Wechsel von Pferde- zu Maschinenkraft ein starkes Verschulden der landwirtschaftlichen Betriebe zur Folge. Kein Wunder daher, daß bei sinkender Kaufkraft der Bevölkerung, bei abnehmendem Verbrauch an landwirtschaftlichen Erzeugnissen der Farmer mit verhältnismäßig kleinem Grundbesitz und unzureichendem Betriebskapital in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Zweifellos wäre ein hoher Anteil der heute verarmten Farmer vor wirtschaftlichem Niedergang bewahrt worden, wenn man beim Anschaffen von maschineller Ausrüstung mit mehr Vorsicht verfahren hätte.

Einen genauen Vergleich zwischen dem Lebensstandard in Amerika und in Deutschland kann ich nicht anstellen. Nach dem mir vorliegenden „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich" von 1935 stellte sich in Deutschland das Volkseinkommen je Kopf auf 766 RM im Jahre 1913 und auf 697 RM im Jahre 1935 (gleiche Kaufkraft wie 1913 angenommen). Danach müßte die Lebenshaltung nur etwa 10 % weniger gut sein als vor dem Kriege. Dagegen ergibt die Zahlentafel 1 für Amerika eine Verschlechterung des Lebensstandes von 1913 bis 1935 um 27 %! Dieser Vergleich läßt aber viele Fragen unbeantwortet. In erster Linie werden erhebliche Unterschiede in der Verteilung des Bruttoeinkommens zwischen Kapital und Arbeit bestehen. In Amerika schwankte der an Arbeit gezahlte Anteil zwischen etwa 60 und 70 %. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß der an Arbeit gehende Anteil hier das persönliche Einkommen des Multimillionärs bis herunter zum Tagelöhner enthält. Da die besitzende Klasse verhältnismäßig viel verdient, sinkt das durchschnittliche Einkommen des ungelernten Arbeiters sehr weit unter den Durchschnitt des Bruttoeinkommens. Außerdem lassen die neuesten Nachrichten aus Deutschland darauf schließen, daß das Einkommen 1936 und 1937 nicht unbeträchtlich gestiegen ist.

M. Kammerhoff, Haddon Heights, New Jersey, USA [3526]

Die rumänische Petroleumindustrie

Auszug aus einem Aufsatz von Cesar Popescu, Industriedirektor im Ministerium für Handel und Industrie, den dieser in der Festnummer des rumänischen Wirtschaftsblattes „Prezentul" über die Entwicklung der rumänischen Petroleumindustrie in den letzten Nachkriegsjahren veröffentlichte.

Die rumänische Petroleumindustrie hatte im Jahre 1936 mit 8,7 Mill. t Gesamterzeugung ihre Leistungsspitze erreicht. Sie stand damit in der Reihe der petroleumreichen Länder an fünfter Stelle (nach USA, Rußland, Venezuela und Iran) und war an der Welterzeugung im Jahre 1935 mit 3,7 %, 1936 mit 3,5 % und 1937 mit 2,6 % beteiligt.

Die namhaftesten Petroleumgebiete Großrumäniens, im Altreich gelegen, gehören den Bezirken Prahova (Ploeschti), Dâmboviţa, Buzău und Bacău an. Professor *G. Macovei*, der Leiter der rumänischen geologischen Anstalt, gibt die Gesamtfläche der sicheren und wahrscheinlichen Petroleumgebiete Ende 1935 mit 9500 ha an, wobei er die Ergiebigkeit auf 10 000 t/ha schätzt.

Außer diesen Gebieten verfügt Rumänien noch über bedeutende „wahrscheinliche" Reservegebiete in Muntenien, in der Moldau und in der Bukowina mit etwa 20 000 ha Gesamtausdehnung, denen *Macovei* die Gesamtergiebigkeit (5000 t/ha) von 100 Mill. t beimißt, eine Menge, die in Rumänien seit dem eigentlichen Beginn der Petroleumausbeutung bis zur Gegenwart gewonnen wurde. Die theoretischen und praktischen Vorarbeiten, diese Reserven mit den modernsten Mitteln anzugreifen, sind in vollem Gange.

Die Senkung der Petroleumweltmarktpreise hatte auch auf Rumänien übergegriffen. Erst die Preiserholung der letzten zwei Jahre vermochte die Lage zu ändern. So kam es, daß die Petroleumerzeugung des Jahres 1937 mit 7,2 Mill. t den Gesamtwert von 8151 Mill. Lei ergab, während die Erzeugung 1930 mit 5,7 Mill. t einen Wert von 5212 Mill. Lei hatte.

Im letzten Jahre erzielten die Petroleumgesellschaften eine Mittelergiebigkeit von 18,3 t je Meter Bohrtiefe. Im Jahre 1936 wurden 365 800, 1937: 390 000 m gebohrt.

Fremdes Kapital, Schulter an Schulter mit dem einheimischen, hatte an der Entwicklung der rumänischen Petroleumindustrie in bedeutenden Anlagen zur Verarbeitung und Raffinierung des Rohpetroleums beigetragen. Die bedeutendsten Gesellschaften sind: Astra Romana, Steaua Romana, Romano-Americana, Concordia, Creditul Minier, Petrol-Block, Columbia, Unirea, Redeventa u. a. Sie verfügten Ende 1937 über ein Gesamtkapital von 8 Mrd. Lei, davon waren etwa 80 % aus dem Ausland. Der Wert der technischen Anlagen erreichte Ende 1937 die Summe von 13 Mrd. Lei.

Die Erzeugung von Rohpetroleum im Jahre 1937 entfiel zu 70 % auf fremdes, zu 15,5 % auf gemischtes, zu 14,5 % auf rein rumänisches Kapital.

Zahlentafel 1. Die Erzeugung von Petroleumderivaten 1928 und 1937 (in 1000 t)

	1928	1937
Leicht- u. Automobilbenzin	492	1600
Schwerbenzin	277	302
Lampenpetroleum	824	1127
Motorenöl	425	1009
Mineralöl	99	58
Teer	1410	2555
Asphalt	12	64
Paraffin	6	9

Zahlentafel 2. Die wichtigsten rumänischen Ausfuhrgüter (in 1000 t)

Ware	1932	1934	1935	1936	1937
Petroleum	7206	7215	8661	8961	12 790
Getreide	5730	2381	3286	6841	10 192
Holz	1232	1470	1458	1685	2 820
Tiere	1202	629	949	1083	1 331
Verschiedenes	1352	1961	2402	3133	4 349

Zahlentafel 3. Rumäniens Petroleumausfuhr 1937 (nach Ländern mit über 100 000 t Abnahme)

Land	t	Land	t
Frankreich	603 868	Ägypten	278 884
England	580 182	Griechenland	249 244
Italien	575 800	Spanien	229 351
Deutschland	435 281	Jugoslawien	164 658
Tschechoslowakei	354 131	Algier	163 836
Malta	319 084	Schweden	144 228
Ungarn	281 411	Schweiz	103 083

Zahlentafel 2 veranschaulicht uns deutlich die Entwicklung der rumänischen Ausfuhr und die Bedeutung des Petroleums in dieser.

In der Petroleumausfuhr nimmt Rumänien nach Venezuela, USA und Iran die vierte Stelle in der Welt ein.

Der Eigenbedarf an Petroleumerzeugnissen folgt dem Aufstieg von Erzeugung und Ausfuhr: er stieg für die Gesamtheit der Petroleumerzeugnisse von 760 000 t im Jahre 1923 auf 1,6 Mill. t 1937; für Benzin von 88 000 auf 132 000 t, für Leuchtpetroleum von 97 000 auf 174 000: für Mineralöle, Motoröle, Paraffin, Koks und Asphalt von 118 000 auf 212 000; für Teer von 463 000 auf 1,1 Mill. t.

Der rumänische Staat erhielt an Gebühren für den Inland-Petroleumverbrauch folgende Summen:

Haushaltsjahr 1935/1936: 1441 Mill. Lei
1936/1937: 1536 Mill. Lei
1937/1938: 1630 Mill. Lei

Hierzu kommen noch Gebühren für die Petroleumausfuhr, den Eisenbahntransport und die staatlichen Petroleumleitungen und schließlich noch die Redevenzgebühren, die in natura erhoben werden, und die von 3601 Waggons (zu 10 t) im Jahre 1921 auf 760 181 Waggons im Jahre 1936 angestiegen sind.

Diese Redevenzrechte, die dem Staat als Besitzer von Petroleumfeldern auf Grund des geltenden Grubengesetzes zukom-

men, werden erhöht noch durch eine Proportionalsteuer von 3 % nach dem erzeugten Rohpetroleum, die zugleich mit den Redevenzgebühren in natura erhoben werden.

Rumänien ist auch reich an Naturgasen, die das Problem der Energieerzeugung mächtig beeinflussen. Es sind dies Methangas und Sondengas, das gleichzeitig mit dem Rohpetroleum gewonnen wird. Die Methanquellen befinden sich meist in Nordsiebenbürgen. Die Methanerzeugung betrug im Jahre 1936: 214 Mill. m^3.

Methangas und Sondengas eignen sich der leichten und reinen Handhabung wegen sehr zu Heizzwecken in Hauswirtschaft und Industrie. Die Erzeugung von Sondengas ist von 1,9 m^3 im Jahre 1929 auf 2,8 Mill. m^3 im Jahre 1937 gestiegen.

Ing. *O. Bodascher* [3509]

SCHRIFTTUM

Wirtschaftswissenschaft und -politik

Grundzüge der deutschen Volks- und Wehrwirtschaft. Von *Heinrich Hunke*. Berlin 1938, Haude & Spenersche Buchhandlung. 96 S. Preis 2,80 RM.

Der Verfasser bezweckt mit seiner Schrift, das Wesen und die Grundsätze nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik anschaulich und leicht faßlich darzustellen. Er verwahrt sich selbst gegen die Annahme, es handle sich hierbei um neue Gedanken. Es soll eine Zusammenfassung sein.

Wenn auch die Wehrwirtschaft im engeren Sinne nur in einem kurzen Schlußkapitel behandelt wird, so erkennt der Leser — und darauf kommt es *Hunke* vor allem an — daß eine Wirtschaft, die den Namen „Volks"-Wirtschaft mit Recht führen will, eben auch eine „Wehr"-Wirtschaft sein muß. Der Begriff des Volkes umfaßt das Merkmal des Sichwehrens. Über allem steht die Freiheit der Nation, und die Wirtschaft hat sich so auszurichten, daß sie diese fördert, im Krieg wie im Frieden.

Darauf läuft die Abhandlung hinaus. Sie enthält im übrigen eine Fülle sehr treffend formulierter Sätze über die wirtschaftlichen Aufgaben des deutschen Volkes, über Marktordnung und Wettbewerb, über die Verantwortung des Betriebsführers, über den Staat als Unternehmer, über die Einstellung der Partei zum Eigentum.

Wer sich über alle diese so wichtigen Fragen unterrichten will, ohne sich durch eine umfangreiche wissenschaftliche Abhandlung hindurcharbeiten zu müssen, dem sei das Buch von *Hunke*, das auf 96 Seiten das Wesentliche in geordnetem Zusamenhang bringt, empfohlen. *Ko.* [3583]

Handbuch des Aufbaus der gewerblichen Wirtschaft. Band III: Reichswirtschaftskammer, Wirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern. Herausgegeben von *Hermann Teschemacher*. Bearb. von *H. Franke*. Leipzig 1937, Lühe & Co. 461 S. mit Bildern. Preis 15,60 RM.

Nachdem Bd. I und II den fachlichen Aufbau gezeigt haben [1]), behandelt der vorliegende Bd. III erstmalig den bezirklichen Aufbau der Organisation der gewerblichen Wirtschaft in seiner Gesamtheit: Reichswirtschaftskammer, Wirtschaftskammern, Industrie- und Handelskammern. Der überaus reichhaltige Stoff ist in der Hauptsache aus den eigenen Angaben der behandelten Gliederungen zusammengestellt. Es erleichtert den Überblick, wenn die einzelnen Abschnitte den Stoff in der gleichen Art aufteilen. So erhält man Auskunft über Wesen, Aufgaben und praktische Tätigkeit aller Gliederungen. Bei der Würdigung der Stellung und der Aufgaben der Reichswirtschaftskammer sind darüber hinaus die organisationsrechtlichen Merkmale des einheitlichen Wirtschaftsausbaues herausgearbeitet worden. Im Zusammenhang mit der Reichswirtschaftskammer finden wir ferner diejenigen Organisationen behandelt, die organisatorisch oder in ihrem Tätigkeitsbereich mit der Spitzenorganisation der gewerblichen Wirtschaft verbunden sind. Ein Schrifttumverzeichnis ist dem stattlichen Band nachgestellt. Mit besonderer Sorgfalt sind hier rd. 90 Quellen angeführt, eine wertvolle Zusammenstellung über alle bearbeiteten Gebiete, die man bisher vermissen mußte. *B. Löbmann VDI* [3578]

1) Vgl. Techn. u. Wirtsch. Jg. 29 (1936) S. 219.

Industrielles Rechnungswesen

Handbuch der Plankostenrechnung. Von *Eduard Michel*. Berlin 1937, Otto Elsner Verlagsgesellschaft. 355 S. mit 54 Tafeln, Vordrucken und graphischen Darstellungen. Preis 24 RM.

In acht Hauptabschnitten stellt *Michel* — nach einer kurzen Einleitung über die geschichtliche Entwicklung der Plankostenrechnung — sein „Handbuch" zusammen. Im ersten Abschnitt „Wirken und Planen" werden Zwecke und Ziele sowie Mittel und Wege der Planung behandelt. Es folgen im zweiten Abschnitt „Prüfstein echter Wirtschaftlichkeit" Ausführungen über die Vergleichbarkeit der natürlichen Aufwände oder Kosten sowie die beeinflußbaren Kräfte, im dritten „Die natürlichen Aufwände" Grundsätze der Stellen- und Artenbildung, im vierten „Die Aufwandsplanung" Vorplanung der Arten und Änderungsschlüssel, im fünften „Die Günstigkeitsrechnung" günstigste Leistung, Beschäftigung und Kostengestaltung, im sechsten „Der Wirtschaftserfolg" Betriebserfolg auf Plankostenbasis, kaufmännische Belange, im siebenten „Praxis und Theorie" Durchführung der Plankostenrechnung, vereinfachte Aufwands- und Kostenanalysen. Im achten und letzten Abschnitt „Schlußwort" werden die Wirtschaft und Gemeinschaft im Spiegel der Plankostenrechnung betrachtet und die gewonnenen Ergebnisse in kurzen Auszügen zusammengefaßt. In einem Anhang ist ein Schriftennachweis und Sachverzeichnis beigegeben.

Handbuch der Plankostenrechnung hat *Michel* seine Arbeit genannt. Warum, ist aus dem Werke selbst nicht zu ersehen. Denn obwohl *Michel* so manches Gedankengut aus der betriebstechnischen und betriebswirtschaftlichen Fachwelt des In- und Auslandes mit und ohne Zitierung der betreffenden Urheber fleißig zusammengetragen hat, so ist doch das ganze Buch offenbar vor allen Dingen aus der praktischen Arbeit des Verfassers in den Betrieben einer ganzen Reihe von Wirtschaftsgruppen entstanden. Ein Handbuch im ureigenen Sinne des Wortes ist das Werk somit nicht, wohl aber kann man es als *Michels* Handbuch für *Michels* Plankostenrechnung bezeichnen.

In dieser Vorbemerkung soll keinerlei Werturteil liegen. Sie soll nur dem, der sich praktisch oder theoretisch mit diesen Dingen befaßt, sagen, was er bei dem Studium des Buches zu erwarten hat.

Michel trat — die Spuren hiervon sind auch in seinem neuen Buch überall deutlich erkennbar — ursprünglich an das betriebliche Rechnungswesen wie die meisten Ingenieure von der Seite des eigentlichen Betriebsmannes heran und damit unter Voraussetzungen, die es verdienen, einmal ganz allgemein näher umrissen zu werden. Worauf kam es denn einem solchen Betriebsmann bei allen derartigen Bestrebungen an? Zunächst wollte er sich an Hand von Arbeits- und Kostenermittlungen über die Leistung und Wirtschaftlichkeit „seines" Betriebes oder „seiner" Betriebsabteilung Rechenschaft ablegen. Sodann war er bestrebt, sich auch für die Entscheidungen und Maßnahmen seiner zukünftigen Arbeit die erforderlichen Unterlagen zu besorgen. Er tat das — und muß dies in der gleichen Weise vielfach auch heute noch tun — so gut er es konnte, bzw. soweit das betreffende Zahlenmaterial für ihn erreichbar war. Daß das alles lückenhaft war und manchmal nicht im Zusammenhang stand, auch nicht mit Bilanz und Buchhaltung abgestimmt wurde, dafür konnte er nichts. Er wußte es meistens und mußte sich eben mit diesen für ihn offenbar unabänderlichen Voraussetzungen abfinden.

Auf Grund der erhaltbaren Zahlen wurden dann Überwachungen und Planungen eingerichtet. Genau war das nicht, ihm mußte es jedoch genügen. Denn an die Bilanz- und Buchhaltungszahlen ließ man ihn nicht heran. Sicherlich, er war kein Buchhalter und verstand nicht viel von Bilanzen. Aber er war gewillt, sich in die ihm zunächst fremde Materie hineinzuarbeiten. Da es ihm vielfach an der praktischen Möglichkeit hierzu fehlte, griff er auf das Schrifttum zurück, um bald darauf wiederum vor dem ihm hier entgegentretenden Wirr-

warr der Lehrmeinungen und Rechnungsformen in die zwar rauhe, aber klare Welt seines inneren Betriebes zu flüchten. Nur wenige nahmen den Kampf um die geistige Durchdringung und praktische Erprobung auch auf den ihnen zunächst ferner liegenden Gebieten des Rechnungswesens, wie z. B. der Bilanz und Buchhaltung, auf. Noch wenigere versuchten, der Wesensart des Ingenieurs entsprechend, hier in Praxis und Theorie bis zum letzten durchzudringen.

So kommt es, daß wir zwar von der Betriebsseite hereine ganze Reihe bemerkenswerter Fortschritte auf dem Gebiete der Leistungs- und Kostenermittlungen haben. Da jedoch, wo die Ermittlungen die andern Gebiete der Wirtschaftsrechnung berühren, finden sehr bald die eigenen Errungenschaften zumeist ihre Grenzen. An ihre Stelle tritt Fremdes, leider meistens durchaus Wesensfremdes, das sich nur zu oft mit der Welt des Betriebsmannes nicht vereinbaren läßt.

Diese eigentümliche Erscheinung, auf die ich schon des öfteren hingewiesen habe, wurde noch dadurch besonders begünstigt, daß der von der kaufmännischen Seite her kommende Betriebswirtschafter vielfach zwar etwas von Buchhaltung und Bilanz, von Kostenrechnung usw. verstand, sehr selten jedoch etwas von den inneren Betriebsvorgängen. Die jedoch muß man sowohl nach der Leistungs- als auch nach der Kostenseite hin erfassen können, wenn man überwachen oder Statistik treiben, kalkulieren oder planen will.

Michel ist wie gesagt von der Seite des inneren Betriebes, insbesondere von der der Arbeitsvorbereitung und Arbeitsüberwachung an die von ihm in seinem Handbuche behandelten Probleme herangetreten. Der Schwerpunkt seiner Arbeit liegt in der Erfassung und Organisierung der inneren Betriebsvorgänge. Überall dort, wo die Arbeit über diesen Bereich hinausgeht, tritt deutlich ein starkes Bedürfnis nach Anlehnung auf. Hierbei stützt auch *Michel* sich bedauerlicherweise auf die zwar überkommenen, jedoch überholten Formen des Rechnungswesens, anstatt in eigener unbeirrter Denk- und Forscherarbeit die praktisch geeigneten und theoretisch richtigen Wege zu suchen.

Michel ist Geschäftsmann und Routinier, kein Pionier und wissenschaftlich geschulter Denker, ebenso wie er Betriebstechniker und kein Betriebswirtschafter ist. An den Auswirkungen dieser Eigenarten darf sich der Leser nicht stoßen. Das Buch will von der Arbeit *Michels* sprechen, und zwar in Ausdrucksformen und Gedankengängen, so, wie eben *Michel* in seiner Arbeit zu den von ihm Betreuten spricht. Infolgedessen will das Buch offenbar auch weder ganz allgemein das Wesen und den Sinn der Plankostenrechnung ergründen, noch die hier vorkommenden Wege und Formen ihrem Ursprung und Zwecke nach aufdecken. Es will vielmehr für die berufliche Arbeit von *Michel* werben, in diesem oder jenem Punkte hierbei Anleitungen geben, kurzum ein „Handbuch" für die Einführung der Plankostenrechnung sein, so wie *Michel* sie sieht und in seiner beruflichen Praxis verwendet.

Zu dem, was *Michel* ausführt, ließe sich sehr vieles sagen. Aus Raummangel muß ich mich hier auf einige wenige Bemerkungen beschränken.

Zunächst ein Beispiel aus der Begriffswelt von *Michel*, und zwar etwas zu dem von ihm gewählten Aufwands- und Kostenbegriff. Zu den „Aufwänden" rechnet *Michel* (S. 24 oben) allen „Güterverzehr", der zeitlich regelmäßig anfällt. Im Gegensatz hierzu versteht er unter „Kosten" „Wertteile", z. B. die der Halb- und Fertigerzeugnisse, deren zeitlicher Anfall nicht geregelt ist, und die nicht wertvermindernd, sondern wertvermehrend auftreten. (Danach wären Abfälle o. dgl. also keine Kosten!) Im Zuge dieser Begriffsdeutung spricht *Michel* von Aufwandsstellen, wo man üblicherweise von Kostenstellen spricht, von Aufwandsmann, worunter er offenbar den Betriebsmann versteht, u. a. m.

An der begrifflichen Auslegung ist zunächst zu bemängeln, daß sie weder dem natürlichen Gefühl noch der praktischen Gewohnheit entspricht. Hinzu kommt, daß sie zum mindesten in der von *Michel* gewählten Fassung unlogisch ist. Unter „Kosten" versteht *Michel* offenbar nur Stück- oder „Träger"-Kosten, d. h. Kosten, die bei der Erstellung einer bestimmten Leistung anfallen. Der Zusatz „Wertteile, deren zeitlicher Anfall nicht geregelt ist", soll wohl bedeuten, daß die sogenannten Zeitkosten (im Schmalenbachschen Sinne) keine Kosten sind. Trotzdem muß man feststellen, daß auch bei *Michel* derartige Zeitkosten letzten Endes als Kosten in den Gemeinkostenzuschlägen (S. 71) erscheinen und auch bei allen Plankosten-Aufstellungen Plankosten, d. h. also stellengebundene „Kosten" und nicht „Aufwände" sind.

Auf der andern Seite ist es unhaltbar, unter „Kosten" nur Stück- oder Trägerkosten zu verstehen. Auch eine Stelle oder Abteilung „kostet", ganz gleich ob die Kosten nun von der Zeit, einer Leistung o. dgl. abhängig sind, ob sie „regelmäßig" anfallen oder nicht (auch von der Zeit abhängige Kosten können übrigens unregelmäßig sein; demgegenüber können wiederum von der Leistung abhängige Kosten ebensogut regelmäßig auftreten).

Wenn man die Begriffe Aufwendungen und Kosten richtig deuten will, so sollte man sich zuvor folgendes sagen: Ich wende etwas auf (Ich-Es-Beziehung), aber etwas kostet mich soundso viel (Es-Mich-Beziehung). Das „Es" im Kostenbegriff muß nun nicht etwa nur eine Leistung darstellen. Es kann genau so gut sich auf den Unterhalt, die Erhaltung eines Daseins, z. B. einer Person, Maschine, Stelle usw. beziehen. Kosten sind daher immer „Es"-gebundene Zweckaufwendungen, ganz gleich ob diese nun unmittelbar oder mittelbar, früher oder später erfolgen. Aufwand selbst aber ist stets „Ich" gebundener Mitteleinsatz, d. h. der Einsatz der eigenen und fremden Mittel, die jemandem für den Eigenbereich seines Unternehmens, seiner Firma usw. zur Verfügung stehen. Aufwand muß daher letzten Endes in diesem Zusammenhang immer ein Kapitalaufwand sein. Hierher gehören z. B. die Einkäufe von Rohstoffen usw., die Löhne und Gehälter, die Steuern o. dgl. in dem Augenblicke, wo sie das Kapital einer Firma in Anspruch nehmen. Wie, wo und wann die Aufwendungen „Es"-gebundene Zweckaufwendungen, d. h. also Kosten, werden, ist eine Frage, die in einer ganz andern Bezugsebene zu beantworten ist. Infolgedessen kennt die Geschäftsbuchhaltung (vgl. das Aktienrecht) nur Aufwendungen, während die Betriebsrechnung, Statistik, Kalkulation und Planung in erster Linie mit Kosten arbeitet.

Die von *Michel* gewählte unklare und unlogische Begriffsbildung läßt sich — das erweisen *Michels* weitere Ausführungen selbst — auch praktisch nicht halten. Sie erschwert nur das, was er auseinandersetzen will (vgl. z. B. die Abb. 36 auf S. 191, in der die Ableitung von Kostenteilen einer Hilfsstelle kenntlich gemacht werden soll, sobald ein „Wertevermehr" auftritt). Die Folge davon ist, daß die Begriffe von *Michel* selbst vermengt gebraucht werden, was keinesfalls für die Klärung der von *Michel* behandelten Probleme förderlich ist.

Wenn jemand glaubt, sich an dem Worte „Kosten"-Stelle stoßen zu müssen, weil man den Stellenbegriff auch bei der Leistungserfassung o. dgl. gebraucht, so empfehle ich, von Arbeitsstelle zu reden. Das Wort ist nicht nur schön, sondern auch treffend. Gefällt auch das nicht, so kann man von Stelle schlechthin oder von Betriebsstelle sprechen.

Sodann ein Beispiel aus der Erfolgsermittlung von *Michel* auf Plankostenbasis. *Michel* stellt nicht nur seine Planung, sondern vor allem auch seine darauf aufbauende Erfolgsermittlung vor allem auf die Betonung des Beschäftigungsgrades ab. Bei „günstigstem Leistungsumfang, günstigstem Beschäftigungsgrad und günstigstem Kostenanfall (Aufwände nach *Michel*)" werden die Plankosten — artlich gegliedert — zunächst als „Optimal — Soll" an Hand von „Mengen-Vorplänen" (S. 98 ff.) für jede Stelle ermittelt. Sodann werden in „Aufwands-Bewegungsplänen" (S. 140 ff.) — wiederum artlich gegliedert — für jede Stelle und 26 verschiedene Beschäftigungsgrade die „nach Beschäftigungsgrad abgestuften Plankosten" errechnet. Fällt nun in einer Stelle ein bestimmtes „Ist" an Kosten (nach *Michel* Aufwände) an, so stellt *Michel* zunächst das optimale Soll dem Soll des Beschäftigungsgrades zwecks Ermittlung der „Beschäftigungsabweichung" gegenüber. Aus dem Unterschied des Soll des Beschäftigungsgrades und des „Ist" erhält *Michel* dann das, was er „Verbrauchsabweichung" nennt.

Eine derartige Aufsplitterung des internen Betriebserfolges mag für einmalige Untersuchungsarbeiten oder zur Demonstrierung der Theorie von den festen und veränderlichen Kosten lehr- und aufschlußreich sein. Als laufende Ermittlung ist sie jedoch nicht nur unwirtschaftlich, sondern, weil viel zu kompliziert, auch unzweckmäßig. Hinzu kommt, daß derartige von Annahmen strotzende Rechnungen nur einen sehr problematischen Wert besitzen, der sie m. E. letzten Endes zur Spielerei werden läßt. Eins ist jedenfalls sicher, von Bestand sind derartige überspitzte Rechnungsformen in

der Praxis nicht. Für die Lenkung und Überwachung eines Betriebes auf Planungsgrundlage müssen und können einfachere, klarere und billigere Formen und Wege gefunden werden.

Zum Schlusse weise ich nochmals auf das hin, was ich schon so oft in dieser Zeitschrift betont habe. Der Leiter einer Abteilung oder Stelle kann nur in geringem Umfange für den Kostenanfall als solchen in seinem Bereiche verantwortlich gemacht werden. Die „Sätze" sind ihm meist vorgeschrieben. Auch die Beeinflussung des mengenmäßigen Verbrauches liegt nur sehr bedingt in seiner Hand. Was er aber vermag, und wofür er daher verantwortlich zu machen ist, das ist die mengen- und gütemäßige Leistung seiner Abteilung. Sie beeinflußt nicht zuletzt maßgebend den Soll- und Istkostensatz. Sie ist daher auch für den nur in Kosten Denkenden von Bedeutung.

Den Einfluß gerade der Leistung, der mindestens ebenso wichtig wie der der Beschäftigung und des Verbrauches ist, vernachlässigt *Michel* befremdlicherweise bei seinen Erörterungen ganz. Vielleicht kommt das daher, weil *Michel* irrigerweise die Beschäftigung (S. 140 ff.) nicht an der zeitlichen Beanspruchung einer Person oder Stelle, sondern an den von ihnen herausgebrachten Liefermengen mißt. Beschäftigungs- und Leistungseinflüsse werden von *Michel* also unter dem Begriffe Beschäftigung vermengt, was nicht nur logisch unrichtig, sondern auch praktisch ungerecht ist. Leistung ist das, was eine Person oder Stelle in einer bestimmten Zeit bzw. Zeiteinheit vollbringt. Beschäftigung jedoch ist die Beanspruchungsdauer, Beschäftigungsgrad ihr Verhältnis zur insgesamt verfügbaren Zeit. Die aber wird am besten auf die Normalzeit bei Einschichtenbetrieb bezogen, weil man aus den sich daraus ergebenden Verhältniszahlen den Beschäftigungsgrad in bezug auf den Einschichtenbetrieb erkennt.

Vielleicht kommt diese Verkennung der Leistungseinflüsse auch daher, daß *Michel* seine Erfolgsermittlung im Betriebe nicht auf den gelieferten oder geleisteten Ist-Mengen, bewertet zu den jeweiligen Kalkulationsansätzen, aufbaut, sondern auf optimalen oder gradweise gestuften „Beschäftigungsaufwendungen". *Michel* folgt damit getreu den „Nachrechnern", die die nachgerechneten Kosten und nicht die gelieferten oder geleisteten Mengen — bewertet, wie gesagt zu Kalkulationssätzen — als Ertrag und Kostendeckung des inneren Betriebes ansetzen. Die Folge davon ist, daß der Zusammenhang derartiger Teilrechnungen mit der tatsächlichen Wertbildung eines Betriebes verlorengeht. Man muß sich daher mit unnatürlichen „Verrechnungskonten" behelfen, anstatt durch kalkulationsgemäße Verrechnungspreise die Stufung der wirklichen Wertbildung an Hand ihres mengenmäßigen Verlaufes erfaßbar zu machen.

Vielleicht liegt diese so befremdende Entthronung des m. M. n. bestimmenden Einflusses der Leistung auf jede Erfolgserzielung auch daran, daß *Michel* die Auswirkungen der Leistungssteigerung auf die Preisbildung und Umsatzentwicklung nicht genügend beachtet, kurzum die Bedeutung der Leistung nicht im Zusammenhang sieht. Freilich von Leistung ist an vielen Stellen des Buches die Rede. Nur was Leistung wirklich ist, erkennt man, wie bereits erwähnt, aus der Verwendung des Wortes meist nicht.

Es ist verständlich, daß eine derartige unklare und z. T. unrichtige Gedankenführung und Rechnungsgestaltung das, was *Michel* offenbar erstrebt, naturgemäß stark beeinträchtigen muß. Leider werden dadurch, namentlich für den in dieser Beziehung anspruchsvolleren Leser, nicht selten auch die zahlreichen, in *Michels* Handbuch gegebenen praktischen Winke und Zahlen verdeckt.

Vor mir liegt eines der zahlreichen Werbeschreiben, mit denen der beratende Ingenieur *Eduard Michel* als Michel-Institut an die deutschen Wirtschaftsbetriebe herantritt. Was fehlt in Ihrem Betrieb? Veredelter Leistungslohn (Zeitakkord)? Arbeitsvorbereitung (Zentrale Auftragssteuerung)? Gemeinkostenkontrolle (Budgetrechnung)? Festpreisrechnung (Plankostenrechnung)? Das etwa ist das Programm. Das ist etwa auch das, was das Handbuch für Plankostenrechnung dem Leser darbietet. Doch was bedeuten im Grunde genommen solche ja nur aus der Gesamtaufgabe und damit dem Gesamtzusammenhang herausgerissenen und schlagwortartig herausgestellten Begriffe? Vielleicht eine Augenblickswerbung, die Aufträge bringt, wobei ich hier unerörtert sein lassen will, ob und inwieweit sich eine derartige Werbung mit der Stellung eines Wirtschaftstreuhänders oder beratenden Ingenieurs vereinigen läßt. Wirklich zu lösen jedoch ist durch eine solche, auch in *Michels* Handbuch immer wieder festzustellende bruchstückartige Aneinanderreihung von vielleicht im Augenblick modern und daher interessant erscheinenden Teilausschnitten die gestellte Aufgabe nicht. Wer, wie *Michel*, die Führung beraten und das Ganze gestalten will, der muß vor allem in die Zusammenhänge des Ganzen und die Wechselwirkungen seiner Gruppen eindringen, und zwar gefühlsmäßig und gedanklich eindringen, muß nicht nur Erfahrung, sondern auch Erkenntnis gewinnen, um Kenntnis und Geschick vermitteln zu können.

In *Michels* Handbuch spiegelt sich für den Kundigen die ganze Problematik unserer heutigen Zeit im Bereiche des betrieblichen Rechnungswesens wider. An vielen Stellen sind bemerkenswerte Ansätze zu neuen Formen und Wegen der Rechnung zu spüren. Wir hoffen und wünschen, daß sich von hier aus das Neue, das wir alle erstreben, entwickeln läßt. Möge in diesem Sinne auch das neue Werk *Michels* einen Schritt weiter auf dem Wege zur Klärung bedeuten!

Bredt [3594]

Leistungssteigerung und Kostensenkung durch geordnetes Rechnungswesen. Mit Beiträgen von *Kalveram, Beck, Eichenauer, C. Ruberg* und *W. Lorch.* Berlin 1938, Deutscher Betriebswirte-Verlag. 48 S. Preis 3,85 RM.

Das Buch umfaßt fünf Vorträge, die auf dem 3. Betriebswirtschafter-Tag in Berlin (27.—30. April 1938) über die künftige Gestaltung des Rechnungswesens gehalten worden sind.

Im ersten Vortrag „Betriebsbeobachtung durch geordnetes Rechnungswesen" behandelt *Kalveram* in der ihm eigenen feinsinnigen und verständnisvollen Weise die Grenzen und Möglichkeiten der betrieblichen Rechnung und insbesondere der z. Z. im Gange befindlichen Vereinheitlichungsbestrebungen. „Wer eine schablonenhafte Vereinheitlichung erstrebt, wer seinen Kopf mit Rezepten und Formeln derart angefüllt hat, daß der gesunde Menschenverstand darin keinen Platz mehr findet, wer vom unternehmerischen Geist keinen Hauch verspürt, der ist hier nicht am Platze." „Die Betriebswirtschaftslehre hat in dieser Periode, in der uns die Aufgabe anvertraut ist, Ordnungsmäßigkeit und Einheitlichkeit des Rechnungswesens aller Betriebe herbeizuführen, eine ganz große Chance, aber auch eine hohe Verantwortung." Diese und andere Sätze entsprechen vollauf unserer Meinung.

Es folgen „Richtlinien für Buchhaltung und Bilanz, praktische Erfahrungen mit Normalkontenplänen", in denen *Beck* aus der Arbeit der Papierindustrie berichtet. Der Bericht bestärkt uns in unserer Ansicht, die wir auf Grund des inzwischen veröffentlichten „Normalkontenplanes für die Wirtschaftsgruppe der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Erzeugung" gewonnen haben. Die *Schmalenbach*-Richtung ist hier in die Extreme gegangen. Ob den Betrieben und Gruppen der Papierindustrie mit diesen Überspitzungen gedient ist, wird abzuwarten sein. Anderseits hoffen wir, daß sich die andern Gruppen der gewerblichen Wirtschaft den „Muster-Kontenrahmen bzw. -Kontenplan der Papierindustrie" hinsichtlich der erstklassigen Drucklegung zum Muster nehmen.

Im Rahmen der durch den Kontenplan der Papierindustrie bedingten Ausführungen enthält der Bericht von *Beck* eine Reihe von bemerkenswerten praktischen Hinweisen.

„Richtlinien für die Selbstkostenrechnung" ist der dritte Vortrag von *Eichenauer* benannt. Der Inhalt enttäuscht. Es fehlt der einheitlich durchdachte Aufbau in der Kostengliederung. Wir sind der Meinung, daß diese Ausführungen keineswegs die Bezeichnung von Richtlinien eines Betriebswirtschaftertages rechtfertigen.

Im Anschluß hieran berichtet *Ruberg* über „Grundsätze der betrieblichen Statistik" (Vergleichsrechnung). Der Beitrag ist theoretisch interessant, praktisch bietet er wenig.

Den Abschluß bildet *Lorch* mit einem Vortrag über „Betriebliche Planung und Vorschaurechnung". Nächst dem ersten Beitrage von *Kalveram* ist dieser Bericht der beste der ganzen Reihe. Hier ist ehrliches Ringen um Erkenntnis und der Wille zur praktischen Erprobung zu spüren. Wir hätten unserer jungen Betriebswirtschaft ge-

wünscht, daß auch die andern auf dem Betriebswirtschaftertag gehaltenen Vorträge etwas mehr den Geist des ersten oder letzten Beitrages geatmet hätten. „Die Betriebswirtschaftslehre hat in dieser Periode, in der uns die Aufgabe anvertraut ist, Ordnungsmäßigkeit und Einheitlichkeit des Rechnungswesens aller Betriebe herbeizuführen, eine ganz große Chance, aber auch eine hohe Verantwortung." So sagt *Kalveram*. Hoffen wir, daß der nächste Betriebswirtschaftertag die Fortschritte zeigt, die auf dem Wege zur gedanklichen und praktischen Lösung der gestellten Aufgaben inzwischen erzielt worden sind! *Bredt* [3595]

Der Pflichtkontenrahmen der gewerblichen Wirtschaft. Von *Karl Eicke*. Berlin-Wien 1938, Industrieverlag Spaeth & Linde. 87 S. Preis 4 RM.

Das Buch behandelt nach einer kurzen Einführung in neun Abschnitten den bekannten Pflichtkontenrahmen und seine praktische Anwendung. Im ersten Kapitel „Bedeutung und Wesen des Kontenplanes" wird auf die Entwicklung des Kontenplanes seit *Schär* (1890) eingegangen. Dabei wird auf die Bestrebungen von *Schmalenbach*, des VDMA und RKW hingewiesen. Es folgen Abhandlungen über die Buchführungstechnik (2), die Kostenstellen und Kostenträger (3), die Kostenarten (4), die Bewertung der Bestände (5), den Abschluß (6), die Auswertung (7) und die Planung (8). In einer Zusammenfassung (9) wird auf zwei Schwierigkeiten bei der Aufstellung der Gruppenkontenrahmen hingewiesen, die Anpassung der Gliederung an die §§ 131 und 132 des Aktiengesetzes und die Klärung der Frage der Bewertung der Halb- und Fertigerzeugnisse. In der Anlage ist der bekannte ministerielle Erlaß vom 11. Nov. 1937 sowie ein Verzeichnis des angezogenen Schrifttums beigegeben.

Die Arbeit *Eickes* bringt, soweit es sich um praktische Erfahrungen des Verfassers handelt, eine ganze Reihe für den Leser interessanter Hinweise. Im übrigen bewegt sie sich in den bekannten Bahnen des RKW-Kontenplanes, auf den wir im Rahmen dieser Zeitschrift bereits mehrfach eingegangen sind.

Zur Richtigstellung sei bemerkt, daß der erste Grundplan der Selbstkostenrechnung (1919) ein geistiges Kind des VDI ist. Das RKW, dem der früher zum VDI gehörende AWF später angegliedert worden ist, bestand damals noch nicht. Ich erwähne dies nur, um geschichtlich für den Unkundigen die Dinge richtigzustellen. *Bredt* [3596]

Wirtschaftsprüfung

Das Gemeindehaushaltsrecht. 1. Ergänzungsband zur Deutschen Gemeindeordnung vom 30. Januar 1935. Von *D. R. Zeitler, W. Bitter* u. *L. v. Derschau*. 3. erw. Aufl. Berlin 1938, Deutscher Gemeindeverlag GmbH. 140 S. Preis 3,30 RM.

Der Ergänzungsband zu dem Kommentar zur Deutschen Gemeindeordnung ist von drei bekannten Fachleuten auf dem Gemeinderecht verfaßt. Er bringt alle bis April 1938 ergangenen gesetzlichen Änderungen nebst Durchführungsvorschriften oder Ausführungsanweisungen und gibt Erläuterungen dazu.

Wie die privaten Unternehmer seit Jahren und — infolge der Erlasse des Reichswirtschaftsministers vom 12. bzw. 11. November 1936 und 1937 — sich erneut um die einheitliche Gestaltung des betrieblichen Rechnungswesens bemühen, so verfolgen die Gemeinde-Verwaltungen die Erlangung einheitlicher, für alle Gemeinden des Reiches geltenden Vorschriften für ihr Rechnungswesen. Nur die Sprache und die Ausdrucksformen sind andere; sonst aber ist das Haushaltsrecht — auch das neuere — in hohem Maße entwickelt. Wer sich mit ihm laufend befassen muß, wird immer wieder überrascht sein, wie scharfsinnig es in Einzelheiten durchdacht ist. Darum aber sind Erläuterungen dazu nicht zu entbehren, sei es um das Verstehen zu erleichtern, sei es um in der Praxis der Rechnungslegung oder der Aufwandsveranschlagungen auftauchende Zweifel zu lösen. Die Klarheit der in dem vorliegenden Kommentar gegebenen Erläuterungen trägt wesentlich dazu bei. Der Kommentar wird jedem, der sich mit Haushaltsrechnungen zu befassen hat, ein wertvolles, unentbehrliches Auskunftsbuch sein.

A. A. Schubert, Geheimer Baurat [3551]

Wegweiser für Wirtschaftsprüfer, III. Band:
Wegweiser für die Prüfung der Selbstkosten- und Erfolgsrechnung. Von *Bernhard Heitz*. Berlin und Leipzig 1937, Haude und Spenersche Buchhandlung Max Paschke. 116 S. Preis 4 RM.

Das Buch zeigt die Verfahren auf, die zweckmäßigerweise bei der Durchführung von Prüfungen auf dem Gebiet der Preis-, Kosten- und Erfolgskontrolle Anwendung finden. Frei von allem rein theoretischen Beiwerk werden die Grundbegriffe der Kosten- und Erfolgsrechnung sowie der angrenzenden Gebiete gestreift und im Anschluß daran Fingerzeige aus der Praxis für die Durchführung gegeben. Die Darstellung und Anleitung ist klar und sogar sehr leicht verständlich. Die gestellte Aufgabe wird auf Grund einer umfassenden Erfahrung gelöst. Des öfteren wird eine besondere Aufmerksamkeit der bei derartigen Prüfungen wichtigen Psychologie des zu Prüfenden gewidmet.

Fachlich steht der Verfasser einer Richtung nahe, die ich als eine durch RKW-Methoden berichtigte Schmalenbach-Schule bezeichnen möchte. Allerdings hat man beim Studium des kleinen Werkes den Eindruck, als ob andere Rechnungsverfahren in der Praxis nicht anzutreffen sind. Nicht selten werden dadurch gewissermaßen Rechnungsverfahren als praktisch gegeben angesehen — eben weil es sich um Schmalenbach-RKW-Grundsätze handelt — obwohl diese in weiten Kreisen der Wirtschaft nicht Eingang gefunden haben. Um Beispiele zu nennen: Die Ausrichtung der Erfolgsrechnung an die Gegebenheiten der Kalkulation, die Übernahme statistischer Aufgaben durch die Buchhaltung, die Aufteilung der Kosten in fixe und proportionale Kosten, das Primat der laufenden Nachkalkulation, die Ausgliederung der Sondereinzelkosten aus der Kostenstellenrechnung usw.; das alles sind von den schon genannten Richtungen erhobene Forderungen, die heute mit Recht umstritten sind, und die nicht als in die Praxis allgemein eingedrungen betrachtet werden können. Auch die Vermengung der Begriffe Kalkulation und Selbstkostenrechnung ist hier wiederum festzustellen.

Das alles schmälert das Verdienst des Buches nicht. Es reiht sich als namentlich für den Prüfenden wichtiges Hilfsmittel in die Reihe der von Professor *Gerstner* herausgegebenen „Wegweiser für Wirtschaftsprüfer", als dessen III. Band es erscheint, würdig ein. Durch seine Vorzüge, knapp, klar, übersichtlich und ganz auf die Gegebenheiten der Praxis abgestellt zu sein, wird es sich viele Freunde erwerben.

H. N. [3554]

Betriebswirtschaft

Lebensfragen des Mittelbetriebes. Von *Carl-Adolf Schleussner* und *Erwin Barth von Wehrenalp*. Berlin 1937, Junker und Dünnhaupt Verlag. 60 S. Preis 2,50 RM.

Das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit stellt in den Mittelpunkt die Gemeinschaft von Betriebsführer und Gefolgschaft. An einen Mann, der wahrhaft Führer seines Betriebes sein will, müssen sehr hohe Anforderungen gestellt werden. Er muß nicht nur hervorragende menschliche Eigenschaften haben, sondern auch ein reiches Maß von Erfahrungen besitzen, gesammelt in vielfältiger Betätigung. Er soll — und darin liegt wohl das Kernproblem — den Betrieb, den er führt, in allen Teilen und nach allen Richtungen übersehen können.

Die Verfasser vertreten nun die Meinung, daß der Mittelbetrieb für die menschliche und berufliche Entwicklung solcher Männer ungleich günstigere Vorbedingungen biete als der Großbetrieb. Sie haben damit sicherlich recht, und ebenso wenig läßt sich bestreiten, daß in einem Werk mit mehreren Tausend Arbeitern deren Verhältnis zum Chef nicht mehr so sein kann, wie man es für eine wirkliche Betriebsgemeinschaft wünschen muß. Daß es Großbetriebe geben muß, und daß diese versuchen, durch besondere Maßnahmen der vorhandenen Schwierigkeiten Herr zu werden, wird hierdurch nicht berührt. Auch noch andere Vorteile geringerer Betriebsgröße werden aufgeführt, so die vielseitigere Ausbildung der kaufmännischen und technischen Kräfte, die liebevollere Erledigung von Sonderaufgaben, die stärkere Krisenbeständigkeit.

Im zweiten Teil der Schrift werden die Möglichkeiten erörtert, wie der Mittelbetrieb, wenn man seinen hohen Wert für das Volksganze und seine Wirtschaft bejaht, gestützt werden könne. Aus dem Beispiel des Bauernschleppers für den

kleineren Landwirt wird die Frage abgeleitet, ob man nicht auch für den kleinen industriellen Betrieb seinem Wesen gemäße Mittel der Mechanisierung finden könne. Es wird auf die Bedeutung der Spezialisierung und von Erzeugnissen besonders hoher Güte hingewiesen. Endlich wird auch die Frage der Konventionen behandelt und zum Schluß eine besondere Unternehmungsform für den Mittelbetrieb zur Erörterung gestellt.

Alles in allem ein lesenswertes Büchlein von durchaus zeitgemäßem Inhalt. Wertvoll für Staatsmänner und Wirtschaftsführer, Ingenieure und Kaufleute.

Kothe VDI [3557]

Zweckmäßige Überwachung des Betriebes durch betriebswirtschaftliche Kurzanalysen. Von *Kurt Kolbe.* Leipzig 1938, G. A. Gloeckner. 58 S. Preis 2,40 RM.

Auf knappem Raum wird die Technik und das Wesen der betriebswirtschaftlichen Kurzanalyse dargestellt. Nach der Verarbeitung der absoluten Zahlen und ihrer Aufbereitung zu Verhältniszahlen sowie ihrer Darstellung in Tabellen oder graphischer Form zeigt der Verfasser, welche Zahlen für die Betriebsanalyse wichtig sind, um dem Betriebsführer richtigen Aufschluß über den Stand des Unternehmens zu geben. Umsatz, Kapital, Vermögen, Kosten, Erträge, ihre Zusammensetzung und wechselseitigen Beziehungen werden dargestellt und durch entsprechende Beispiele erläutert.

Das Büchlein, das an sich sehr klar geschrieben ist, würde noch mehr gewinnen, wenn mehr die im allgemeinen betriebswirtschaftlichen Schrifttum verwendeten Begriffe verwandt würden. Die betonte Unterscheidung der Unternehmer-Rentabilität und der Unternehmungs-Rentabilität scheint etwas gesucht und führt leichter zu Mißverständnissen als ihre Bezeichnung für Verzinsung des Eigenkapitals und des Gesamtkapitals. Auch dürfte die auf S. 44 gebrachte Bezeichnung der Betriebserträge als Bruttogewinn nicht ganz logisch sein. Die Betriebserträge bezeichnen m. E. in dem hier gebrachten Zusammenhang einen Nettobegriff.

Donat VDI [3572]

Vertrieb

Die neue Wirtschaftswerbung. Eine Grundlegung der deutschen Werbepolitik. Von *Heinrich Hunke.* (Gesetz und Wirtschaft, Band 4. Herausgegeben von *H. R. Fritsche* und *H. Richter.*) Hamburg 1938, Hanseatische Verlagsanstalt. 100 S. Preis 3,80 RM.

Ministerialrat Professor Dr. *Hunke* hat hier eine zusammenfassende Darstellung der Wirtschaftswerbung niedergeschrieben, eine Darstellung, die in die Probleme der Wirtschaftswerbung einführt, die mit den Aufgaben und der Stellung des Werberates der deutschen Wirtschaft bekannt macht, und in der die Neuordnung und die Führung der Wirtschaftswerbung behandelt wird. *Hunke* hat im Jahre 1933 im Auftrage des Wirtschaftsministers *Walter Funk*, des damaligen Staatssekretärs im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, jene Denkschrift verfaßt, die zur Errichtung des Werberates der deutschen Wirtschaft geführt hat.

In dem Buch wird in geradezu vorbildlicher Klarheit und Kürze das Wesen der Wirtschaftswerbung, ihre privatwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Bedeutung behandelt. Besonders hingewiesen sei zunächst auf die Ausführungen über Werbung und Wettbewerb. Stoßen wir in der Wirtschaft nicht immer wieder auf unklare Vorstellungen dabei? „Werbung ist die Wirkung, die erstrebt wird. Der Wettbewerb ist die vom Wettbewerber oft nicht gewollte, ihm unangenehme Begleiterscheinung“ erklärt *Hunke.* Werbung und Wettbewerb sind zwei Erscheinungen, die nicht miteinander identisch sind. „Die Werbung geht dem Wettbewerb voraus“, sie ist aber dann noch vorhanden, wenn der Wettbewerb ausscheidet. „Die Werbung ist für die nationalsozialistische Wirtschaft das unentbehrlichste Mittel“, dient sie doch dazu, „daß jeder, der etwas leistet, seine Leistung und sein Können bekanntmacht, anbietet und verteidigt“. Ist das nicht eindeutig, ist nicht schon damit die privatwirtschaftliche Bedeutung der Wirtschaftswerbung klar abgesteckt? Die Bedeutung der Wirtschaftswerbung ist gerade im gegenwärtigen Augenblick und in der Zukunft um so größer, je mehr es gilt, in dem Prozeß der Umbildung der Weltwirtschaft für deutsche Erzeugnisse den Markt zu erhalten, ihn zu verteidigen, oder was besonders erstrebenswert ist, ihn zu erweitern, und je mehr es gilt, unsere Volkswirtschaft und nicht zuletzt unsere Wirtschaftsauffassung auf das Ziel des nationalsozialistischen Staates auszurichten. „Das alles kann man nicht durch harten Zwang, sondern nur dadurch erreichen, daß man unermüdlich dafür wirbt.“

Hunke untersucht die Frage, ob eine Volkswirtschaft ohne Wirtschaftswerbung gedacht und aufgebaut werden kann, und kommt zu dem Ergebnis, „daß die Wirtschaftswerbung, solange die Freiheit der Persönlichkeit aufrechterhalten werden soll, und solange Wettbewerb und Leistung mit entscheiden sollen, volkswirtschaftlich nicht zu entbehren ist“. Er widerlegt die Angriffe, die von der Kostenseite gegen die Werbung gemacht werden; aufschlußreiche Zahlen geben einen Einblick in die verschiedensten Kostenstellen der deutschen Wirtschaftswerbung.

Die Aufgaben des Werberates hat der Verfasser in zehn Punkten zusammengefaßt und sie jeweils klar und kurz begründet. — Marktordnung, Heranbildung des neuen Werbefachmannes und Neugestaltung des Inhalts der Werbung sind Gegenstand der Erörterungen im dritten Abschnitt des Buches. Denen, die glaubten, daß Marktforschung und Werbung nicht zueinander passen, ist durch die erfolgreiche Arbeit des Werberates — durch die Normung der Spalten und Formate, durch die Festsetzung einheitlicher Anzeigenpreise, usw. — inzwischen das Gegenteil bewiesen worden. „Niemand hat das Recht, die Ideale und die Forderungen der Gemeinschaft in den Dienst der privaten Wirtschaftswerbung zu stellen“; insgesamt sind es elf solcher Leitsätze, die unter dem Begriff Neugestaltung des Inhalts der Werbung zu verstehen sind, und die *Hunke* ausführlich erklärt.

Einen weiten Raum nehmen in der Schrift die Inlands- und Auslandswerbung ein. „Es kommt heute nicht mehr allein darauf an, bloß für ein privates Geschäft, sondern für ganz Deutschland um Verständnis zu werben. Auslandswerbung muß von einer Idee beherrscht sein und auch auf Sicht betrieben werden, wenn sie Erfolg haben soll.“ Der Verfasser verweist auf die großzügige, nach einem einheitlichen Ziel ausgerichtete englische Auslandswerbung. Es gilt zu beachten, daß diejenigen, die deutsches Schrifttum studieren und lesen, meist auch diejenigen sind, die in der Wirtschaft des fremden Landes an führender Stelle stehen. Daher kommt auch der Kulturwerbung im Auslande für die Wirtschaftswerbung große Bedeutung zu. — Im Anhang des Buches finden wir Gesetz und Verordnungen zur Wirtschaftswerbung, die Bestimmungen über die Marktordnung und Anweisungen über den Inhalt der Wirtschaftswerbung.

Hunke schließt: Die Werbung ist Dienerin am Werk, die das Wort *Moltkes* zu befolgen hat: „Mehr sein als scheinen.“ Dieses aber trifft ganz zu auch auf die vorliegende Schrift, die mehr ist als eine Darstellung, als ein Handbuch oder ein Ratgeber, die im wahren Sinne der Worte des Titels eine Grundlegung der deutschen Werbepolitik darstellt.

Fritz Heinrichs VDI [3577]

Aus andern Zeitschriften

Wesen und Grundlagen des Betriebsvergleichs und seine bisherige Anwendung bei der Vereinigung Holzhaltig/Holzfrei. *O. Drechsler.* Der Papier-Fabrikant Jg. 36 (1938) H. 34 S. 513/15, H. 35 S. 527/28, 5 Zahlentaf.

Bedeutung des Betriebsvergleichs als Mittel der Leistungssteigerung und Wirtschaftlichkeitsförderung. Geordnete Buchhaltung und kurzfristige Erfolgsrechnung als Voraussetzungen für kostenklaren und kostenwahren Betriebsvergleich.

Die bisherigen Vergleiche bei Zeitungsdruckpapieren und bei mittelfeinen Papieren (Vereinigung Holzhaltig/Holzfrei) haben bereits praktisch bedeutsame Ergebnisse gebracht. Grundlage für den zwischenbetrieblichen Kostenvergleich der Ho/Ho ist ein Kostenstellenumlegungsbogen, der in engem Anschluß an die Hauptbuchhaltung die Kosten des Vergleichszeitraumes nach genau bestimmten Kostenstellengruppen aufteilt. Erst auf Grund dieser Stellengliederung sind die Kosten der einzelnen Sorten zu ermitteln; über einen Kostenstellenvergleich gelangt man zum Kostenträgervergleich, d. h. zum Vergleich bestimmter Sorten in festgelegten Auftragsgrößen. Auf diese Leistungseinheiten werden die einzelnen Kostenarten bezogen unter Zusammenfassung von Betrieben möglichst gleichartiger Erzeugungsbedingungen. Ergiebigkeitsziffern (Leistungen je

Maschinenstunde bei verschiedenen Sorten und Papiergewichten u. dgl.) werden ebenfalls verglichen.

Die Gewinnung der vergleichbaren Kostenzahlen, der Maschinenstundensätze und Kosten je 100 kg bestimmter Sorten und Anfertigungsmengen durch Auswertung des Kostenstellenumlegungsbogens wird im einzelnen geschildert. Weitere Ausdehnung und Verfeinerung ist beabsichtigt.

Der gegenwärtige Stand der Kostenvergleiche in der eisenschaffenden Industrie. *H. Kreis.* Stahl und Eisen Jg. 58 Nr. 21 (26. 5. 38) S. 569/72.

Übersicht der Arten von Kostenvergleichen in der Eisenindustrie: Zeitvergleich, Werksvergleich und Verfahrensvergleich. In jedem Fall werden die auf eine Maßgröße bezogenen Kosten verglichen, meist die Kosten je Erzeugniseinheit (Kostenträger), seltener Kostenstellenvergleich. Eigenart und Grundzüge der verschiedenen Arten von Kostenvergleichen.

Buchhalterische oder statistische Kostenstellenrechnung. *G. Kästner.* Der Praktische Betriebswirt Jg. 18 (1938) Nr. 4 S. 285/94, 5 Schaubilder.

Erläuterungen über Einbau oder Anschluß der buchhalterisch oder statistisch geführten Kostenstellenrechnung in der Buchhaltung gemäß Kontenrahmen und Buchführungsgrundsätzen des Erlasses vom 11. November 1937. Schematischer Gang der Buchungen bei Betrieben mit buchhalterischer Kostenstellenrechnung und mit Divisions- oder Zuschlags-Kalkulation, jeweils mit oder ohne Einhaltung der aktienrechtlichen Gliederungsvorschriften. Durchführung der statistischen Kostenstellenrechnung nach der gleichen Folge verschiedener Möglichkeiten und ihr Anschluß an die Konten der Buchhaltung unter besonderer Berücksichtigung des RKW-Betriebsabrechnungsbogens.

Proportionale Abschreibung. *K. Rummel.* Archiv für das Eisenhüttenwesen Jg. 11 (1937/38) H. 12 S. 629/38, 10 Diagr., 2 Zahlentaf.

Gegenüber der bisher vorherrschenden Behandlung der Abschreibungen als „fixe" Kosten betont der Verfasser die Möglichkeit und Notwendigkeit, sie, wenigstens zum überwiegenden Teil, als „proportionale" Kosten zu verrechnen. — Arten der Abschreibungen. — Beziehung der Abschreibungen, besonders aus Verschleiß, zur Erzeugungsmenge und zur Betriebszeit; Abhängigkeit der Abschreibungssätze vom Beschäftigungsgrad. Vorteil der Anwendung proportionaler Abschreibungen und ihre rechnungsmäßige Ermittlung und Behandlung. *BH*

INDUSTRIELLER VERTRIEB

UNTER MITWIRKUNG DER FACHGRUPPE VERTRIEBSINGENIEURE BEIM VDI

Zur Entwicklung des Marktes der Schwachstromlampe

Von Dr. HANS SPERLING, Berlin

In einer Veröffentlichung über die Entwicklung der Glühlampenpreise [1]) gibt das Statistische Reichsamt auch Zahlen über die Bewegung der Inlandspreise für Schwachstromlampen. Diese liegen nach der Preissenkung vom 13. Juni 1938 um 32 % unter dem Stand von 1925. Der bisherige Tiefpunkt der Preisbewegung, die 1933/34 unter dem Druck der Krisennachwirkungen und des Wettbewerbs auf dem Schwachstromlampenmarkt bereits um 35 % unter den Stand von 1925 gesunken war, ist somit noch nicht wieder erreicht worden. Anderseits ist die jetzige Senkung der Preise, die 1935 nach der Zusammenfassung der Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmungen im Verband der Schwachstromlampen-Fabrikanten und dessen Kontingentierungsabkommen mit dem Phoebus-Kartell zunächst auf einen für die Hersteller tragbaren Stand gehoben werden mußten, ein Zeichen für die Wiedergesundung der Schwachstromlampen-Industrie.

Neben den organisatorischen Maßnahmen wirkte hierbei die Entwicklung des Bedarfs mit. Allein infolge der wachsenden Rundfunkteilnahme und der zunehmenden Motorisierung dürfte der jährliche Erstbestückungsbedarf an Schwachstromlampen gegenüber 1933 um schätzungsweise 2,5 Mill. Stück gestiegen sein, so daß der inländische Gesamtumsatz an Schwachstromlampen für 1937 vom Statistischen Reichsamt auf 9,5 bis 10 Mill. RM geschätzt wird. Dabei ist zugunsten der deutschen Erzeugung zu berücksichtigen, daß der deutsche Glühlampenmarkt 1933 im Zusammenhang mit dem Ablauf des Wolfram-Drahtpatents (6. 10. 1933) durch gestaffelte Zollsätze geschützt worden ist. Während bis einschließlich September 1933 für elektrische Glühlampen einheitlich ein allgemeiner Zollsatz von 80 RM/dz erhoben wurde, gilt dieser Satz seit dem 1. Oktober 1933 nur bis zu der Jahresmenge, die aus dem einzelnen Staat im Durchschnitt der Jahre 1930 bis 1932 in das deutsche Zollgebiet eingeführt worden ist. Außerhalb dieser Kontingente beträgt der Zollsatz bei einem Reingewicht des Stückes von mehr als 30 g 800 RM, von 30 g oder darunter 1200 RM/dz.

Die Entwicklung auf dem Binnenmarkt wurde ergänzt durch eine entsprechende Ausfuhrgestaltung. Stellt man dem Gesamtexport an Metallfadenlampen die Ausfuhr der Metallfadenglühlampen (einschließlich Nernstbrenner) ohne die steuerfreien Lampen für Spannungen von 20 V und darunter mit einem Energieverbrauch von höchstens 15 W gegenüber, so entsteht das in Zahlentafel 1 wiedergegebene Bild.

Während also die Ausfuhrmenge der steuerpflichtigen Metallfadenlampe seit 1932/33 verhältnismäßig stetig blieb, ist die gesamte Metallfadenlampenausfuhr in dieser Zeit bis 1936/37 um 13 % gestiegen. Der Anteil der steuerfreien Kleinlampen, für deren Auslandsmarkt seinerzeit auch infolge des sprunghaften Anwachsens der japanischen Glühlampenerzeugung Befürchtungen bestanden, hat sich also bei gleichzeitiger Steigerung der Gesamtausfuhrmenge erhöht. Insbesondere hat der Ausfall des chinesischen Markts, der von 1924 bis 1931 jährlich noch etwa 2,5 Mill. Lampen aufnahm, auf andern Gebieten des Weltmarkts einen Ausgleich gefunden. [3565]

1) „Die Preisentwicklung für Glühlampen seit 1886". Wirtschaft und Statistik 1938 Heft 13.

Zahlentafel 1. Ausfuhr von Metallfadenlampen in 1000 Stück

Rechnungsjahr (April/März)	Ausfuhr von Metallfadenlampen Zolltarif Nr. 911a	Ausfuhr von steuerpflichtigen Metallfadenlampen (einschl. Nernstbrenner)
1932/33	39 622	13 175
1933/34	42 101	11 520
1934/35	45 052	12 421
1935/36	44 198	11 307
1936/37	44 845	12 423

Inhalt

Seite

Aufsatzteil:
- Der Arbeitermangel in der Landwirtschaft und die Mittel zu seiner Bekämpfung. Von Prof. Dr. J. Frost 237
- Erneuerung und Vergrößerung des deutschen Binnenschiffahrtsraumes notwendig 240
- Die Verkehrsentwicklung westdeutscher Binnenhäfen 240
- Welteisenindustrie und Weltentwicklung. Von Dr. Dr. Hans J. Schneider 241
- Versuchsdörfer für Kohlenfeuerung 243
- Die Kohlenwirtschaft der Welt. IV. Kanada. Von Bergassessor a. D. W. von Zglinicki 244
- Die steuerliche Behandlung von Reisekosten und Bewirtungsgeldern. Von Rechtsanwalt Dr. H. Koehler 247

Archiv für Wirtschaftsprüfung:
- Die Erfolgsrechnung in der Kameralistik. Von Berat. Ing. Berthold Radtke VDI, VBI 249

Wirtschaftsberichte:
- Die deutsche Wirtschaft im August 1938. Von Dr.-Ing. Otto Bredt 251
- Wirtschaftskennzahlen 253
- Statistik 253
- Außenhandel 253
- Nahrungsmittelindustrie 256
- Länderberichte 257

Schrifttum:
- Wirtschaftswissenschaft und -politik 259
- Industrielles Rechnungswesen 259
- Wirtschaftsprüfung 262
- Betriebswirtschaft 262
- Vertrieb 263
- Aus andern Zeitschriften 263

Industrieller Vertrieb:
- Zur Entwicklung des Marktes der Schwachstromlampe. Von Dr. Hans Sperling 264

Verantwortlich für den Textteil: Hauptschriftleiter Dr. Georg Freitag VDI, Berlin — Verantwortlich für den Anzeigenteil: Peter Valerius VDI, Berlin NW 21
I. Vj. D. A. 1100 Pl. 3. — Druck: Triasdruck GmbH, Berlin SW 68, Dresdener Str. 97 — VDI-Verlag GmbH, Berlin NW 7, Dorotheenstraße 40

Copyright by VDI-Verlag G. m. b. H., Berlin NW 7